



## Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

da ich am 17. Juni 2016 in den vorzeitigen Ruhestand gehe, und sich in unserem Institut niemand gefunden hat, der die „aktuellen ostinformationen“ weiter führen würde, ist dies das letzte Heft eines Mediums, das seit 1968 – zunächst als Vierteljahresschrift, später als Halbjahresschrift von Armin Droß (1968-1979), Theo Mechtenberg (1979-1993) und schließlich von mir (1993-2016) redigiert wurde. Ich möchte es nicht versäumen, an dieser Stelle allen Lesern/innen, treuen Abonnenten/innen sowie dem die Druckkosten bezuschussenden BMFSFJ meinen Dank auszusprechen. Als langjähriger und demnächst scheidender Leiter des Instituts nehme ich im einleitenden Beitrag deshalb auch diese letzte Gelegenheit wahr, um nach 23 Jahren Arbeit im GESW eine persönliche Bestandsaufnahme vorzunehmen und einen Ausblick zu wagen. Dabei beschränke ich mich vor allen Dingen auf die Schilderung einiger tiefgreifender Umbrüche, vor denen das Institut einst gestanden und bisher bewältigt hat. Künftige Entwicklungen sind – wie dies schon immer war – nur schwer abzuschätzen, man kann sie wohl lediglich vage prognostizieren.

Dass im vorliegenden Heft unser Nachbarland Polen im Zentrum steht, hat seine guten Gründe. Denn schließlich haben wir es momentan nicht nur mit bedrohlichen Zerfallserscheinungen in der Europäischen Union zu tun, sondern ebenfalls mit einer fatalen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen, an deren partnerschaftlicher Ausgestaltung gerade das GESW in den beiden letzten Jahrzehnten auf den unterschiedlichsten Ebenen beträchtlichen Anteil hatte. Mit den Ursachen für die beunruhigenden Entwicklungen in Polen beschäftigen sich aus deutscher und polnischer Sicht die Beiträge von Theo Mechtenberg und Jacek Żakowski. Überdies haben meine langjährigen, mit Ostmitteleuropa und Osteuropa beschäftigten Mitstreiter Hubert Luszczynski, Paul Ciupke und Rudolf Mark freundlicherweise Beiträge für dieses letzte Heft geliefert. Hier geht es um die Reflexion deutsch-polnischer Partnerschaften auf schulischer Ebene, den persönlichen Zugang zu dem auch heute noch schwierig bleibenden Nachbarland Polen sowie einen etwas distanzierteren Blick auf unsere etwas fernerer Nachbarn: Ukrainer und Russen.

Der Auseinandersetzung mit der auf Deutschland lastenden Ausländerhetze im Ergebnis eines sich zusehends verbreitenden Rechtsextremismus ist der Artikel von Björn Almendinger und Kai Venohr gewidmet. Schließlich setzt sich die über lange Jahre mit dem GESW verbundene Wirtschaftswissenschaftlerin und Vorsitzende der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft, Elżbieta Mączyńska, mit der Krise des Kapitalismus und der Hypothese über die neue säkulare Stagnation und ihre möglichen Auswirkungen auf Polen auseinander.

Ich wünsche Ihnen eine angeregte Lektüre und grüße herzlich

Zbigniew Wilkiewicz

.....  
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)  
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:  
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.  
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.  
.....

## Inhalt

### Beiträge

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> 23 Jahre im GESW - Persönlicher Rückblick und Bestandsaufnahme .....	4
<i>Theo Mechtenberg</i> 100 Tage PiS-Regierung.....	13
<i>Jacek Żakowski</i> Zwei Republiken Polen .....	23
<i>Rudolf A. Mark</i> Russen und Ukrainer: Beobachtungen und Anmerkungen.....	29
<i>Björn Allmendinger, Kai Venohr</i> Wenn Eltern gegen Flüchtlinge hetzen.....	39
<i>Elżbieta Mączyńska</i> Das Entwicklungspotenzial Polens.....	45

### Berichte

<i>Galina Kamburova</i> Kurs des Pädagogischen Austauschdienstes im GESW .....	60
<i>Joachim Burek</i> Polizeigewerkschaft ernannt Ehrenkommissar .....	62

### Reflexionen

<i>Hubert Luszczynski</i> 25 Jahre deutsch-polnischer Vertrag - 20 Jahre Partnerschaft mit Oppeln.....	63
<i>Paul Ciupke</i> Zwischen den Polen.....	71

### Rezensionen

<i>Daniil Granin: Mein Leutnant.....</i>	78
<i>György Dragomán: Der Scheiterhaufen .....</i>	80
<i>Mircea Cărtărescu: Die schönen Fremden.....</i>	81
<i>Grigori Kanowitsch: Kaddisch für mein Shtetl.....</i>	82
<i>Vladimir Sorokin: Telluria .....</i>	83
<i>Catalin Dorian Florescu: Der Mann, der das Glück bringt.....</i>	84
<i>Szczepan Twardoch: Drach .....</i>	85
<i>Jonathan Holslag: Frieden auf Chinesisch. Warum in Asien Krieg droht .....</i>	86
<i>Sabine Donauer: Faktor Freude. Wie die Wirtschaft Arbeitsgefühle erzeugt ....</i>	88
<i>Uwe Hirschfeld: Erinnern wozu? .....</i>	92
<i>Joachim Garstecki: Gewaltfreiheit politisch denken.....</i>	95
<i>Nolte, Schalhorn, Bonwetsch: Quellen zur Geschichte Russlands .....</i>	100
<i>Irina Scherbakowa, Karl Schlögel: Der Russland Reflex .....</i>	102

## Beiträge

*Zbigniew Wilkiewicz*

### **23 Jahre im Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Persönlicher Rückblick und Bestandsaufnahme**

Als ich im Gesamteuropäischen Studienwerk e. V. (GESW) in Vlotho im Oktober 1993 die Stelle eines wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiters und Redakteurs der „aktuellen ostinformationen“ antrat und vom Vorstand allmählich mit den weitreichenden Veränderungen (sprich Mittelkürzungen) konfrontiert wurde, die in den nächsten Jahren auf das Institut zukommen sollten, hätte ich mir nie träumen lassen, dass das GESW die nächsten 20 Jahre überleben würde und ich selbst so lange im Dienst einer Institution stehen könnte, die aufgrund der gravierenden Umbrüche im Hinblick auf ihre Förderung sowie der voraussehbaren tiefreichenden personellen Veränderungen als höchst gefährdet gelten musste. Ich gab mir selbst maximal drei Jahre in Vlotho und begann schon kurz nach meiner Einstellung über berufliche Alternativen nachzudenken.

Entsprechend schlecht war die Stimmung des damaligen Institutsratsleiters Dr. Harry Blunk, der bei meinem Einstand im Oktober 1993 einen „Kahlschlag“ des zuständigen Familienministeriums in Bonn befürchtete, sowie die Einschätzung der damals fast für ein ganzes Jahr krankgeschriebenen Heimleiterin Christine Erhard, die mir zwar Mut bescheinigte, weil ich samt Familie den Rhein-Main-Raum verlassen und nach Vlotho gekommen war, gleichzeitig aber auch orakelte, dass es mit dem GESW wohl nicht mehr lange weiter gehen werde. Der Rest der offensichtlich verunsicherten Belegschaft hielt sich mit Kommentaren vornehm zurück. Eine positive Haltung strahlte hingegen mein direkter Vorgänger Dr. Theo Mechtenberg aus, der mir versicherte, dass das Institut im Kern gesund sei. Wenn man schon den Begriff Gesundheit ins Spiel bringt, so lässt sich konstatieren, dass im GESW in den folgenden Jahren eine „personelle Gesundschumpfung“ einsetzte, die es in sich hatte. Die bis dahin vom Land NRW großzügig geförderte wissenschaftliche Institutsbibliothek, die über einen beachtlichen Buch- und Zeitschriftenbestand verfügte, büßte von einem Tag auf den anderen ihre Förderung ein, wodurch die vier Bibliotheksangestellten ihre Arbeitsplätze verloren. Die bis dahin vom Bundesjugendministerium geförderten Stellen der technischen Mitarbeitenden (Küchenpersonal, Reinigungskräfte, Hausmeister und Drucker) verloren nach einer Übergangszeit von zwei Jahren ihre Förderung, so dass sie direkt aus den Eigenmitteln des Instituts finanziert werden mussten. Hinzu kam, dass sich die Liegenschaften (Seminarräume, Verwaltungstrakt, Gästezimmer) in einem renovierungsbedürftigen Zustand befanden. Hier war es ganz offensichtlich aus Angst vor weiteren finanziellen Belastungen und einer damit verbundenen „Zahlungsunfähigkeit“, aber auch aufgrund einer nur wenig flexiblen institutionellen Förderung des GESW zu einem enormen Investitionsstau gekommen. Erhaltungsinvestitionen, das konnte man mit dem bloßen Auge erkennen, waren

zwingend geboten, Computer für die Verwaltung und den Seminarbetrieb mussten alsbald angeschafft werden, wollte man nicht den Anschluss an die fortschreitende Digitalisierung verlieren. Hinzu kam, dass die Mitglieder des Vorstands, durchweg seriöse Wissenschaftler mit Professorentiteln, diese konkreten Defizite der Bildungsstätte in der Vergangenheit anscheinend wohl kaum wahrgenommen hatten und zumeist nur gut gemeinte allgemeine Ratschläge geben konnten. Auf jeden Fall war ich bass erstaunt, als mir klar wurde, wie wenig sie sich auf die Details des operativen Geschäfts eingelassen hatten. Daraus erhellte sehr bald, dass der ehrenamtliche Vorstand des Vereins zwar Arbeitgeber war, aber in der Tat nur eine beratende Funktion hatte, während sämtliche Aktivitäten und Initiativen vom sog. Institutsrat ausgingen.

Was aber ab 1994 auf die zwei alten und die beiden neuen wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeitenden des GESW sowie die gesamte Bildungsstätte zukommen sollte, hatte quantitativ wie qualitativ eine vollkommen neue Dimension und stellte die bisherige Praxis in Frage. Das Institut musste sich – ähnlich wie die übrigen fünf Bildungsstätten aus dem Verbund der Ost-West-Institute – konzeptionell neu aufstellen und eine überzeugende Konzeption für das Familienministerium erstellen, die den tiefgreifenden politischen Veränderungen nach der überwundenen Teilung Deutschlands und Europas Rechnung trug. Gemeinsam mit den Kollegen von den Ost-West-Instituten, dem Studienhaus Wiesneck (in Buchenbach bei Freiburg), der Alten Jägerei in Hustedt (bei Celle), der Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim und der Sozialakademie Friedewald (Westerwald) sowie der Ostakademie in Königstein (Taunus) wurde deshalb bereits 1994 die Konzeption „Jugend für Gesamteuropa“ erarbeitet und verabschiedet; sie stellte für die nächsten 20 Jahren die gemeinsame Arbeitsplattform für die zunächst sechs, später nur noch vier Institute (nachdem sich die katholische Trägergruppe in Königstein und die evangelische in Friedewald aus der Arbeit zurückgezogen hatten) dar. Nur so konnte die sog. Bundeszentralität dieser Träger, die aufgrund ihrer bundesweiten Bedeutung eine Direktförderung seitens des Bundesjugendministeriums erhielten, gesichert werden. Hieraus sollte mir zwischen 2001 und 2010 im Übrigen eine weitere, für die Existenz des Instituts wichtige Aufgabe erwachsen, da ich in diesem Zeitraum zum Sprecher der OWI gewählt wurde und maßgeblich für die Organisation und Durchführung unserer gemeinsamen (internationalen) Arbeits- und Fachkonferenzen sowie für die Außenvertretung der Institute zuständig war.

Gefragt waren nach Überwindung des Kalten Kriegs kaum noch deutsch-deutsche Seminare, vielmehr stand nun die europäische Integration unter besonderer Berücksichtigung der geplanten Osterweiterung der Europäischen Union im Vordergrund. In erster Linie sollte es also um die Rahmenbedingungen und Besonderheiten der Transformation autoritärer, planwirtschaftlich organisierter Gesellschaften zu demokratischen, marktwirtschaftlich geprägten Systemen gehen. Dies bedeutete für das GESW auch eine erhebliche Internationalisierung und didaktische Neuaufstellung seiner Arbeit. Die Entwicklungen in Brüssel, vor allem aber in den mittelosteuropäischen Transformationsländern rückten ins Zentrum der Seminararbeit und -akquise. Ab 1996 führten wir zunächst mit finanzieller Unterstützung der Robert-

Bosch-Stiftung, später in Kooperation mit deutschen und polnischen Partnern, die eine Förderung durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk erhielten, zahlreiche Begegnungsseminare durch und entwickelten eine Vielzahl produktgestützter Pilotprojekte, die beispielgebend wurden. Dabei wurden wir in maßgeblicher Weise von einem der Protagonisten der Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde in NRW, dem pensionierten Schulleiter Gustav Thurm, der der Kriegsgeneration angehörte und sich die Völkerverständigung zwischen Polen und Deutschen sowie eine europäische Integration in Freiheit und Frieden zur Lebensaufgabe gemacht hatte, unterstützt. Mit seiner Hilfe und unserer aus Polen stammenden „Chef-Teamerin“ Aneta Gansler, die uns aufgrund ihrer guten Sprachkenntnisse und sozialen Kompetenz eine große Stütze war, bauten wir im Laufe der Jahre ein dichtes und über lange Jahre funktionierendes Netz von partnerschaftlich kooperierenden deutschen und polnischen Schulen auf.

Befürchtungen im Hinblick auf das Überleben des Instituts äußerte zwischen 1994 und 1998 auch mein Kollege, Dr. Piotr Pysz, mit dem ich bis 1998 (in diesem Jahr verließ er das Institut) einen Großteil der anliegenden Seminare durchzuführen und zu akquirieren hatte. Immerhin gelang das recht gut, denn zwischen 1996 und 1998 erreichten wir hohe Hausbelegungen und Überschüsse, die wir allmählich auch für fällige Reparaturen und Instandsetzungen der zum Teil maroden Infrastruktur der Bildungsstätte einsetzen konnten. In jenen Jahren arbeiteten Piotr und ich unsere Gruppen wie am Fließband ab und waren nicht selten wochenlang und an einem Stück im Seminareinsatz. Allerdings muss an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass die gute Auslastung auch deshalb zustande kam, weil wir als Dozenten dabei von den Vorstandsmitgliedern des GESW, in erster Linie von Prof. Roland Scharff, Dr. Theo Mechtenberg und Prof. Walter Hildebrandt, später auch von Prof. Helmut Skowronek tatkräftig unterstützt wurden, die für das GESW warben und mit eigenen Teilnehmergruppen ins Haus kamen. Dies war in jener Zeit auch bitter nötig, denn der Institutsratsleiter, Dr. Harry Blunk, war bereits im Sommer 1996 nach einer schweren Herzerkrankung ins Koma gefallen und im Januar 1997 viel zu früh verstorben. Meike von Platen, die 1994 die Stelle von Günther Lämmermann antrat und das neue Feld Europaseminare beackern sollte, wofür ihr vom Vorstand eine Anlaufzeit von zwei Jahren gewährt wurde, nahm am Seminargeschehen hingegen erst ab 1996 verstärkt Anteil. Auch sie verließ das Institut, nachdem sie sich eingearbeitet und neue inhaltliche und didaktische Akzente gesetzt hatte, im Jahre 1998, sodass ich damals als einziger Dozent übrig blieb. In der Tat brachte dieser personelle Kahlschlag mit sich, dass ich nun auch noch die Rolle des Institutsratsleiters übernehmen sollte. Seit dieser Zeit war ich in einer Person Dozent, Redakteur der „aktuellen ostinformationen“ und Chef des GESW. Dies sollte bis Juni 2016 so bleiben, allerdings übernahm ich ab 2005 zusätzlich die wenig dankbare Funktion des Qualitätsbeauftragten des Instituts, die ich bis Ende 2015 innehatte.

Zusammen mit den beiden neuen Kollegen Dr. Michael Walter und Dr. Gerhard Schlüsselbauer sowie mit unserer Verwaltungschefin Birgit Ackermeier und im Einvernehmen mit dem Vorstandsvorsitzenden gelang es mir nach 1998, das Institut nach diesen zahlreichen Personalwechseln programmatisch und verwaltungstechnisch

zu stabilisieren. Dies war durchaus keine Selbstverständlichkeit, denn immerhin hatten die damaligen Vorstandsmitglieder, Professor Adolf Kruppa und Professor Friedrich-Wilhelm Dörge geunkt, dass das GESW nach den einschneidenden Personalwechsellern des Jahres 1998 und aufgrund der enormen Mehrbelastung der auf drei Personen geschrumpften Dozentenschaft keine Zukunft mehr habe. Diese „aufbauenden Kommentare“ empfand ich als persönlichen Angriff, denn offenbar trauten die beiden mir als gewähltem Institutsratsleiter nur wenig zu. Sie sollten sich gründlich geirrt haben. Unterstützung erfuhr ich hingegen von Dr. Mechtenberg, der 1995 zum Vorstandsvorsitzenden des GESW gewählt wurde und das bis heute geblieben ist. Seiner Erfahrung, seinem Rat und seiner unauffälligen, aber effektiven Art dem Institut vorzustehen, habe ich einiges zu verdanken. Mechtenberg hatte, ähnlich wie ich, das im GESW herrschende Ratsprinzip, bei dem der Institutsrat das entscheidende Führungsinstrument darstellt und in dem alle notwendigen Entscheidungen gemeinsam beraten, diskutiert und beschlossen werden, als Vorstandsvorsitzender verinnerlicht. So erreichten wir ein Optimum an betriebsinterner Demokratie und Mitbestimmung, wobei sich Institutsrat und Vorstand durchgängig und zeitnah abstimmten. Mit diesem Modell, das ich spaßeshalber gerne als einzigartige basisdemokratische Räteordnung bezeichnete, sind wir die letzten beiden Jahrzehnte gut gefahren. Es bewährte sich aufgrund seiner flachen Hierarchien sowie seiner transparenten und auf die Verantwortung aller Beteiligten abzielenden Leitungsstruktur auch recht gut, als es ab 2005 darum ging, das zunächst umstrittene und wenig beliebte Qualitätsmanagementsystem (QMS) einzuführen.

Eine besondere Herausforderung, der ich mich aber von Beginn an gerne stellte, war die Redaktion der Halbjahresschrift „aktuelle ostinformationen“. Die Redaktionsarbeit, die ich häufig an freien Tagen zu Hause erledigte, wurde zu einer Art Hobby, ich konnte mich zumindest der Illusion hingeben, durch die Gewinnung von Autoren/innen, das Redigieren von Texten, das Schreiben von Rezensionen und eigenen Beiträgen am Puls der Zeit zu sein und wissenschaftlich auf dem Laufenden zu bleiben. Allerdings waren die Rahmenbedingungen für die Redaktion und Herausgabe dieser Halbjahresschrift nicht die besten. Der immerhin gewährte Druckkostenzuschuss des Jugendministeriums blieb bescheiden und wurde im Laufe der 23 Jahre, in denen ich verantwortlicher Redakteur der „ao“ war, nicht erhöht. Den Autoren/innen, die als langjährige Kooperationspartner des GESW im Laufe der Jahre zuweilen zu ständigen Mitarbeitenden der „ao“ wurden, weil ich ihnen immerhin eine Publikationsmöglichkeit erschloss, konnte in der Regel kein Honorar gezahlt werden. So verlegte ich mich darauf, auf die Mitarbeit meiner Kollegen/innen aus Vorstand und Dozentenschaft zu setzen, Nachwuchswissenschaftler und Studierende zu Wort kommen zu lassen sowie Berichte über die Aktivitäten des GESW zu veröffentlichen. Auch übersetzte ich regelmäßig die Texte polnischer Journalisten/innen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler/innen ins Deutsche und veröffentlichte sie neben eigenen Beiträgen und Dokumentationen in den Fachzeitschriften „deutsche studien“, „osteuropa“, „osteuropa wirtschaft“ und/oder in den „ao“. Im Laufe der Jahre publizierte ich überdies eine große Zahl von Rezensionen zu aktuell erschienenen deutschen,

polnischen und englischen Sachbüchern aus den Bereichen Geschichte, Soziologie, Wirtschaft, Politik und Philosophie nicht nur in den oben genannten Periodika, sondern auch in der „außerschulischen bildung“, der Fachzeitschrift des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB). Dies war eine ausgezeichnete Methode, um preisgünstig an die erwünschte, aber vom Institut nicht finanzierbare Fachliteratur zu kommen, auf dem Laufenden zu bleiben und selbst Stellung zu beziehen.

Mit dem Rückgang der Print- und der ständigen Zunahme digitaler Medien wurde der Markt für gedruckte Periodika einer einschneidenden Veränderung unterworfen, was natürlich auch unsere Zeitschrift betraf. Seit den 2000er Jahren verkleinerten wir die Printauflage der „ao“ stetig, zumal auch immer mehr zahlende Kunden ihr Abonnement kündigten, und stellten jeweils vier Wochen nach Erscheinen der Printausgabe eine digitale Version unserer Zeitschrift ins Netz. Im Institutsrat wurde nun immer wieder einmal diskutiert, ob es nicht sinnvoller wäre, ganz auf die Printausgabe der „ao“ zu verzichten. Dies hätte aber nicht nur den Verzicht auf den bescheidenen Druckkostenzuschuss des Ministeriums bedeutet, sondern auch die bisher erfolgreiche Kooperation mit Autoren/innen und Verlagen, die auf Printversionen angewiesen waren, in Frage gestellt. Auch stellte die vom GESW seit 1968 herausgegebene und von mir seit 1993 redigierte „ao“ m. E. so etwas wie ein Alleinstellungsmerkmal dar, denn es gab kaum noch Bildungsstätten unserer Größenordnung, die eine eigene Zeitschrift herausgaben.

Die neuen Kollegen Walter und Schlüsselbauer brachten ab 1998 neben ihrer Sachkenntnis und interkulturellen Kompetenz viel kreativen Elan mit. Trotz etlicher energisch ausgetragener personeller Konflikte mit zwei Vorstandsmitgliedern, einem überforderten Heimleiter und einem weiteren, nur wenig geeigneten Dozenten, der das GESW bereits nach zwei Jahren verlassen musste, waren wir als Team in dieser Zeit recht erfolgreich. Die danach erfolgenden Stellenwechsel mit einem verstärkten Angebot von produktorientierten (internationalen) Europaseminaren und zumeist deutsch-polnischen Begegnungen in Verbindung mit dem Einsatz neuer Medien und der Einrichtung eines Computerraums brachten einen Schub neuer inhaltlicher und didaktischer Ansätze. Hierfür stehen die Namen unserer Kollegen Jörg Stemmer (2001-2011) und Bernd Stegmann (2003-2007) sowie ab 2007 der Kollegin Navina Engelage. Die Anfang der 2000er Jahre vollzogenen Personalwechsel sowie der Stellenabbau im Bereich der Verwaltung (1,5 Stellen) und der Dozenten (0,5 Stellen) forderten allerdings auch ihren Tribut. Lebensbedrohliche Erkrankungen einzelner Kolleginnen, etwa in der Heimleitung, als Claudia Wollbrink (1999-2009) mehrfach für lange Zeit ausfiel, mussten immer wieder kompensiert werden. Die über den eigentlichen Seminarbetrieb hinausgehenden Verpflichtungen machten auch mir immer wieder zu schaffen. Besonders die Implementierung des QMS im Rahmen des 2005 neu gegründeten Gütesiegelverbundes NRW hat viel Zeit und Mühe gekostet und musste anfangs gegen entsprechende Vorbehalte und Widerstände im Vorstand und Institutsrat durchgesetzt werden. Erst die Tatsache, dass das QMS in der außerschulischen Bildung in NRW durch eine entsprechende Verordnung der damaligen Schulministerin Barbara Sommer

obligatorisch wurde, machte allen Beteiligten klar, dass es richtig gewesen war, sich frühzeitig darum gekümmert zu haben. Eine große Hilfe bei der Implementierung und Aufrechterhaltung des QMS war mir unsere Verwaltungschefin Birgit Ackermeier.

Sicherlich war es so, dass die jüngeren Kollegen, die seit 1994 und 1998 die vakanten Dozentenstellen übernommen hatten und das GESW wieder recht bald in Richtung Mannheim (Meike von Platen 1994-1998), Freiburg (Michael Walter, 1998-2003) und Berlin (Bernd Stegmann 2003-2007) verließen, sich nicht im selben Maße mit dem (stets mehr oder minder) gefährdeten Institut identifizieren mussten, wie dies bei denjenigen der Fall war, die ihre Zukunft eindeutig mit dem GESW in Vlotho verbanden. Für die, die gekommen waren, um recht bald wieder zu gehen, blieb das GESW Episode, für mich und andere langjährige Mitarbeitende wurde – mit zunehmendem Lebensalter und schwindenden Chancen, sich ggf. beruflich verändern zu können – der Erhalt des Instituts im wahrsten Sinnes des Wortes zur Lebensaufgabe.

Ausdruck dieser Berufsauffassung war die Tatsache, dass meine Frau und ich im Jahre 1996 nicht zögerten, unser Haus direkt gegenüber dem Institut errichten zu lassen. So entwickelte sich eine geradezu symbiotische Beziehung zwischen Privat- und Arbeitswelt, mit all ihren Vor- und Nachteilen. Spätestens seit dieser Zeit war klar, dass sich mein privates und berufliches Restleben in Vlotho abspielen würde, dass es galt, in der ostwestfälischen Provinz Fuß zu fassen – modern ausgedrückt – sich zu vernetzen. Und so übernahm ich in den folgenden Jahren etliche Ehrenämter in der Kommunalpolitik (Stadtrat), im Partnerschaftsverein Vlotho-Lubsko sowie in der Stätte der Begegnung. Auch mit den übrigen Vlothoer Bildungsstätten, dem Jugendhof Vlotho und dem Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE) entwickelten sich zum gegenseitigen Vorteil vielseitige, zum Teil rege Kooperationen. So konnte der von uns leergezogene Verwaltungstrakt im Haus „Budapest“ auf meine Initiative hin über zehn Jahre an das AKE vermietet werden. Für das AKE waren wir ein zuvorkommender, preiswerter Vermieter, wir aber konnten einen Leerstand verhindern und profitierten von den Mieteinnahmen. Auch die Zertifizierung im Rahmen des QMS war ein Produkt intensiver Kooperation, wobei das GESW zeitweilig die Vorreiterrolle übernahm. Nicht zuletzt war es in erster Linie der gemeinsamen Initiative der Vlothoer Bildungsstätten zu danken, dass das neofaschistische Collegium Humanum, das über Jahre lang sein Unwesen in der Weserstadt getrieben hatte, schließlich verboten wurde.

Auch setzte ich mich ab Ende der 1990er Jahre vermehrt für die Werbung neuer Vereins- und Vorstandsmitglieder ein, deren Zahl schon alleine aus biologischen Gründen stetig abnahm; überdies mussten im Laufe der Jahre die verzogenen, erkrankten oder verstorbenen Vorstandsmitglieder durch neue ersetzt werden. In den 2000er Jahren gelang es mir in Absprache mit dem Vorstand mehrere Kooperationspartner und interessierte Personen, die vornehmlich aus Vlotho stammen, für die Vorstandsarbeit des GESW zu gewinnen: Heide Blunk, Manfred Sellmeyer, Harald Meves, Bodo Kohlmeyer sowie Dr. Angelika Germ-Wilkiewicz. Diese Kommunalisierung des Vorstandspersonals ist der Tatsache geschuldet, dass die Zahl

unserer Vereinsmitglieder ständig abnimmt, kaum neue hinzukommen und auswärtige, in der Regel ältere Vereinsmitglieder nicht mehr daran interessiert sind, im Vorstand mitzuarbeiten. Ob das nicht nur im GESW, sondern allenthalben ins Schleudern geratene Vereinsmodell zukunftsfähig ist, bleibt ungewiss. Ob andere Rechtsformen sinnvoller wären, ebenso. Sicherlich wird es in nächster Zukunft – nicht nur im GESW – wieder entsprechende Debatten geben.

Besondere Herausforderungen waren seit 2002 die Instandsetzungen der das GESW umgebenden Straßen (Südfeld- und Steinstraße), die sich in einem katastrophalen Zustand befanden. Die zu leistenden Anliegergebühren waren eine enorme finanzielle Belastung für das Haus. Zudem gingen wir juristisch erfolgreich gegen die Stadt Vlotho vor, weil uns im Fall der Südfeldstr. eine viel zu hohe Anliegergebühr in Rechnung gestellt worden war. Eine ähnlich hohe Klippe stellte die Umsetzung der 2007 geforderten Brandschutzaufgaben in den beiden alten Villen „Budapest“ und „Praha“ dar, die wir ohne die großzügige Unterstützung des Landes NRW nicht gemeistert hätten. Ich hatte damals das Glück, im zuständigen Ministerium in Düsseldorf mit einem aufgeschlossenen und dem Institut sehr geneigten Beamten in Kontakt zu kommen, der unsere Bemühungen um Fördermittel nachdrücklich unterstützte, so dass unser Eigenmittelanteil in einem vertretbaren Rahmen blieb. Die Straßenausbau- und Brandschutzmaßnahmen mussten bei vollem Seminarbetrieb durchgeführt werden, was für alle Beteiligten, ob Mitarbeitende oder Gäste, eine enorme Belastung darstellte. Die in diese Zeit fallenden Personalwechsel sorgten für zusätzliche Aufwände, denn die neuen Kolleginnen mussten entsprechend eingearbeitet werden. Das GESW befand sich in dieser Zeit in permanentem Alarmzustand und wir alle im Dauerstress.

Als Kommunalpolitiker und Institutsratsleiter wurde ich in Vlotho recht bald als das GESW schlechthin wahrgenommen, was sich auch aus dem Umstand ergab, dass meine Kollegen/innen in der Regel nicht in Vlotho wohnten, ihren Erstwohnsitz wo anders hatten oder beruflich viel unterwegs waren, zum Beispiel als Leiter/innen der beliebten Brüssel- oder Berlinexkursionen, die sich im Laufe der Jahre einer immer besseren Nachfrage erfreuten, wodurch allerdings auch die Belegung in unserer eigenen Bildungsstätte zurückging. Dieser nur schwer lösbare Zielkonflikt besteht bis heute und wird wohl auch in Zukunft für Gesprächsstoff sorgen. Denn immer mehr Institute geben aus Kostengründen inzwischen ihre eigenen Bildungsstätten auf und führen ihre Maßnahmen ambulant in angemieteten Hotels oder Jugendherbergen durch. Als Institutsratsleiter habe ich im Einvernehmen mit unserem Vorstand immer betont, dass eine Aufgabe des Hauses nicht in Frage komme, da außerschulische Bildung entsprechende Orte und Ressourcen, aber auch ein verbindliches, zielgruppenorientiertes Flair in einer ansprechenden Bildungsstätte – als optimalem Lernort – bieten müsse. Natürlich bin ich auch als demnächst Ruheständler, aber weiterhin aktives GESW-Mitglied und Kommunalpolitiker daran interessiert, dass die Bildungsstätte mit Wirtschaftsbetrieb erhalten bleibt und nicht noch weitere Leerstände in der Weserstadt entstehen.

Gleichzeitig nehme ich aber auch durchaus wahr, dass die Attraktivität unseres Instituts im Laufe der Jahre allmählich abgenommen hat. Natürlich sind Brüssel, Berlin oder andere Großstädte für Jugendliche und Erwachsene interessantere Zielorte als das verschlafene, aber landschaftlich reizvolle Vlotho und das GESW, das eine gute Küche und Unterbringung (wofür Petra Klug und Martina Karner und deren Mitarbeiter/innen mit großer Zuverlässigkeit sorgen) sowie durchweg als gut bis sehr gut bewertete Seminare zu bieten hat. Auch sind die Ansprüche der Jugendlichen und Erwachsenen hinsichtlich der Unterbringung und des Wohnkomforts im Laufe der Jahre gestiegen und sicherlich gibt es mittlerweile eine ganze Reihe kommerzieller Angebote, bei denen wir preistechnisch als Institut mit fest eingestelltem Wirtschaftspersonal nicht mithalten können. Und außerdem hält seit Jahren ein Trend zu kleineren Gruppengrößen und kürzeren Seminaren an. Dies alles erschwert es, das Haus befriedigend und über das ganze Jahr hin ausgeglichen auszulasten. Andererseits sind uns auch zahlreiche Jugend- und Erwachsenengruppen über lange Zeit erhalten geblieben, weil sie die guten Angebote und die freundliche Atmosphäre des Hauses schätzen. Überdies verfügt das GESW über verlässliche und engagierte Mitarbeitende, die sich in hohem Maße mit dem Institut identifizieren und in Krisenzeiten auch bereit sind, zeitliche und materielle Abstriche zu machen, um das Ganze am Leben zu erhalten. Dabei werden richtig verstandene Solidarität und Subsidiarität nicht nur gepredigt, sondern schlichtweg gelebt. Zeitweilig artet dies bei manchen Mitarbeitenden in Selbstaussbeutung aus. Damit unterscheidet sich das Institut allerdings kaum von anderen Betrieben dieser Art. Weder der Bund, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) noch das Land NRW mit seinem Weiterbildungsgesetz (WbG) haben die Förderung außerschulischer politischer Jugendbildung in den letzten beiden Jahrzehnten in nennenswerter Höhe aufgestockt, im Gegenteil, es wurde vor allem gekürzt.

Trotz aller berechtigten Sorgen sind die Voraussetzungen, um das GESW erfolgreich weiter zu führen, nicht die schlechtesten. Jedenfalls sind sie besser, als sie es im Jahre 1993 waren. Es gilt, wie dies schon in den vergangenen Jahrzehnten in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung, der Ludwig Erhardt Stiftung, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk, der Deutschen Polizeigewerkschaft, dem Pädagogischen Austauschdienst, dem Auswärtigen Amt oder der Inanspruchnahme von EU-Mitteln immer wieder geschehen ist, Drittmittel zusätzlicher Partner zu erschließen und neue, attraktive Programme anzubieten. Zwar sind die gesamteuropäischen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür momentan nicht die besten, allerdings bringen anhaltende politische Problemlagen wie Rechtsextremismus und Terrorismus sowie Migration und Integration auch mit sich, dass immer wieder nationale und/oder internationale Sonderprogramme als Projekte aufgelegt werden, um die man sich bewerben kann.

Hier ist die Mitgliedschaft und Kooperation im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), die wir im Laufe der Jahre erheblich intensiviert haben, eine große Hilfe (gewesen), ebenso die Tatsache, dass wir die für die Existenz unseres Instituts

lebenswichtige Kooperation der Ost-West-Institute über einen recht langen Zeitraum an führender Stelle mit Leben erfüllt und gemeinsam mit dem BMFSFJ und dem Deutschen Jugendinstitut aktiv an der über zwei Jahre währenden Diskussion und Verabschiedung der Reform des Kinder- und Jugendplans teilgenommen haben. Die Tatsache, dass das GESW zukünftig maßgeblich die Zentralstellenfunktion für bundesweit insgesamt acht Institute übernehmen wird, ist Herausforderung und Chance zugleich. Der Erfolg hängt auch davon ab, inwiefern es dem jüngst gegründeten Verein der Ost-West-Institute e.V. mit seiner Geschäftsführerin Birgit Ackermeier gelingen wird, seine Aktivitäten als Zentralstelle effektiv zu bündeln und darzustellen. Allerdings bedeutet dies auch, dass das BMFSFJ zu seinen Zusagen steht, und es zu einer adäquaten personellen Verstärkung des Vereins und damit auch der beim GESW angesiedelten Zentralstelle kommt. Sollte dies der Fall sein und der eigentliche Bildungsauftrag unseres Instituts nicht zu kurz kommen, so scheint mir die Existenz des Hauses zumindest mittelfristig gesichert. Dies ist dann allerdings ein Kapitel, an dem ich nur noch bedingt mitschreiben werde.

*Theo Mechtenberg*

## **100 Tage PiS-Regierung**

Die Parlamentswahlen vom Oktober 2015 haben „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die Partei von Jarosław Kaczyński, mit einer Machtfülle ausgestattet, wie es sie im nachkommunistischen Polen bislang nicht gegeben hat. Mit ihrem Regierungsantritt am 16. November 2015 verfügt sie im Sejm wie im Senat über die absolute Mehrheit, und mit Andrzej Duda ist ein Präsident im Amt, der ihren Reihen entstammt. Welche Konsequenzen, so fragt man sich, ergeben sich aus dieser Konstellation für Staat und Gesellschaft in Polen?

Als Antwort auf diese Frage bietet sich ein Rückblick auf die Jahre 2005 bis 2007 an, als PiS die Geschicke des Landes bestimmte; allerdings nicht allein, sondern in Koalition mit „Selbstverteidigung“ (SO), der Partei von Andrzej Lepper, und der von Roman Giertych geführten „Liga der Polnischen Familien“, zwei Parteien, die heute auf der politischen Bühne nicht mehr vertreten sind. Damals hatte PiS auf äußerst extensive Weise die Schaltstellen der Macht auf der staatlichen Ebene wie in der Medienlandschaft mit eigenen Leuten besetzt. Die Bildung einer Antikorruptionsbehörde diente ihr vor allem dazu, politische Gegner auszuschalten. Besonders schwerwiegend wog ihr Versuch, das Regierungshandeln der Kontrolle des Verfassungsgerichtes zu entziehen und die Justiz ihrer Unabhängigkeit zu berauben, wodurch die für eine Demokratie fundamentale Gewaltenteilung in Frage gestellt wurde. Damit bewegte sich „Recht und Gerechtigkeit“ nicht mehr im Rahmen der Dritten Republik, sondern verfolgte – nach eigener Aussage – das Ziel der Errichtung einer anderen, Vierten Republik. Die Kaczyński-Partei ist damals mit ihrem Projekt gescheitert. Nunmehr unternimmt sie einen neuen Anlauf, ihre einstigen Absichten zu verwirklichen.

### **Die Nation steht über allem**

Symbole haben mitunter eine besondere Signalwirkung. Als Beata Szydło, die neue Ministerpräsidentin, ihre erste Pressekonferenz hielt, fiel dem Beobachter auf, dass im Rückraum die blaue Fahne der Europäischen Union mit den zwölf Sternen fehlte, die bei derlei Anlässen früher stets neben der polnischen Nationalflagge ihren Platz hatte. Dafür waren die weiß-roten Farben gleich mehrfach vorhanden.

Es wäre eine Fehlinterpretation, würde man in dieser Veränderung eine Absage an die Europäische Union sehen, der Polen vor allem aufgrund der reichlich fließenden EU-Gelder schließlich seinen wirtschaftlichen Aufschwung verdankt. Es geht der neuen Regierung vielmehr darum, mit diesem Zeichen zu unterstreichen, dass die von ihr verfolgte Politik unter dem Primat der Nation und ihrer – von „Recht und Gerechtigkeit“ definierten – Interessen steht. Damit hebt sich PiS von ihrer Vorgängerregierung deutlich ab, der sie den Vorwurf macht, mit ihrem Liberalismus den „Patriotismus“ sowie die „nationalen Werte“ negiert, anstelle eines heroischen Polen ein falsches, weil

negativ getöntes Bild nationaler Vergangenheit vermittelt und mit ihrer Politik Polen ruiniert zu haben.

In der Tat war das von der liberalen „Bürgerplattform“ (PO) unter Führung von Donald Tusk, dem jetzigen EU-Präsidenten, vertretene Gesellschaftsmodell weniger national und stattdessen stark westeuropäisch orientiert. Der von ihr forcierte Modernisierungsprozess führte zu einem Wertewandel, der in Teilen der Gesellschaft Ängste um den Verlust nationaler Identität weckte. Dies hatte in der Endphase der PO-Regierung zu einem von der Kirche geführten, von PiS unterstützten förmlichen Kulturkampf gegen eine in vitro regelnde Gesetzgebung, gegen gender studies sowie gegen die Istanbul Konvention zum Schutz der Familie vor häuslicher Gewalt geführt, weil diese angeblich weniger dem Schutz der Familie diene, sondern eher zu ihrer Zerrüttung beitrage.

Im Unterschied zu dem mehr westeuropäisch ausgerichteten Gesellschaftsmodell der Regierung unter Donald Tusk und seiner Nachfolgerin Ewa Kopacz vertritt Jarosław Kaczyński die Vision eines Polens im Sinne einer katholisch geprägten nationalen Einheit als Bollwerk gegen eine westliche Überfremdung. Entsprechend finden sich im Programm von PiS sowie in Äußerungen ihres Vorsitzenden immer wieder der Bezug auf die Nation und der Anspruch, ein „besseres Polen“ zu schaffen als jenes, das die Dritte Republik zuwege gebracht habe. Dies betrifft auch die angeblich mangelnde Abrechnung mit den gegen die Nation verübten „Verbrechen der Kommunisten“, die in der Vergangenheit versäumt worden sei und die es nun – wie Präsident Duda auf einer Veranstaltung zum Gedenken an den Arbeiteraufstand vor 60 Jahren erklärte – nachzuholen gelte.

Das Jahr 2016 dürfte reichlich Gelegenheit bieten, sich der über ein Jahrtausend währenden Einheit von Nation und christlichem Glauben zu erinnern sowie die Bedeutung dieser geschichtlichen Verwurzelung der Nation für das heutige Polen zu betonen. Diesem Ziel dienen die Feierlichkeiten aus Anlass der „Taufe Polens“ vor 1050 Jahren. Ein entsprechendes Programm wurde zwischen Staat und Kirche am 27. November 2015 im Warschauer Königsschloss vereinbart.

Dem nationalen Gedenken dient auch die Wiederaufnahme der Untersuchung des Absturzes der Präsidentenmaschine am 10. April 2010. Im nationalen Lager wurden damals sogleich Stimmen laut, die einen Anschlag vermuteten. Offenbar ertrug man es nicht, dass es sich um einen gewöhnlichen, wenngleich tragischen Unfall handelte und verlangte ganz im Geist der Tradition des Martyriums der polnischen Nation nach einer national-heroischen Überhöhung dieser menschlichen Tragödie. So wurde, von PiS initiiert, über all die Jahre am 10. eines jeden Monats in nationalen Manifestationen jenes Flugzeugabsturzes gedacht. Nun wird die von der Vorgängerregierung in Auftrag gegebene und abgeschlossene Untersuchung, die einen Anschlag ausschließt und den Absturz auf den über dem Flugplatz von Smolensk herrschenden Nebel, auf Mängel in der Organisation und Durchführung des Fluges sowie auf Fehler der für die

Flugsicherung zuständigen russischen Fluglotsen zurückführt, für null und nichtig erklärt. Eine neuerliche, auf einer Verschwörungstheorie basierende Untersuchung soll nun den Beweis für ein Attentat erbringen. Man wird gespannt sein dürfen, mit welchen Mitteln eine PiS-hörige Kommission versuchen wird, die Aussagen des über 300 Seiten umfassenden Abschlussberichts zu widerlegen und die Theorie eines (russischen) Anschlags zu begründen. Absehbar ist schon jetzt eine weitere Polarisierung innerhalb der Gesellschaft.

Es fragt sich, welche Konsequenzen diese starke Hervorhebung der Nation für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft nach sich zieht. Für Beunruhigung sorgte die Aussage von Kornel Morawiecki, dem Alterspräsidenten des Sejm, das Wohl der Nation stehe über dem Gesetz. Es ist zwar unstrittig, dass sich die Gesetzgebung am Allgemeinwohl zu orientieren hat, doch was ihm tatsächlich dient, das ist nicht ohne weiteres offenkundig, sondern muss im gesellschaftlichen Diskurs ermittelt werden. PiS ist, was die Aussagen ihrer Führungskräfte und ihre ersten Aktionen betrifft, offenbar anderer Auffassung und versteht sich gleichsam als Verkörperung der Nation und Vollstreckerin ihres Willens. Politische Gegner werden nach Worten von Kaczyński aus solchem Selbstverständnis heraus zu „Verrätern am Polentum“, zu „genetisch bedingt schlechten Polen“. Es erscheint daher zweifelhaft, ob bei solch aggressiver Arroganz die Umsetzung eines Konzepts nationaler Einheit in einer faktisch pluralistischen Gesellschaft, um die es sich auch bei Polen schließlich handelt, gelingen kann. Ihr friedliches Zusammenleben verlangt Toleranz und das Eingehen von Kompromissen, Begriffe, die man im Sprachschatz von PiS vergeblich sucht. So ist absehbar, dass diese Legislaturperiode von gesellschaftlichen Konflikten und Polarisierungen geprägt sein wird.

### **Der Streit um das Verfassungsgericht**

Die Polarisierung ließ nicht lange auf sich warten. Und sie betraf gleich die für die Rechtsstaatlichkeit einer Demokratie entscheidende Institution – das Verfassungsgericht. Seine Aufgabe ist es schließlich, als oberstes Kontrollorgan die Verfassungsmäßigkeit des Regierungshandelns zu garantieren und gegebenenfalls Gesetze, die gegen die Verfassung verstoßen, zurückzuweisen. Eigentlich sollten Parteien ein Interesse daran haben, die Unabhängigkeit und Autorität des Verfassungsgerichts zu stärken – zum Schutz vor eigenem Machtmissbrauch. Ist ihr Handeln dagegen auf eine Schwächung des Verfassungsgerichtes ausgerichtet, dann bedeutet dies nicht weniger als eine Gefährdung der Demokratie.

Eine solche Gefährdung zeichnete sich nach dem Machtwechsel in Polen ab, wobei allerdings die von der „Bürgerplattform“ geführte Vorgängerregierung an dieser Entwicklung nicht schuldlos ist. Sie hatte noch kurz vor ihrem Abtreten mit ihrer parlamentarischen Mehrheit für fünf Verfassungsrichter, deren Amtszeit auslief, fünf neue ernannt. Dabei hätten zwei von ihnen, deren Amtsperiode erst im Dezember zu Ende ging, in der neuen Legislaturperiode bestimmt werden müssen. Entsprechend bestätigte das Verfassungsgericht auch nur drei von ihnen. Doch der neue Präsident

Andrzej Duda verweigerte allen fünf die Vereidigung. Der neue, unter der Dominanz von PiS stehende Sejm, erklärte kurzerhand die Wahl jener fünf Verfassungsrichter für ungültig und bestimmte seinerseits fünf PiS genehme Nachfolger, die zu nächstlicher Stunde von Präsident Duda vereidigt wurden, ein Akt, der vom Verfassungsgericht für rechtswidrig befunden wurde. Die dadurch bewirkte Krise wurde durch ein von der parlamentarischen Mehrheit von PiS kurz vor Weihnachten beschlossenes Gesetz weiter verschärft. Es sieht vor, die bislang geltende einfache Mehrheit bei Beschlüssen des Verfassungsgerichts durch eine Zweidrittelmehrheit zu ersetzen. Zudem wurde entgegen der bisher geltenden Regelung ein Quorum von 13 der insgesamt 15 Verfassungsrichter festgelegt, die für eine Beschlussfassung erforderlich sind. Damit wurde die übliche Praxis interner Arbeitsteilung außer Kraft gesetzt. Des Weiteren sieht das Gesetz anstelle der Dringlichkeit eine chronologische Bearbeitung der Anträge sowie eine Fristverlängerung des Zeitraums zwischen Antrag und Entscheid des Verfassungsgerichtes entgegen der bisherigen Regelung von zwei Wochen auf bis zu sechs Monate vor. Diese neuen Bestimmungen dürften eine Blockade von Gesetzesvorhaben der PiS-Regierung durch das Verfassungsgericht praktisch unmöglich machen und damit das Regierungshandeln seiner Kontrolle entziehen.

Dieses Vorgehen seitens der neuen Regierung wurde in der Öffentlichkeit als Versuch gewertet, sich selbst Tür und Tor für eine weitgehend ungehinderte Machtausübung zu öffnen. Man sah darin eine ernste Bedrohung der demokratischen Ordnung. Nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch regte sich Widerstand. Es bildete sich ein „Komitee zur Verteidigung der Demokratie“ (KOD), das in kürzester Zeit zehntausende von Bürgern zu Protesten auf die Straße brachte. In Abwandlung eines alten Kirchenliedes, das zeitweise den Rang einer Nationalhymne besaß, sangen sie „Herr gib uns wieder das Vaterland zurück – ohne PiS“. Die Kreativität ihrer Parolen und Spruchbänder erinnert an die Zeit der „Solidarność“. Lech Wałęsa, ihr legendärer Führer, Friedensnobelpreisträger und erster Präsident des postkommunistischen Polens, verurteilte das Gesetz, das Polen „vor der ganzen Welt der Lächerlichkeit preisgebe“. Er regte an, durch einen Volksentscheid Neuwahlen zu erzwingen. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission forderten eine Überprüfung des Gesetzes, das die Rechtsstaatlichkeit gefährde und Grundprinzipien der Europäischen Union verletze. Der Protest verfehlte seine Wirkung nicht. Im Dezember 2015, keine zwei Monate nach ihrem Regierungsantritt, verlor PiS in den Umfragen massiv an Zustimmung in der Bevölkerung. Doch all dies hielt Präsident Duda nicht davon ab, das Gesetz in der letzten Dezemberwoche zu unterzeichnen, so dass es mit der Veröffentlichung im Gesetzblatt in Kraft trat.

Die faktische Lahmlegung des Verfassungsgerichts ist nicht der einzige Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz. Am 28. Januar 2016 beschloss das Parlament nach einer stürmischen Debatte eine Gesetzesänderung, wonach sämtliche Staatsanwaltschaften des Landes direkt dem Justizminister unterstellt werden, der – was gleichfalls beschlossen wurde – künftig in Personalunion auch das Amt des Generalstaatsanwalts ausübt. Damit

ist er befugt, in jede Ermittlung einzugreifen. In Reaktion auf den Verlust ihrer Selbstständigkeit beantragten einige hundert Staatsanwälte ihren Vorruhestand.

### **Die Medien unter Kontrolle von PiS**

Wer die öffentliche Meinung in seinem Sinne beeinflussen will, benötigt die Herrschaft über die Medien. So ist es nur folgerichtig, dass PiS nach ihrem Wahlsieg die Kontrolle über die Medienlandschaft anstrebt. Ihre vorrangige Absicht ist es, Radio und Fernsehen in „nationale Medien“ umzuwandeln. Sie sollen einem „Rat nationaler Medien“ unterstellt werden, der fünf Personen umfassen soll, die vom Sejm (2), vom Präsidenten (2) und vom Senat (1) bestimmt werden. Seine Amtszeit beträgt sechs Jahre und geht damit über die jetzige Legislaturperiode hinaus. Der Vorsitzende dieses „Rates“ ernennt die Programmleiter und Chefredakteure. Drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes erlöschen die Arbeitsverträge der im öffentlichen Fernsehen und Radio angestellten Journalisten und sonstigen Mitarbeiter. Sie können sich neu bewerben. Über ihre Einstellung entscheiden die neuen Direktoren und Chefredakteure. Damit erhalten diese Medien einen Rechtscharakter, der ihrer faktischen Verstaatlichung unter der Vormundschaft von PiS gleichkommt.

Mit diesem Vorhaben löste die Kaczyński-Partei unter den in den öffentlichen Medien Beschäftigten erhebliche Unruhe aus, befürchten diese doch, entlassen und durch der PiS-Regierung genehme Programmleiter und Journalisten ersetzt zu werden. So äußerte sich einer von ihnen wie folgt: „Die Atmosphäre ist fürchterlich, man kann unmöglich arbeiten. Die Leute schleichen durch die Korridore, überlegen, was kommen wird. Die Mehrheit ist entsetzt, ein Teil gibt sich der Illusion hin, es werde alles nicht so schlimm. Zu denen zähle ich nicht – mich gibt es hier faktisch schon nicht mehr. Die Theorie nationaler Medien ist eine Augenwischerei. PiS geht es ausschließlich um die Übernahme von Fernsehen und Radio.“<sup>1</sup>

Dass diese Befürchtungen nicht grundlos sind, zeigte sich mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Medienreform einen Tag vor Ende des Jahres. Es ermöglicht den Austausch des Personals auf der Leitungsebene der öffentlich-rechtlichen Anstalten von Fernsehen und Hörfunk. Die verantwortlichen Direktoren werden nun nicht mehr aufgrund eines Bewerbungsverfahrens von einem unabhängigen Gremium berufen, sondern vom zuständigen Minister ernannt, der sie auch jederzeit wieder abberufen kann. Mit Inkrafttreten des Gesetzes Anfang Januar verloren die bisherigen Direktoren ihr Amt oder kamen ihrer Entlassung zuvor. Damit wurde der Weg frei, die Leitungsfunktionen im öffentlichen Fernsehen und Radio durch PiS ergebene Personen zu besetzen.

Aufgabe von Fernsehen und Radio soll es von nun an sein, die öffentliche Meinung im Geiste eines Patriotismus zu beeinflussen. Eine unabhängige, die Regierungsarbeit kritisch begleitende journalistische Tätigkeit scheint damit nicht mehr gewährleistet.

<sup>1</sup> Grzegorz Rzeczkowski, TVPiS, Polityka, 49 (2015), S. 14

Entsprechend die Ankündigung von Jacek Kurski, dem neuen Chefs des polnischen Fernsehens, der sich einen Tag nach Unterzeichnung des Gesetzes durch Präsident Duda im polnischen Radio mit dem Satz vorstellte: „Ich bin ein starker Mann und Garant dafür, dass wir die Unabhängigkeit und Freiheit des öffentlichen Fernsehens vor Gefahren der Welt der Politik verteidigen können.“ Wer mit der Polen gefährdenden „Welt der Politik“ gemeint ist, dürfte nach all den Gesetzesinitiativen, die PiS nach ihrem Regierungsantritt eilig unter Dach und Fach gebracht hat, kaum zweifelhaft sein – die Opposition im eigenen Land und die Brüsseler Kommission. Zudem sah er in dem Interview die Aufgabe des öffentlichen Fernsehens darin, „die nationale Gemeinschaft aufzubauen und die Polen zu großen und erhabenen Zielen zu vereinen.“<sup>2</sup>

Die Reaktion der Brüsseler Kommission ließ nicht lange auf sich warten. In einem Schreiben von Junckers Stellvertreter Frans Timmermans äußerte dieser die Befürchtung, die Reform könne „die Freiheit und Vielfalt der Medien“ bedrohen und damit gegen EU-Recht verstoßen. Er verlangte daher Aufklärung darüber, ob das verabschiedete Gesetz mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar ist.

Um die „nationalen Kulturinstitute“ von Funk und Fernsehen für jedermann zugänglich zu machen, plant die Regierung, die monatliche Gebühr auf 10 Zł. zu begrenzen und Rentnern über 75 Jahre ihre kostenlose Nutzung zu ermöglichen.

Doch derlei Vorhaben von PiS reichen nicht aus, um die öffentliche Meinung unter ihre Gewalt zu bringen. Es bleiben immer noch die privaten Fernsehanstalten, Radiosender, Zeitschriften und Zeitungen, hinter denen zumeist ausländisches, vor allem deutsches Kapital steht. Hier will PiS ein Gesetz verabschieden, das den Anteil ausländischen Kapitals beschränken, Monopolbildung verhindern und rein polnische Medien steuerlich begünstigen soll. Doch ob es PiS mit diesem Katalog an Maßnahmen tatsächlich gelingen wird ihre Ziele zu erreichen, ist mehr als zweifelhaft. Mit dem Internet ist längst ein neues Medienzeitalter angebrochen, das vor allem in autoritären und diktatorischen Systemen seine Bedeutung unter Beweis gestellt hat und weiterhin unter Beweis stellt, wenn es darum geht, in kürzester Zeit Massen zu mobilisieren. Auch in Polen wurde zu den durch das „Komitee für die Verteidigung der Demokratie“ (KOD) organisierten Protesten gleichfalls weder im Fernsehen noch im Radio und auch nicht in der Presse, sondern über Facebook aufgerufen. Und dies mit großem Erfolg. Doch um die Regierung von ihrem Kurs abzubringen oder sie gar zum Rücktritt zu nötigen, um Neuwahlen herbeizuführen, dazu dürfte diese außerparlamentarische Opposition zu schwach sein. Zudem setzt Kaczyński offenbar darauf, dass die Bevölkerung durch sein Sozialprogramm ruhig gestellt wird, das neben anderen sozialen Zuwendungen eine Rücknahme der von der Vorgängerregierung verordneten Rentenreform, Rentenerhöhung und ein monatliches Kindergeld in Höhe von 500 Zł. ab dem zweiten Kind umfasst. Diese Kalkulation ging denn auch vorerst auf, nahm doch die

<sup>2</sup> Agnieszka Kublik, Z kim Jacek Kurski przejmuję TVP? (Mit wem übernimmt Jacek Kurski das Polnische Fernsehen?), Gazeta Wyborcza, 08.01.2016

Zustimmung zur Regierung im Januar wieder deutlich zu. Die durch die Sozialmaßnahmen verursachte Mehrbelastung des Staatshaushaltes soll durch höhere Besteuerung großer, zumal ausländischer Unternehmen, der Banken und Versicherungen, erbracht werden. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf die wirtschaftliche und soziale Situation Polens haben werden.

### **Auf dem Weg zu einer „souveränen Demokratie“**

Die bisherigen von der Regierung erlassenen Gesetze sowie zahlreiche Äußerungen führender Politiker von PiS zeigen ein sehr spezielles Verständnis von Demokratie, Ökonomie und Freiheit der Medien. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der Abgeordneten von „Recht und Gerechtigkeit“ nach Annahme der Gesetze zum Verfassungsgericht und zur Medienreform. Gestikulierend skandierten sie „Demokratie“, „Demokratie“ bzw. „freie Medien“, „freie Medien“ wobei doch durch ihre Beschlussfassung diese hehren Begriffe ihres eigentlichen Sinns beraubt und in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Dieser Methode falscher Etikettierung bedienen sich Polens führende Politiker auch gegenüber der EU-Kommission, indem sie ständig beteuern, dass alles, was sie unternehmen, durchaus den demokratischen Grundwerten der Europäischen Union entsprechen würde.

Was sich in Polen derzeit vollzieht, kommt einem tiefgreifen Wandel des politischen Systems gleich. Diese neuerliche Systemtransformation nach dem Übergang vom Kommunismus zur Dritten Republik vor einem Vierteljahrhundert scheint nur verständlich auf der Grundlage eines teilweise begründeten, teils geschürten Misstrauens sowie nationaler Ängste vor äußeren Einflüssen und Überfremdung. Daraus resultiert eine Nähe zu der von Vladislav Surkov skizzierten „souveränen Demokratie“<sup>3</sup>, wie sie die gegenwärtige internationale Lage angeblich erfordere. Surkov definiert sie „als Ermöglichung der Entscheidungsfreiheit des Nationalstaates in Übereinstimmung mit den eigenen, durch äußere Einflüsse nicht begrenzter Interessen.“ Für die „zwischenstaatlichen Beziehungen“ gelte eine „scharfe wirtschaftliche Konkurrenz“. Dies zumal, weil der Westen das Ziel verfolge, Russland auf seinem eigenen Territorium zu einer „Schutzmacht seiner Interessen zu machen.“ Der Westen sei bereit, „uns bis auf die Socken auszuziehen“, und dies „politisch korrekt und mit vollem Respekt“. Daher würden Investitionen die „Souveränität des Staates bedrohen.“ Unter Beibehaltung einer antiwestlichen Grundhaltung bestehe die „Souveränität“ in einer „Offenheit gegenüber der Welt bei gleichzeitiger Teilhabe an einem offenen Kampf.“ Diese Politik bewahre vor einer „Teilung der Gesellschaft sowie vor einem weltanschaulichen Pluralismus.“ Wahlen seien ein Ausdruck für die „Einheit zwischen Regierung und Gesellschaft.“ Dabei stütze sich diese Politik auf die eigene „Tradition und nationale Rituale“. All dies sind Auffassungen, wie sie sich auch in Worten und

<sup>3</sup> Der Begriff „souveräne Demokratie“ geht zurück auf eine Rede von Vladislav Surkov, dem stellvertretenden Chef der Präsidentenkanzlei, auf dem VII. Kongress der Kremlpartei „Einiges Russland“ im Februar 2006. Vgl.: Jarosław Cwiek-Karpowicz, Rosyjska elita władzy centralnej (Die russische Elite der Zentralmacht) 2000-2008, Bd. III, Warszawa 2011

Taten von PiS widerspiegeln. Inzwischen findet der Begriff „souveräne Demokratie“ auch bei polnischen Analytikern Verwendung.<sup>4</sup>

### **Ist dieser Systemwandel mit den demokratischen Grundwerten der Europäischen Union vereinbar?**

Sehr deutlich und wenig diplomatisch äußerte sich Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments, zu den Vorgängen in Polen. Die Entwicklung habe „Staatsstreich-Charakter“ und laufe auf eine „gelenkte Demokratie“ hinaus. Der Konflikt mit der Brüsseler Behörde nahm Fahrt auf. In einem offenen Brief an Frans Timmermans verbat sich Justizminister Zbigniew Ziobro den auf Polen ausgeübten Druck mit den Worten: „Normalerweise antworte ich nicht auf dummliche Äußerungen, die ausländische Politiker von sich geben, denn diese legen lediglich von ihnen selbst Zeugnis ab.“ Und auf Schulz und Günther Oettinger, den für Medien zuständige EU-Kommissar, gemünzt erklärte Kulturminister Piotr Gliński: „Das ist eine Veranstaltung von Irren, gepaart mit einem sehr hohen Grad an Arroganz.“ Und unter Bezug auf die deutsche Vergangenheit: „Es gibt bestimmte Nationen, die aufgrund von Ereignissen, die einige Generationen zurückliegen, etwas maßvoller in ihrer Reaktion werden sollten, statt auf aggressive Weise anderen ihre nationalen Interessen aufzuzwingen.“ Unter Hinweis auf polenfeindliche Äußerungen deutscher Politiker wurde sogar der deutsche Botschafter ins polnische Außenministerium einbestellt – und dies mit dem Ergebnis, dass beide Seiten anschließend ihre guten Beziehungen unterstrichen. Ohnehin versagt es sich die Bundesregierung, wie schon vor zehn Jahren, ihrerseits Öl ins Feuer zu gießen. Und für die im Europaparlament sowie in der Brüsseler Kommission tätigen Politiker trägt sie keine Verantwortung.

### **Negative Auswirkung auf das deutsch-polnische Verhältnis**

Den bisherigen Gipfel dieser Konfrontation mit der angeblich von Deutschen dominierten Brüsseler Zentrale erreichte das Titelblatt der Januarausgabe von Wprost (2/2016). Unter der Überschrift „Erneut wollen sie die Oberhoheit über Polen“ zeigt es auf der retuschierten Grundlage einer Lagebesprechung Hitlers mit Mussolini und Generälen in dessen Hauptquartier folgende Szene: Im Zentrum Angela Merkel, ganz in der Pose Hitlers über Generalstabskarten gebeugt, flankiert von M. Schulz, J.-C. Junckers, G. Oettinger und G. Verhofstadt, Chef der Liberalen im Europäischen Parlament. Allesamt in Naziuniformen. Und im Hintergrund die Europaflagge. Deutlicher lässt sich wohl die in PiS-Kreisen verbreitete negative Einstellung zur Politik der Bundesregierung nicht unter Beweis stellen. Und das keineswegs nur in den Medien. Es fehlt auch nicht an verantwortlichen Vertretern der Regierung, die – wenngleich weniger zugespitzt – ähnliche Signale Richtung Berlin senden. Dazu zählt auch der Antrittsbesuch von Ministerpräsidentin Beata Szydło bei Angela Merkel. Man hätte erwarten können, dass er, wie in der Vergangenheit üblich, wenige Tage nach Regierungsantritt erfolgt wäre. Doch Szydło ließ sich Zeit, ließ drei Monate verstreichen, reiste zuvor zum ungarischen Premier Viktor Orbán, ehe sie sich auf den

<sup>4</sup> Marek Bieńczyk, Polityka ciała (Körpersprache), Tygodnik Powszechny, 3 (2016), S. 24

Weg nach Berlin machte. Es fällt schwer, dies nicht geradezu als eine Provokation zu werten. Und das in dem Jahr, in dem in besonderer Weise des vor einem Vierteljahrhundert abgeschlossenen Nachbarschaftsvertrages gedacht werden soll, der bislang für die guten wechselseitigen Beziehungen die Grundlage bildete. Entsprechend kühl verlief denn auch die Berliner Begegnung, auch wenn nach außen die Formen der Höflichkeit gewahrt blieben.

Es ist nicht nur die Weigerung Polens, die Flüchtlingskrise, wie es Merkels Plan ist, auf europäischer Ebene zu lösen, indem – neben anderen Maßnahmen – die Mitgliedstaaten sich verpflichten sollen, bestimmte Quoten von Flüchtlingen aufzunehmen. Die starke, sich diesem Plan widersetzennde Zusammenarbeit der Visegrad-Gruppe in dieser Frage zielt wohl letztlich darauf, die alte polnische Idee eines Staatenbundes „von Meer zu Meer“ neu zu beleben, um innerhalb der Europäischen Union ein Gegengewicht zu einer angeblichen westlichen Dominanz unter deutscher Führung zu schaffen und die eigenen Interessen besser vertreten zu können. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Weise sich diese von Polen favorisierte Idee verwirklichen lässt und wie sie sich auf die ohnehin geschwächte Einheit Europas auswirken wird.

### Stimmen aus der polnischen Kirche

Auch aus Polens katholischer Kirche waren Stimmen zu vernehmen, die sich gegen eine Einmischung durch die Brüsseler Behörde wandten und als Unterstützung der Politik von PiS zu werten sind. So empörte sich Bischof Wiesław Mering, Ordinarius der Diözese Włocławek, in einem persönlichen Brief an Martin Schulz über dessen Äußerungen auf eine für einen Bischof höchst unangemessene Weise: Das Europaparlament sei wohl unter seiner Leitung mit so wichtigen Sachen befasst wie „mit der Länge der Flamme von Kerzen und der Menge des Wassers in der Spülung.“ Er bedauert, dass Schulz nicht den Mund gehalten habe, fordert eine Entschuldigung, zu der aber Schulz nicht fähig sei. Am Ende des Briefes wünscht er Schulz „im ‚Winterfest‘ (Sie nennen doch so Weihnachten) Besonnenheit, Weisheit und Vorstellungskraft.“<sup>5</sup> Und in Einschätzung der politischen Situation sagte er: „Die gegenwärtige Regierungsmannschaft empfehle ich leichter und lieber dem Herrgott als die vorhergehende. Es fällt schwer, Gott um Segen zu bitten für die Forcierung von Schwangerschaft verhindernden Pillen und einer Antigewalt-Konvention oder für die Unterstützung der Abtreibung.“ Und mit Blick auf die gegen PiS und die Regierung gerichteten Proteste erklärte der Bischof entgegen deren wahren Verlauf: „Noch nie habe ich solche Erscheinungen von wildem Hass gesehen wie bei den letzten Demonstrationen von KOD.“<sup>6</sup> Auch der Krakauer Kardinal Stanisław Dziwisz bezog Stellung gegen die von KOD organisierten Proteste. Am 14.12.2015 erklärte er, die auf der Straße geführten Dialoge würden die Spaltung der Gesellschaft vertiefen. Um dies zu vermeiden, wandte er sich an die Politiker aller Parteien, „die sich vom christlichen Glauben und der Zugehörigkeit zur Kirche leiten lassen“. Durch eine solche Äußerung

<sup>5</sup> Brief vom 15. 12. 2015, Tgb-Nr.639/2015/Bp

<sup>6</sup> Tomasz Krzyżak, Miłość bliźniego i KOD (Nächstenliebe und KOD), www.rp.pl, 22.1.2016

könnten die Unterstützer von KOD als antichristlich und antikirchlich diffamiert werden. Auf die Frage, ob die Festlichkeiten zur Erinnerung an die „Taufe Polens“ vor 1050 Jahren dazu dienen könnten, eine neue Verfassung zu verabschieden, sprach sich Erzbischof Henryk Hoser für Verfassungsänderungen aus, „wo dies erforderlich ist“. Man sollte dabei eine „solche Lösung anstreben, bei der die Konstitution im hohen Maße unseren Subjektcharakter, unsere Tradition und unsere nationalen Eigenschaften zum Ausdruck bringt“. Bischof Hoser, der sich vor allem durch seine strikte Ablehnung jeder Art von künstlicher Befruchtung einen Namen gemacht hat, verweist denn auch darauf, dass man sich im Zusammenhang etwaiger Verfassungsänderungen „des unerhörten Gewichts der Probleme bioethischer Natur bewusst sein müsse, vor denen wir stehen“. An die neue Regierung gewandt kam auch die Forderung nach einem absoluten Verbot von Abtreibungen zur Sprache. So war in der dem Medienimperium von Pater Rydzyk zugehörigen Kirchenzeitung „Gość Niedzielny“ (Sonntagsgast) zu lesen: „Wenn ihr euch jetzt, wo ihr über die absolute Mehrheit verfügt, gegenüber den geringsten Brüdern Jesu rücksichtslos verhaltet, dann ruht auf euch kein Segen – und durch euch auch nicht auf dem Land. Ihr müsst euch entscheiden, wen ihr zum Gott habt: den Schöpfer oder das Ausmaß mutmaßlicher Unterstützung.“<sup>7</sup>

### **Einleitung eines Verfahrens durch die EU-Kommission**

Am 13. Januar 2016 hat sich die Brüsseler Kommission für die Einleitung des „Rechtsstaatsmechanismus“ entschieden, um festzustellen, ob die polnische Regierung europäische Grundwerte schwerwiegend verletzt. Damit beginnt ein langwieriger Prozess. Selbst wenn die Kommission zu dem Ergebnis gelangen sollte, dass nicht hinnehmbare Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit vorliegen, muss Polen noch nicht mit Sanktionen rechnen. Erst wenn sich die polnische Regierung einem Dialog mit der Kommission sowie einer Einigung über etwaige Veränderungen verweigern sollte, könnte nach Artikel 7 der EU-Verträge ein Verfahren eingeleitet werden, das möglicherweise die Verhängung von Sanktionen zur Folge hätte. Ob es jedoch zu dieser letzten Maßnahme tatsächlich kommen wird, erscheint eher fraglich. In Brüssel weiß man schließlich, dass sich durch etwaige Strafmaßnahmen die nationalstaatlichen Tendenzen in Polen sowie in anderen Mitgliedstaaten verstärken und die ohnehin brüchige europäische Einheit weiter schwächen würden. Zudem hat Jarosław Kaczyński für diesen Fall vorgesorgt. Er traf sich am 6. Januar 2016 im polnischen Niedzica mit Viktor Orbán zu einem sechsstündigen Gespräch. Und dies ohne Beteiligung von Ministerpräsidentin Szydło, Präsident Duda und Außenminister Waszczykowski – ein Zeichen dafür, dass in Wahrheit Kaczyński die Geschicke Polens lenkt, obwohl er als bloßer Parlamentarier für seine Entscheidungen offiziell keine Verantwortung trägt; auch dies ein Verfahren, das mit demokratischen Regeln kaum vereinbar ist. Über das Gespräch gab es kein Communiqué. Doch worum es dabei vor allem ging, wurde zwei Tage später durch eine Erklärung von Orbán im polnischen Radio deutlich, in der sich der ungarische Premier verpflichtete, eventuellen Brüsseler Sanktionen gegenüber Polen niemals seine Zustimmung zu geben.

<sup>7</sup> Polityka 49 (2015), S. 122

Jacek Żakowski

## Zwei Republiken Polen. Wir diskutieren und überlegen, ob wir die Freiheit nach dem Jahr 1989 gut genutzt haben. Für sie ist der Juni 1989 der November 2015<sup>1</sup>

Die neue Regierung überrascht uns immer wieder. Mit dem Gesang „ein freies Polen gib uns wieder, oh Herr“<sup>2</sup>. Mit dem Glauben an den Anschlag von Smolensk. Mit durchsichtigen Manövern, die die Wähler während des Wahlkampfes aber ohne mit den Wimpern zu zucken zu akzeptieren schienen. Mit dem Verstecken und Hervorziehen markanter politischer Persönlichkeiten. Mit dem Ausmaß des Wahlsiegs. Mit der Dimension der angekündigten Veränderungen, die all das umkehren sollen, was in einem Vierteljahrhundert erreicht wurde. Mit den Demütigungen, die Beata Szydło während der Regierungsbildung akzeptierte. Mit der Verbindung von Euro-Skeptizismus und NATO-Enthusiasmus. Mit dem Glauben, dass in den Beziehungen zu Amerika, Russland, Deutschland oder den Visegrad-Staaten nunmehr gelingen wird, was bisher keiner Regierung gelang. Schließlich mit der provozierenden Berufung von Ministern, der Begnadigung Kamińskis sowie der konformistischen Besetzung der Wirtschaftsressorts im Hinblick auf die Geschäftswelt und die Wirtschaft. Auf den ersten Blick scheint dies alles unlogisch, unpassend, inkonsequent und realitätsfern. Aber ganz konkret gesprochen, im Hinblick auf welche Realität? Unsere Realität. Sie gehört zu den in Polen lebenden Menschen, einem Land, das nach 1989 die Freiheit und Unabhängigkeit wieder gewonnen hat. Wir waren ein Vierteljahrhundert so sehr mit unserer schwierigen, abrupten Freiheit beschäftigt, dass uns jene andere, neben uns bestehende Wirklichkeit vollkommen entgangen ist. Die Wirklichkeit eines Polen, das weiterhin für seine Freiheit kämpft. Die Wirklichkeit von Polen, die sich nach 1989 nicht, oder nur teilweise bzw. unzulänglich befreit fühlten. Oder mit der Zeit immer enttäuschter wurden und spürten oder gar zu erkennen glaubten, dass es sich nicht um Freiheit, sondern das Trugbild von Freiheit und den Anschein von Unabhängigkeit handelt, dass die Souveränität der III Republik trügerisch und nicht real ist.

Dieses Polen singt nicht nur von Zeit zu Zeit „ein freies Polen gib uns wieder, oh Herr“, sondern denkt auch ständig daran, hält sich für „die Unabhängigkeitsbewegung“, nimmt an den „Märschen für Unabhängigkeit“ teil, um diese einzufordern, und nicht, um sich für sie zu bedanken, organisiert „Märsche der Patrioten“, um sich von der täuschenden, trügerischen Unabhängigkeit der Allgemeinheit abzusetzen, trägt patriotische Kleidung (T-Shirts, Baseballmützen, Jacken mit Adlern, Flaggen und Helden), um den ungestillten Hunger nach einem wirklich freien Vaterland zu demonstrieren, organisiert patriotische Konzerte und Festivals, begeht ostentativ patriotische Jahrestage und drückt

<sup>1</sup> In: Polityka, 48, 25.11.-01.12.2015, S. 10-12

<sup>2</sup> Inoffizielle Version einer Verszeile des patriotischen Kirchenlieds „Boże, coś Polskę“, bei der um ein freies Vaterland gefleht wird. Diese Verszeile war während der Teilungen Polens, während der deutschen Okkupation im 2. Weltkrieg und der sowjetischen Dominanz in der VR Polen sehr populär, wird nach 1989 offiziell aber nicht mehr gesungen.

damit seinen Unmut gegenüber dem unpatriotischen politischen und kulturellen Mainstream aus.

Lasst euch nicht von den Dementis besorgter Anführer täuschen, die zufällig aufgenommen wurden, als sie „ein freies Polen gib uns wieder, oh Herr“ sangen. Diese Dementis sind genauso routiniert und jedweder Bedeutung beraubt wie die Dementis Wałęsas, Michniks, Kurońs, Geremeks und Mazowieckis, als man sie in den 1980er Jahren fragte, ob sie den Sozialismus stürzen, die PVAP entmachten und Polen aus dem Ostblock herauslösen wollten. Sie haben das immer verneint, und niemand nahm das ernst. Weder sie selbst noch die Zuhörer oder die Machthaber, die diese Frage in einem ebenso schroffen Ton stellten wie die Journalisten der III Republik, die die Politiker der „Unabhängigkeitsströmung“ nach ihrer Liedversion fragten.

In der VR Polen wussten alle, dass der Sturz des Kommunismus und der sowjetischen Herrschaft das Ziel ist, aber das durfte man nicht sagen, wenn man keinen sinnlosen Skandal hervorrufen und sich selbst nicht absurden Schwierigkeiten aussetzen wollte. Also sagten alle „nein“, „keineswegs“, „niemals“ usw. und alle wussten, dass „ja“, „natürlich“ und „wenn nur möglich“ gemeint war. Ähnlich war es in der III Republik seit Jahren mit der Interpretation der „Rota“<sup>3</sup>. Die Anhänger der „Unabhängigkeit“ mussten sich nicht einmal räuspern, denn mit ihrer Wählerschaft verstanden sie sich auch ohne Worte. In Bedrängnis gebracht antworteten sie, dass Polen ihrer Meinung nach frei und souverän sei, aber wer es wollte, der verstand das Signal, dass die echte Freiheit und Souveränität erst noch kommt, und zwar dann, wenn endlich sie an die Macht kommen.

Ich will in diesem Text nicht entscheiden oder nachweisen, wer in Sachen Freiheit und Unabhängigkeit Recht hat. Der jetzige Zeitpunkt ist dafür denkbar ungeeignet. Das hätte vor einem Jahr Sinn gemacht, als sich abzeichnete, wer Polen regieren würde. Und es wird wieder in zwei oder drei Jahren Sinn machen, wenn sich die „Unabhängigkeitsversion“ zumindest in Teilen verifiziert haben wird. Momentan „sieht jeder, wie das Pferd ausschaut“, wir benötigen jedoch Instrumente, die es erlauben, die Erzählung von Polens „Unabhängigkeit“ zu verstehen und sachlich mit ihr umzugehen.

Wer lange genug lebt, um sich an die 1980er und 1990er Jahre des 20. Jahrhunderts zu erinnern und verstehen möchte, was in Polen gerade passiert, von welchen Gefühlen derjenige Teil der Polen beherrscht wird, der sich nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen als Sieger fühlt und der darauf hofft, dass sich erst jetzt die echte Freiheit einstellt, der glaubt, dass Polen erst unter Kaczyński, Duda, Macierewicz und Szydło wirklich souverän wird, sollte sich einfach an die Emotionen erinnern, die Polen in den 1980er Jahren spalteten. Und an die Instrumente, die damals eingesetzt wurden, um das System zu schwächen und zu stürzen.

<sup>3</sup> Das 1908 entstandene Lied „Rota“ galt einst als eine der Hymnen Polens. Es steht für den Patriotismus, das Heldentum und den Mut der Polen, die tapfer für ihr Vaterland kämpfen. Die alte Textversion hat starke antideutsche Akzente, die in der heutigen, offiziellen Version entschärft wurden.

Um die Ordnung der III Republik zu beseitigen, bediente sich PiS systematisch der gleichen Instrumente, die die Opposition benutzt hatte, um der Volksrepublik Polen die Legitimation zu nehmen und sie bei erstbestener Gelegenheit zu beseitigen. Über die acht Jahre zwischen der Koalitionsregierung aus PiS-LPR-Samoobrona (Recht und Gerechtigkeit-Liga Polnischer Familien-Selbstverteidigung) und den Wahlen von 2015 erbaute das Lager der „Unabhängigkeit“ sein anderes „unabhängiges“ Polen. Ähnlich wie die „Solidarność“, die zwischen dem Kriegsrecht und den Wahlen von 1989 ebenfalls acht Jahre dafür gehabt hatte.

Uns entging eine zweite, direkt neben uns bestehende Realität. Die Realität eines noch immer um seine Freiheit kämpfenden Polens. Die Realität jener Polen, die sich nach 1989 nicht oder nur teilweise und nur unzulänglich befreit fühlten. Als die diesjährigen Wahlkämpfe begannen, dominierte das liberal-demokratische Lager (von „Bürgerplattform“, PO bis „Bündnis der demokratischen Linken“, SLD) ideologisch und politisch in den gut sichtbaren Institutionen des Mainstreams, angefangen beim Fernsehen bis zu den Banken. Allerdings funktionierten die Anhänger der „Unabhängigkeit“ in einer anderen Realität. Am Ende der III Republik lebten sie ähnlich wie gegen Ende der VR Polen mit ihrer eigenen Wahrheit in ihren eigenen Institutionen. Sie verfügten über ihren eigenen medialen „zweiten Umlauf“, der statt in Untergrunddruckereien im Internet entstand, wo – wie in der VR Polen – Journalisten halboffizieller Medien (jetzt hauptsächlich von Konzernen, die von Radio Maryja und der Genossenschaft SKOK aufgebaut wurden) schrieben, was sie wirklich dachten. Sie hatten ihre Vereine (in der VR Polen die „Klubs der katholischen Intelligenz“, in Polen die Klubs der „Gazeta Polska“). Sie hatten die Unterstützung der Institution Kirche. Sie hatten ihre Schulen und Bildungseinrichtungen (in der VR Polen der „Gesellschaftliche Bildungsverein“, in der III Republik „Rettet die Kleinen“). Sie hatten ihre Märtyrer (in den 1980er Jahren die Bergleute des Bergwerks Wujek und aus der Region um Lubin, Pfarrer Popiełuszko, Grzegorz Przemyski; in der III Republik die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk). Sie hatten ihre allmonatliche Manifestation (in der VR Polen die „Messen für das Vaterland“, in der III Republik die „Smolensker Gedenktage“). Sie hatten eine stabile finanzielle Basis (in der auslaufenden VR Polen hauptsächlich ausländische Gewerkschaften und Regierungen; in der Endphase der III Republik vor allem die Genossenschaft SKOK). Schließlich verfügten sie über ein eigenes Netz an akademischen, künstlerischen und internationalen Autoritäten.

Die Anhänger der „Unabhängigkeit“ schufen und verbreiteten allmählich ihre eigene Erzählung von der Welt und benutzten dabei die Logik und Sprache der Dissidentengruppen der zu Ende gehenden VR Polen. Die traditionellen großen Medien nannte man in ihrer Sprache die Medien des Regimes. Die Wahlen wurden (natürlich) „gefälscht“, solange das Lager der „Unabhängigkeit“ verlor. Die Herrschenden waren nicht legitimiert („Komorowski“<sup>4</sup> ein „zufälliger Präsident“) und hatten (natürlich auch)

<sup>4</sup> Wortspiel: statt Komorowski schrieb man Komoruski, wobei die Endung ruski pejorativ für Russe, eigentlich Rosjanin, steht. Damit sollte auf die angebliche Nähe des einstigen polnischen Staatspräsidenten zu Russland angespielt werden.

„polnisches Blut an den Händen“ (Smolensk). Anstelle Moskaus stand nun Brüssel, das „uns die Unabhängigkeit raubt“. Das System stützte sich auf „Dienste“, deren Auflösung den Aufbau eines freien Polens erlauben würde. Die Staatsanwaltschaft stand „in Diensten der Regierung“, und die Gerichte waren parteiisch (zugunsten des Regimes), also unglaubwürdig.

Ähnlich wie in der VR Polen verliert die politische Alternative, vor der die Bürger stehen, die sich der Erzählung von der „Unabhängigkeit“ anschließen, ihren pragmatischen Charakter und wird zu einer moralischen Entscheidung. Jarosław Kaczyński empfand Ekel vor den Gesprächen mit Bronisław Komorowski und Donald Tusk, genauso wie Lech Walesa Gespräche mit Wojciech Jaruzelski verabscheute. Im Rahmen dieser Poetik mussten die wenigen Worte, die Andrzej Duda während der Feierlichkeiten zum 11. November mit Ewa Kopacz wechselte, subjektiv einen ähnlichen moralischen Kompromiss darstellen wie für Adam Michnik der Händedruck mit General Kiszczak, der 1989 die Teilnehmer der Gespräche am Runden Tisch begrüßte. Man kann (vielleicht sollte man sogar) solche Analogien als offenkundig falsch ablehnen, aber man sollte begreifen, dass sie mehr oder minder intensiv, aber tatsächlich in der Gefühlswelt eines Großteils der Wähler und Politiker des „Unabhängigkeitslagers“ verankert sind und somit deren Denken und Handeln bestimmen.

Ähnlich wie das Lager der „Solidarność“ gegen Ende der VR Polen ist das „Unabhängigkeitslager“ am Ende der III Republik nicht homogen. Es hat seine Pragmatiker, die sich hauptsächlich um die PiS scharen und ungern, aber effektiv im Rahmen des offiziellen Systems mitspielen sowie seine Radikalen (hauptsächlich Nationalisten), die an den Rändern des Systems auftauchen können (z.B. im Sejm); ihr Element ist aber hauptsächlich die Straße. In diesem sich nach einem Vierteljahrhundert wiederholenden Spektakel der „Unabhängigkeitspolitik“ ist Lech Kaczyński Lech Wałęsa, der wiederum Józef Piłsudski war (weshalb ihm im „Unabhängigkeitslager“ niemand Vorwürfe macht, wenn er auf Kollisionskurs ist), Beata Szydło ist Tadeusz Mazowiecki, Mateusz Morawiecki ist Leszek Balcerowicz und Kukiz'15 ist die „Konföderation für ein freies Polen“ Leszek Moczulski zu Beginn der 1990er Jahre, oder die etwas spätere „Bewegung zum Wiederaufbau Polens“ Jan Olszewski.

Die moralische Wahl hat ästhetischen Charakter. Sie betrifft das Wesen, nicht die Details. Das – und nicht nur die parallele und isolierte Existenz zweier polnischer Welten – macht es schwer oder gar unmöglich, dass Menschen des bisherigen Mainstreams das „Unabhängigkeitslager“ verstehen. Die abdankenden Herrschenden loben sich selbst, indem sie auf Erfolge und Statistiken, Verkehrswege, Züge, Entwicklungskurven und Tabellen verweisen. Für das „Unabhängigkeitslager“ ist das alles ohne Bedeutung. Das Wesen ihrer Realitätsbeschreibung ist die Losung „Polen in Ruinen“. Denn nur das kann das Ergebnis der Aktivitäten einer illegalen und illegitimen Regierung seinem Wesen nach sein. Und keine Fakten können dies in Frage stellen. Der polnische Staat muss (wie Jarosław Kaczyński sagt) in einem „fatalen Zustand“ sein, da

er von seinen Feinden regiert wurde. Und dass die Feinde eines souveränen Polens an der Regierung waren, ist für das „Unabhängigkeitslager“ offensichtlich.

Ähnlich wirkungslos sind alle Anstrengungen der Kommission Jerzy Millers gegenüber dem offenkundigen Wesen der Tragödie von Smolensk. In der Erzählung des „Unabhängigkeitslagers“ bestand das offenkundige Wesen der Tragödie in der Vernichtung der polnischen, besonders der auf Unabhängigkeit bedachten Elite. Wenn das Wesen „sicher“ ist, dann wird eine dieses Wesen bestätigende geplatzte Wiener Wurst zu einem stärkeren Argument und einem glaubhafteren Beweis als die vielbändige Untersuchung erfahrener und anerkannter Experten von Flugzeugkatastrophen.

Auch die Leute von der „Solidarność“ haben in ihrer Mehrheit noch immer nicht zur Kenntnis genommen, dass der Bankrott Giereks durch den globalen Schock steigender Zinssätze (von einigen bis auf über 20 Prozent) hervorgerufen wurde. Dieser ruinierte auch Mexiko, Brasilien und viele andere Länder, die ihre zivilisatorische Fortentwicklung ähnlich wie die VR Polen mit Auslandskrediten finanzierten. Aus unserer Sicht, der Sicht der „Solidarność“ bestand das Wesen allen polnischen Unglücks in der nicht legitimen Herrschaft und nicht in technischen Details wie irgendwelche Zinssätze. Und selbst wenn Antoni Macierewicz in eigener Person die Untersuchung bis zum bitteren Ende führen und nichts finden sollte, so wird das „Unabhängigkeitslager“ doch niemals zur Kenntnis nehmen, dass die Ursache für die Tragödie von Smolensk eine katastrophale Synergie von polnischer und russischer Sorglosigkeit und Unzulänglichkeit war. Denn das wäre angesichts der Bedeutung des Wesens des Ereignisses einfach zu banal.

Davon bleiben natürlich auch die internationalen Beziehungen nicht unberührt. In der Erzählung des „Unabhängigkeitslagers“ ist offensichtlich, dass Russland uns das Wrack von Smolensk nicht zurückgegeben hat, weil die Regierungen Tusk und Kopacz nicht souverän, vielleicht sogar mitschuldig waren und auch nichts in dieser Angelegenheit unternahmen. Wenn die „Unabhängigkeitsregierung“ das Wrack ebenfalls nicht zurückerlangen sollte, so bestätigt dies nur diese These. Und dies beweist nur, dass die Einflüsse Tusks bis in den Kreml reichen, der das Wrack behält, um die Bürgerplattform zu decken, oder diese (vielleicht bewusst?) den Moment verpasst hat, als die Angelegenheit noch ohne weiteres hätte aufgeklärt werden können. Ähnlich wird man im Hinblick auf die NATO-Stützpunkte, die Kohäsion der Visegrad-Gruppe gegenüber Russland und die Aufnahme von Flüchtlingen argumentieren. Je enttäuschender die Ergebnisse der PiS-Regierung ausfallen, je hilfloser sie bei der Realisierung ihrer eigenen Ziele sein wird, desto größer ist in den ersten Monaten oder über einen noch längeren Zeitraum die „Schuld Tusks“.

So war es auch nach der Wende des Jahres 1989. Je brutaler die Reformen Balcerowicz ausfielen, desto stärker belastete deren Gewicht die vorherige Regierung. Nach einigen Monaten schwächte sich dieser Mechanismus ab. Aber das nutzte nicht den Vertretern

der einstigen VR Polen, sondern denjenigen, die behaupteten, dass das Projekt Unabhängigkeit nicht in Gänze realisiert worden sei. Jetzt wird es sie auch wieder geben. Zunächst werden sich in der PiS Stimmen erheben, Beata Szydło gegen eine entschlosseneren Person auszutauschen (so wie man versucht hatte, 1990 Mazowiecki auszutauschen), und danach werden die Nationalisten von Kukiz erzählen, dass die PiS eine PO-bis ist und man eine echte Umkehr in Richtung Unabhängigkeit benötige. Der Konflikt zwischen dem „Mainstream“ und dem „Unabhängigkeitslager“ könnte (wie vor einem Vierteljahrhundert) durch eine brutale, brudermörderische, das „Unabhängigkeitslager“ spaltende Auseinandersetzung darüber ersetzt werden, wer der echte Verfechter der Unabhängigkeit ist, Kaczyński oder Macierewicz, Duda oder Kukiz. Wie auch immer, die bestehende Regierung wird sicherlich nicht letzter oder radikalster Ausdruck des „guten Wechsels“ sein. (...)

Sicherlich, wie der Klassiker sagte: „Prognostizieren ist gefährlich, besonders, wenn es die Zukunft betrifft.“ Aber, indem man die Illusionen und die damit verbundenen Mechanismen des „Unabhängigkeitslagers“ versteht, kann man sich – die Vergangenheit berücksichtigend – die polnische Zukunft besser vorstellen.

Rudolf A. Mark

## Russen und Ukrainer: Beobachtungen und Anmerkungen\*

### Einleitung

Der Russland – Ukraine Konflikt ist angesichts der die EU antagonisierenden orientalischen Migrationskrise in den Hintergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Der Konflikt schwelt weiter, weil die Hauptakteure der internationalen Bühne nur geringes Interesse an einer schiedlichen Lösung zeigen und Kompromisse ablehnen. Andere Faktoren kommen hinzu. Im Westen verkennen nach wie vor viele Beobachter, wie sehr Russen und Ukrainer mit einander verflochten sind und welche Bedeutung die über Jahrhunderte hinweg geteilte Geschichte als kultureller Kitt und gemeinsames Erbe besitzt. Das schafft den Ukrainern, die sich die Zukunft ihres Landes nur an der Seite oder als Gliedstaat der EU vorstellen können, erhebliche Probleme, während Putin und seine Umgebung die Geschichte bewusst bemühen, um die Annexion der Krim und die Einmischung in ukrainische Angelegenheiten zu legitimieren.

Im Folgenden sollen die historischen Faktoren beleuchtet werden, die gegenwärtig Russen und Ukrainer bei der Klärung ihrer Beziehungen im Wege stehen bzw. als retardierende Momente wirkmächtig sind. History matters! oder wie es der Berliner Historiker Jörg Baberowski auf den Punkt gebracht hat: „Die Geschichte ist die Ressource, aus der die Begründungen für die Ansprüche der Gegenwart kommen.“<sup>1</sup> Sie lassen sich an drei Themenkomplexen verdeutlichen:

1. Dem Anspruch Russlands als Großmacht
2. Der Frage der ostslawischen Gemeinschaft von Russen und Ukrainern
3. Der imperialen Dimension Russlands

### Russland als Großmacht

Putins Klagen, Russland werde vom Westen als Macht nicht ernst genommen und seine Sicherheitsinteressen durch NATO- und EU-Osterweiterung ignoriert, sind nicht neu. Sie waren bereits zu Zeiten Boris Elzins vorgebracht worden und wurden seither auch von westlichen Politikern und Beobachtern als ernst zu nehmende Signale Moskaus qualifiziert.<sup>2</sup> Unter Putin wurden sie dann mit zielgerichteten Gegenmaßnahmen beantwortet. Das Bestreben, Russland wieder als Großmacht („*velikaja deržava*“) zu etablieren, steht dabei im Zentrum und wird von einer Mehrheit der Bevölkerung mit getragen.

\*Zbigniew Wilkiewicz gewidmet, dem Freund, Kollegen und Diskussionspartner seit frühesten gemeinsamen Studienzeiten in Mainz.

<sup>1</sup> JÖRG BABEROWSKI: Der Westen kapiert es nicht. In: Die Zeit 11, 25.03. 2015

<sup>2</sup> Vgl. HANS-DIETRICH GENSCHER im Interview: „Wir müssen auf die Russen zugehen“, <http://www.szmagazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/43454> (21. 4. 2016); .MICHAEL STAACK: NATO-Erweiterung und gesamteuropäische Sicherheit – Ein Zielkonflikt für Deutschlands Außenpolitik? In: Die Friedens-Warte 72/ (1997), 3, S. 273-286; MARGARETE KLEIN/ SOLVEIG RICHTER: Russland und die euro-atlantische Sicherheitsordnung. Defizite und Handlungsoptionen, SWP-Studie S 34, Dezember 2011, S. 9; JOHN J. MEARSHEIMER: Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin. In: Foreign Affairs, September/ October (2014), S. 77-89

Aber was heißt nun Großmacht? Aus Putins Sicht bedeutet dies zunächst den gegenseitigen Respekt für Einflusszonen und geopolitische Interessen. Dies war und ist ein zentrales Element der russischen Außenpolitik. Die strategischen Vorposten Russlands in der beanspruchten imperialen Peripherie von Ossetien bis zur Krim und Transnistrien sind dafür Beleg und Anschauungsobjekt.

Die von Putin betriebene Restitution Russlands als Großmacht hat jedoch eine weitere Dimension. Der Begriff bedeutet nicht nur eine führende Stellung in der internationalen Umwelt, sondern auch Staat und Staatlichkeit, die von einem Herrschaftszentrum allein ausgehen. In der politischen Kultur Russlands ist also der Begriff Staat nicht deckungsgleich mit dem der res publica, d. h. der öffentlichen Angelegenheit aller Bürger. Die russische Sprache besitzt stattdessen zwei Wörter, die den Unterschied klar machen. Gosudarstvo mit der ursprünglichen Bedeutung: Bereich des Herrschers, der keine „institutionell und rechtlich verankert[e] Herrschermacht“<sup>3</sup> kennt, und Deržava mit der Bedeutung: Macht, Herrschaft der Majestät, die keiner weiteren Begründung bedarf. Ob uns dies gefällt oder nicht, diese Begriffe stellen Kernelemente der politischen Kultur Russlands dar. Sie bestimmen uneingeschränkt Putins Innen- und Außenpolitik. D. h.: Großmachtdenken und Autokratie als ‚imperiale Herrschaft‘.

Diese Herrschaft – und das ist entscheidend – muss zudem sichtbar sein. Sie muss durch Symbole und konkrete Taten demonstriert werden. Daher hat Putin Russland als eine Großmacht zu präsentieren, die fähig ist, ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen. Dies ist nicht nur eine Frage des Prestiges, sondern wird als Grundvoraussetzung für Russlands staatliches Überleben verstanden. Über einem schwachen Staat, so Putin schon 2003, schwebe wie in der Vergangenheit „stets und unabwendbar die Drohung des Zerfalls.“<sup>4</sup>

Putin und das gesamte politische Establishment sind sich zudem einig, dass Russlands Rang als Großmacht auf der internationalen Bühne vor allem gegen das globale Hegemoniestreben der USA verteidigt werden muss. Dieses wird als systematischer Versuch Washingtons und der NATO beschrieben, „einseitige Vorteile zu erreichen“ und entlang Russlands Grenzen ein System von Militärbasen auszubauen, um Russland in den eurasischen Norden abzudrängen<sup>5</sup> - weg von den an Naturschätzen reichen Regionen und weg von den entscheidenden Kommunikationszentren der gegenwärtigen Welt.<sup>6</sup>

<sup>3</sup> ANDREAS KAPPELER: Russische Geschichte, München 1997, S. 48

<sup>4</sup> VLADIMIR VL. PUTIN: Prezident Rossii. Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii, 16.5.2003[Der Präsident Russlands. Rede an die Föderalversammlung der Russländischen Föderation], <http://archive.kremlin.ru.text/appears/2003/05/44623.shtml> (12.12.2015)

<sup>5</sup> VL. VL. PUTIN, VI. VI.: Poslanie Federal'nomu Sobraniju Rossijskoj Federacii, 26. 4. 2007, [Rede an die Föderalversammlung der Russländischen Föderation], [http://archive.kremlin.ru.text/appears/2007/04/26/1156\\_type63372type63374type82634\\_125339.shtml](http://archive.kremlin.ru.text/appears/2007/04/26/1156_type63372type63374type82634_125339.shtml) (12.12.2015)

<sup>6</sup> Dazu auch MICHAEL GORBATSCHOW: Das neue Russland. Der Umbruch und das System Putin. Übersetzung aus dem Russischen von Boris Reitschuster. Köln 2015, S. 424 f.

Auch wenn manches Moskauer Argument fragwürdig erscheinen mag, wenn vor allem die USA und deren Absichten bewusst perhorresziert werden, ganz unbegründet sind Putins Vorwürfe wohl nicht. Es reicht, in diesem Zusammenhang u. a. auf EU-Projekte zu verweisen, die wie TRACECA (Transport Corridor Europe Central Asia) und INOGATE (Interstate Oil and Gas Transport To Europe) praktisch an Russland vorbeiliefen.<sup>7</sup> Kein Wunder also, dass selbst Befürchtungen, Russland könnte sich zu einem Dritte Welt-Land rückentwickeln, öffentlich geäußert wurden. Abhilfe sollen daher Status, Politik und Prestige einer Großmacht bringen. Da Russland aber keine Soft power besitzt und nur über begrenzte ökonomische Ressourcen verfügt, kommen aus russischer Sicht dem Militär und nicht zuletzt der Marine entscheidende Bedeutung zu – wie dies auch in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Dazu werden Bilder historischer Größe beschworen. Russlands Aufstieg zur europäischen Großmacht dank der von Peter I. (1682-1721) geschaffenen Flotte, gehört dazu.

Als 2005/6 der erste russische Raketenkreuzer – er trug den Namen Peter der Große – wieder auslief und nach dem Sinn dieses Unterfangens gefragt wurde, waren die Reaktionen der öffentlichen Meinung einhellig. Da war etwa zu hören und zu lesen: „Eine Großmacht braucht eine Flotte [...] Ohne eine Flotte gibt es keinen Staat.“<sup>8</sup> Das Prestige verlange einfach Seestreitkräfte oder wie eine Journalistin meinte: „Wir sind keine Regionalmacht Schweiz! Russland ist ein Großer Staat, warum soll er keinen Zugang zu den Ozeanen brauchen? Es gibt keinen Grund, sich dazu weiter auszulassen“ und anderes mehr.<sup>9</sup> Angesichts solcher Stimmen wird deutlich, wie sehr Sevastopol<sup>6</sup> und die Schwarzmeerflotte emotional sowie symbolisch hoch aufgeladen wahrgenommen werden. Die Annexion der Krim wird man als irreversibel betrachten müssen. Der Aufstieg Russlands zur Großmacht begann mit der Inkorporierung der Ukraine seit 1654. Die Wende hin zu einer selbstbewussteren, konfliktbereiteren Außenpolitik, die „Rückkehr zur Großmacht“ ist Ziel der russischen Führung. Sie steht im Einklang mit dem politischen Establishment, das diesen patriotischen Konsens auch mit oppositionellen Gruppen teilt und im öffentlichen Diskurs vertritt.

### **Die Frage der ostslawischen Gemeinschaft von Russen und Ukrainern seit der Kiever Rus<sup>6</sup>**

Putin und Medwedew weisen regelmäßig auf die bis zur Kiever Rus<sup>6</sup> vor 1000 Jahren zurückreichende ostslawische Gemeinschaft von Russen und Ukrainern hin. Beide seien sich besonders nahe, weil durch verwandtschaftliche Beziehungen, Kultur, Religion und eine gemeinsame Geschichte verbunden; und 360 Jahre nach der Inkorporierung der Kosakenukraine im Jahr 1654 betrachteten sich beide Völker als Angehörige einer

<sup>7</sup> Dazu RUDOLF A. MARK: Russland und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) – Zehn Jahre zwischen Integration und Desintegration. In: Deutsche Studien, 147/ 148/ 2002, XXXVIII, S. 152.

<sup>8</sup> NARODNIČKAJA. In: A nužen li nam Mirovoj okean [Aber brauchen wir das Weltmeer?]. In: Rossijskaja Gazeta, 8, 17. 2.2008

<sup>9</sup> TOKAREVA: In: A nužen li nam Mirovoj okean

Familie, wenn man den beiden russischen Politikern Glauben schenkt.<sup>10</sup> Daher erscheinen ein paar Anmerkungen zur Geschichte dieser Gemeinschaft sinnvoll.

Natürlich war die Kiever Rus' ein ostslawisches Staatengebilde, dessen Bevölkerung zu den Vorfahren von Russen, Ukrainern und Weißrussen zählte, aber es war so wenig russisch oder ukrainisch wie das Reich Karls des Großen französisch oder deutsch. Zudem setzte bereits im 12. Jh. eine sprachliche Trennung ein, die im 14. Jh. die in der Ukraine und Weißrussland geschriebene Sprache deutlich von der weiter östlich gebrauchten unterschied. Dies war der Beginn einer Periode (15. u. 16. Jh.), in der die Ukraine als Teil der polnisch-litauischen Rzeczpospolita in den Wirkungskreis mittel- und westeuropäischer Entwicklungsprozesse einbezogen wurde. Und spätestens mit dem großen Kosakenaufstand von 1648 betrachtete man auch im Westen Europas die Ukraine als Faktor und Akteur der internationalen Politik. Denn die Rus'-Ukraine bzw. ihre Eliten emanzipierten sich nun von polnischer Bevormundung, wobei die Rückbindung an das Kiever Reich und den alten orthodoxen Glauben hier stärker zum Ausdruck kam als in der Moskauer Rus'.<sup>11</sup>

Auch am Beispiel der Kosaken werden Unterschiede deutlich. Denn anders als die russischen an Don, Wolga und im Nordkaukasus brachten die ukrainischen Kosaken mit dem Hetmanat und der Zaporoger Sič links des Dnjeprs eigene Staatsgebilde hervor. Sie trugen maßgeblich zur Entwicklung der vormodernen Identität der Ukraine bei, obgleich sie zwischen Polen-Litauen und dem erstarkenden Russland auf Dauer nicht bestehen konnten. Eine Folge war die Angliederung von 1654, die bis heute in Russland als „Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland“ gefeiert wird. Die Wirklichkeit war jedoch weniger eindeutig. Während es sich tatsächlich um eine Vereinbarung handelte, die von Moskau als Akt der Unterwerfung der Kosaken-Ukraine unter den Zaren betrachtet werden konnte, verstanden und verstehen ihn Ukrainer eher als ein militärisch-politisches Bündnis auf Zeit. Wie auch immer: „seither ist die ukrainische Geschichte eng mit der russischen verbunden.“<sup>12</sup> Mehr noch: Ukrainische und russische Eliten kreierten auch gemeinsam das Narrativ des modernen Russländischen Reiches. Denn für nicht wenige ukrainische Adelige in der Rzeczpospolita blieb die Moskauer Rus', die nun zu Russland wurde, nach dem Fall Konstantinopels die einzige unabhängige orthodoxe Macht, an der man sich orientierte. Dabei wurde nicht nur auf die gemeinsame Vergangenheit im mittelalterlichen Kiever Reich Bezug genommen, sondern diese auch in entsprechenden Publikationen gefeiert. 1674 erschien mit dem Buch Synopsis aus der Feder des Archimandriten des Kiever Höhlenklosters Inokentij

<sup>10</sup> DMITRIJ MEDVEDEV (2014): Rossija i Ukraina: žizn' po novym pravilam [Russland und die Ukraine: ein Leben nach neuen Regeln], *Nezavizimaja gazeta*, 15. 12 2014; VL. VL. PUTIN: Situacija na Ukraine neset ugrozu dlja Rossii, *Vzgljad* [Die Situation in der Ukraine ist eine Bedrohung Russlands. Eine Ansicht]. *Delovaja gazeta*, 22. 10. 2015

<sup>11</sup> S. PLOKHY (2010): *The Origins of the Slavic Nations. Premodern Identities in Russia, Ukraine, and Belarus*, Cambridge, Mass. 2010, S. 126, 151 f.

<sup>12</sup> A. KAPPELER: *Kleine Geschichte der Ukraine*, München 2000, S. 67

Gisel das erste ostslawische Geschichtswerk, das die Einheit der großen und kleinen Rus hervorhob und Russen und Ukrainer als ein „orthodoxes russisches Volk“ beschrieb.<sup>13</sup>

Die Synopsis blieb lange das einzige Geschichtsbuch Russlands und inspirierte mit zahlreichen Auflagen bis in die Mitte des 19. Jh. die wichtigsten russischen Geschichtsschreiber von Vasilij N. Tatiščev (1686-1750) bis zu Vasilij O. Ključevskij (1841-1911). Die dort beschworene ostslawische Gemeinschaft manifestierte sich auch im Denken der ukrainischen Nationalbewegung, insofern diese zwar antizarisch war, aber in ihrem Kern nie antirussisch und separatistisch. Das gilt selbst für die nationalen Revolutionäre der UNR (Ukrainische Volksrepublik) um Mychajlo Hruševs'kyj (1866-1934), Symon V. Petljura (1877-1926) und Volodymyr Vynnyčenko (1880-1951) zu Beginn des 20. Jahrhunderts.<sup>14</sup>

Unabhängigkeitsvorstellungen waren zwar im politischen Diskurs der Ukraine vor dem Ersten Weltkrieg zu finden, besaßen aber offenkundig keine Breitenwirkung. Wenn separatistische Forderungen erhoben wurden – etwa in den Schriften Julijan Bačyns'kyjs (1870-1940), Mykola Michnovs'kyjs (1873-1924) oder Ivan Frankos (1856-1916) – wurde die nationale Unabhängigkeit in der Regel als eine Transformations-, eine Übergangsphase und nicht als Endziel im Sinne einer nationalen Teleologie betrachtet und konzeptualisiert. Dabei dürfte die Tatsache eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben, dass im Russländischen Reich die Begriffe Russländisch und Russisch nie klar definiert waren, vielmehr weiter gefasst verstanden wurden als heute und offen für unterschiedliche Zuordnungen waren. Die Vorfahren der heutigen Ukrainer wurden als Kleinrussen Malorossy, Malorossijane, als Russen, als Rusinen bezeichnet, um sie neben Großrussen oder Weißrussen zu stellen. Sie gehörten selbst am Ende des 19. Jh., als ein strikt ethnisch-exklusiver russischer Nationalismus sich zu verbreiten begann, neben Russen und Weißrussen zur Kernbevölkerung des Kaiserreiches, das alle übrigen Nationalitäten als „fremdstämmig“ qualifizierte. Damals wurde zudem für die ostslawische Bevölkerung der Begriff „all-russisch“ neu belebt, der imperial integrierend gedacht wurde. Darum war es für die Russischsprechenden auch keine Übertreibung oder Verzeichnung der Wirklichkeit, wenn Ivan A. Bunin den ukrainischen Poeten Taras Ševčenko (1814-1861) als eine „Blume der russischen Literatur“ bezeichnete.<sup>15</sup>

Es gab zudem keine individuelle Diskriminierung im Russländischen Reich. Ukrainer besaßen alle Karrieremöglichkeiten, so lange sie sich nicht politisch exponierten. Symon V. Petljura lieferte das beste Beispiel.<sup>16</sup> Er und die von ihm im Bürgerkrieg geführte nationale ukrainische Bewegung scheiterten aus zahlreichen Gründen. Das Fortwirken

<sup>13</sup> A. MILLER: *The Ukrainian Question. The Russian Empire and Nationalism in the Nineteenth Century.* Budapest/ New York 2003, S. 21

<sup>14</sup> Dazu ausführlicher R. A. MARK: *Das Russische Reich und die UNR: Die Ukrainische Frage 1914-1918*, in: *Loyalität, Legitimität, Legalität. Zerfalls-, Separations- und Souveränitätsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa 1914-1921.* Hrg. von Alfred Eisfeld u. Konrad Maier +. Wiesbaden 2014 (=Veröffentlichungen des Nordost-Instituts Bd. 17), S. 198 ff.

<sup>15</sup> MILLER, *The Ukrainian Question*, S. 27

<sup>16</sup> Ausführlicher MARK, *Das Russische Reich*, S. 195 f.

imperialen Kontexte gehörte dazu – auch in der sowjetischen Zeit – mit Wirkmächtigkeit bis in unsere Gegenwart.

### **Russlands imperiale Dimension und der sowjetische Kontext**

Die Ereignisse der vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Erinnerung an die Sowjetunion in vielen Regionen des zerfallenen Imperiums weiter virulent ist und daher für Putin politisch instrumentalisierbar. Diese Beobachtung steht aber in einem Widerspruch zur westlichen Sowjetunionforschung, der zufolge der Zusammenbruch der UdSSR teils schon in ihrer Gründung angelegt gewesen sei. Erst vor kurzem begann man auch Fragen zu stellen, nach den Gründen für die Stabilität des Sowjetreiches über einen Zeitraum von 70 Jahren hin.<sup>17</sup> Gehörte die Nationalitätenpolitik dazu? Für viele wissenschaftliche Beobachter war sie von Willkür, Zwang, Gewalt und totalitärer Kontrolle gekennzeichnet, ohne dass sie aber die nationale Selbstentfaltung der unterdrückten Völker habe verhindern können. Demnach wäre die nationale Vielfalt der UdSSR aber eine inhärente Schwachstelle gewesen, die hinter dem Scheinföderalismus des bolschewistischen Staatsprojektes immer wieder sichtbar wurde. Dem war aber nicht so.

Die Bol'sheviki haben das imperiale Erbe des Zarenreiches angetreten, das zunächst vor allem die Sicherung des ostslawischen Kerngebietes verlangte. Die Kontrolle über das riesige Territorium zwischen Brest und Vladivostok, Vyborg und der Krim war ursächlich für den Aufstieg Russlands zur Großmacht gewesen, wobei die ethnische, sprachliche, religiöse und kulturelle Nähe von Russen, Ukrainern und Weißrussen ein wesentliches Element des Reichszusammenhaltes bildete. Die Bol'sheviki konnten das Konzept ihrer Nationalitätenpolitik danach ausrichten. Am Beispiel der Ukraine kann man das verdeutlichen. Denn obgleich bei Ausbruch des I. Weltkrieges weder eine weißrussische noch eine sichtbare ukrainische Nationalbewegung existierten, gehörten eine weißrussische und eine ukrainische Sowjetrepublik zu den konstitutiven Teilen der sich bis 1924 formierenden UdSSR. Sie war ein Ergebnis des Bürgerkrieges. In dessen Verlauf waren zwar nationalukrainische Staatsbildungsversuche gescheitert, der nationale Faktor war aber nach den Bürgerkriegserfahrungen als territoriales und politisches Gestaltungsprinzip nicht mehr wegzudenken; auch nicht aus dem bolschewistischen Staatsbildungsprozess in der Ukraine. Dessen Implementierung gestaltete sich zu einer Manifestation erstaunlicher ideologischer Flexibilität der Kommunisten. Sie bestand einmal in der Aufnahme und Integration linker ukrainischer Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, der sogenannten Ukapisten und Borotbisten, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Befreiung von ökonomischer Unterdrückung in ukrainischer Sprache verkündeten, und zweitens in der Ukrainisierung der Bol'sheviki zwischen Zbruč und Don.

<sup>17</sup> MARTIN MALEK (2013): Von der Reform zum Zerfall – Anmerkungen zu den Ursachen des Endes der UdSSR. In: Malek, M./ Schor-Tschudnowskaja, Anna (Hg.) (2013): Der Zerfall der Sowjetunion. Ursachen – Begleiterscheinungen – Hintergründe, Baden-Baden 2013, S. 34

Der Erfolg der Kommunisten ließ sich bald am Zustrom prominenter Immigranten messen, die kurz zuvor noch mit der Waffe in der Hand für die Unabhängigkeit der UNR gekämpft hatten. Das bolschewistische Konzept wurde ein Erfolg, weil es nationale Selbstbestimmung gewährte, wie sie vor und nach dem Weltkrieg den Diskurs der ukrainischen Bewegung bestimmt hatte. In ihr überwogen Vorstellungen von Autonomie und Föderalismus, d. h. von einer Umgestaltung des Zarenreiches in eine demokratische russländische Republik. Der Bruch mit Russland, die Separation der Ukraine 1918, war nicht das Resultat einer systematisch verfolgten Politik, sondern Folge der sich mit dem Oktoberumsturz der Bol'ševiki radikal verändernden Situation des zerfallenden Imperiums. Die prominentesten Politiker und Vordenker der 1917 proklamierten UNR Vynnyčenko und Hruševs'kyj waren keine antirussischen Freiheitskämpfer – oder wie es Hruševs'kyj im September 1917 auf der Konferenz der Völker in Kiev ausdrückte: Für die Ukrainer konnte es nicht um Unabhängigkeit gehen, sondern darum, Mitglied einer Föderation zu werden, die in eine Föderation Europas und schließlich eine der ganzen Welt münden sollte.<sup>18</sup> Auch in den Gründungsdokumenten der Central'na Rada (Zentralrat)<sup>19</sup> finden sich jeweils entsprechende Festlegungen. Demnach sollte eine allrussländische Konstituante die endgültige Form der demokratischen Republik Ukraine bestimmen. Auch noch im Januar 1918, als die Idee einer russländischen Föderation praktisch gegenstandslos geworden war, hatte das Föderations-Konzept seine normgebende politische Bedeutung nicht verloren.<sup>20</sup> Der nationale Paradigmenwechsel, den die Unabhängigkeitserklärung darstellte, war situativ bedingt, quasi aus der Not geboren.

Daher war die Sowjet-Ukraine für nationalbewusste Ukrainer eine Alternative, zumal mit der sowjetischen Ukrainisierungspolitik tatsächlich Nation-Building in einem breiten Maßstab betrieben wurde. Dessen enorme Erfolge in den 1920er Jahren sind häufig beschrieben worden. Sie mussten dann in den 1930er Jahren der Stalinschen Terror- und Unifizierungspolitik Platz machen, rückgängig gemacht werden konnte dieses ukrainische Nation-Building mit seinen gesellschaftlichen Modernisierungsschüben aber nicht mehr. Ukrainisierung bedeutete nämlich vor allem Stabilisierung des Sowjetsystems und konnte daher nie grundsätzlich in Frage gestellt oder gar beseitigt werden. Auch nicht durch den Holodomor (Völkermord durch Hungersnot) 1932/33. Hier kann nicht auf die bis dato anhaltende politische und wissenschaftliche Diskussion eingegangen werden, ob der Hungertod von Millionen Menschen in der Ukraine ein von Stalin geplanter Genozid war oder nicht. Meines Erachtens spielte bei der Terrormaßnahme eher der Umstand eine Rolle, dass die Ukrainer auf Grund ihrer jüngsten Geschichte und ihrer soziokulturellen Besonderheiten der Stalinschen Wirtschaftsrevolution geopfert wurden. Auch die auf

<sup>18</sup> MYCHAJLO HRUŠEV'S'KYJ: Promova Mychajla Hruševs'koho na z'jzdi narodiv y Kyjevi [Ansprache Mychajlo Hruševs'kyjs auf dem Kongress der Völker in Kiev], in: Hunčak, Taras/ Solčanyk, Roman (Hrg.): *Ukrajins'ka suspil'no-politična dumka v 20 stolitti* [Das ukrainische gesellschaftliche und politische Denken im 20. Jahrhundert], Bd. 1, O. O. 1983, S. 326-330

<sup>19</sup> Nach der Februarrevolution 1917 in Kiev spontan sich konstituierendes Vorparlament, das die UNR proklamierte.

<sup>20</sup> Vgl. MARK, *Das Russische Reich*, S. 201

Schadensbegrenzung ausgerichtete Reaktion der sowjetischen Führung unmittelbar nach dem Hungerterror, deutet m. E. in diese Richtung.

Wie dem auch gewesen sein mag, in der affirmativen Nationalitätenpolitik, liegen die Wurzeln einer Sowjetidentität, die gleichzeitig und widerspruchsfrei in ukrainischer oder russischer Sprache bzw. in beiden Sprachen beheimatet sein kann. Sie wurde auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg trotz aller unbestreitbaren Bedrückungen in der Ukrainischen SSR nicht wirklich in Frage gestellt. Davon zeugen die Besonderheiten der Entwicklungen unter dem 1. Parteisekretär Petro Šelest oder auch der in Partei- und historischen Fachorganen in den 1960er und 1970er Jahren geführte Diskurs über Brüche und Kontinuitäten in der Geschichte von Russen, Ukrainern und des Ostslawentums. Dieser Diskurs wurde von uns zu lange als Ausdruck nicht nur von Dissidenz, sondern fundamentaler antisowjetischer Opposition gewertet und weniger als eine Kontroverse unter Historikern und Publizisten, die dabei auch auf Thesen und Vorwürfe aus exilukrainischen Kreisen reagierten. Ihre wissenschaftliche Beleuchtung ist aber eine Voraussetzung zum Verständnis der komplexen Identitäten der Bevölkerung in der Ukraine und deren Instrumentalisierung als kulturelle Ressourcen, wie gerade der russische Ukraine-Diskurs deutlich macht. Die Loyalität der Menschen zum Sowjetstaat war vermutlich sehr viel größer als heute im Rückblick angenommen<sup>21</sup> und basierte ganz wesentlich auch auf dem engen Verhältnis von Ukrainerinnen und Ukrainern zu Russland. Laut einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2009 bezeichneten 96% von ihnen ihr Verhältnis zu den Russen als gut.<sup>22</sup> Die politische Spitze und die Meinungsbildner Russlands können ihre Argumente darauf bauen. Denn die imperiale Dimension Russlands ist vielfach kulturell und institutionell unterfüttert.

Weitere Kapitel, die einer Neubetrachtung erfordern, weil sie Aufschlüsse auch für die Gegenwart liefern, sind der II. Weltkrieg und die deutsche Besatzungspolitik in der Ukraine. Nicht nur, weil sie die erbärmliche Gleichsetzung von Ukrainer mit Faschist durch russische Stimmen entkräften können. Sie werden zudem neue Facetten in dem komplexen Beziehungsgeflecht von Russen und Ukrainern unter Besatzungsbedingungen deutlich machen, was aus offenkundigen Gründen bis dato weder russischen noch ukrainischen Historikern ein Anliegen war. Ohne eine solche Aufarbeitung wird aber die von der russischen Führung beschworene ostslawische Gemeinschaft die in der aktuellen Krise entstandenen Brüche nicht überwinden können.

### **Die russische Koine**

Es ist geradezu erstaunlich, wie stark die Strahlkraft der zerfallenen Union nachwirkt und wie weit verbreitet Sowjetnostalgie unter der Bevölkerung zahlreicher GUS-Staaten ist. Attraktivität besitzt die sowjetische Vergangenheit vor allem bei den Eliten in der akademischen Welt und in Wirtschaftskreisen. Das hat ganz handfeste Gründe. Man

<sup>21</sup> GUIDO HAUSMANN/ TANJA PENDER: Der Gebrauch der Geschichte. Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie. In: Osteuropa, 9 (2014), S 49

<sup>22</sup> A. KAPPELER: Ukrainische und russische Nation: Ein asymmetrisches Verhältnis. In: Ders. (Hg.): Die Ukraine: Prozesse der Nationsbildung, Köln/ Weimar/ Wien, 2011, S. 199

sollte nicht unterschätzen, wie nachhaltig das Russische als Kommunikationssprache des Imperiums bis heute wirkt – von Tiraspol, Chişinău und Odessa über die linksufrige Ukraine bis nach Armenien, Kasachstan und Kirgistan, um nur die wichtigsten Sprachprovinzen des ehemaligen Imperiums zu nennen. Und mit der Sprache werden entsprechende Denkfiguren, Wahrnehmungskategorien und andere Phänomene der russisch-sowjetischen Wirklichkeit – d. h. eine ganz spezielle Kultur – perpetuiert. Die in Weißrussland lebende Nobelpreisträgerin Svetlana A. Aleksievič verkörpert in persona diese besondere Sprach- und Sozialisierungskultur, wenn sie berichtet: „Ich habe drei Elternhäuser: die westukrainische Stadt Iwanowo-Frankiwsk, woher meine Mutter stammt und wo ich geboren wurde; das weißrussische Dorf, wo ich aufwuchs; und die russische Kultur, die mich erzog und deren Teil ich wurde.“<sup>23</sup>

Als transnationales Element erfüllt das Russische zudem die Funktion, eine Gemeinschaft zu konstituieren, die Moskau als politische Ressource jederzeit zu Gebote steht. Die Elitenkommunität stellt zudem für Wissenschaftler in und außerhalb des akademischen Sektors ein Netzwerk dar, über das sie (z. B. in Zentralasien) der Isolierung durch nationale Beschränkungen entkommen können. Gleichzeitig wird mit ihr die Erinnerung an die vermeintlich oder tatsächlich bessere sowjetische Zeit wachgehalten. Im ökonomischen Bereich ist die russische Koine zudem die wichtigste Voraussetzung für Stabilität und Kontinuität der Schattenwirtschaft. Auch darauf kann man in Moskau bauen. Aber nicht nur: Dass die Russländische Föderation wirtschaftlich von der Kontrolle der Zugänge zu den Weltmeeren und Weltmärkten abhängig ist, mag inzwischen wie eine Plattitüde klingen, ist aber nicht wegzudiskutieren. Dies gilt seit historischen Zeiten für die Häfen an der Ostsee, die Handelsrouten durch die ehemalige polnisch-litauische Rzeczpospolita oder die Häfen in der Ukraine. Später kam die Ukraine als die wichtigste Industrieregion der SU bzw. als Exportraum für russländisches Gas dazu. Die Abhängigkeit Russlands von den Erlösen des Gasexports ist zwar geringer als die des Erdölexports, aber bedeutend genug, um – anders als häufig behauptet: Gazprom sei ein Werkzeug der Außenpolitik<sup>24</sup> - Moskaus Ruf als zuverlässiger Lieferant nicht wirklich aufs Spiel zu setzen.<sup>25</sup> Auch deshalb sind die Ukraine und die Kooperation mit ihren Machteliten für Russlands Wohl und Wehe unerlässlich. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass eine wie auch immer von Russland entfernte oder entfremdete Ukraine für viele Menschen im GUS-Raum nicht vorstellbar ist.

#### FAZIT:

1. Das Bild von Russland als „Großmacht“ ist nicht nur eine Denkfigur, sondern ein tief in der russischen Geschichte verwurzelttes politisches Konzept der

<sup>23</sup> SWETLANA A. ALEXIJEWITSCH: Die Russen ertragen keine Freiheit. In: FAZ, 28. 11. 2015

<sup>24</sup> HANNES ADOMEIT: Russlands imperialer Irrweg. Von der Stagnation in den Niedergang. In: Osteuropa, 3 (2015), S. 81f.; J. ĆWIEK-KARPOWICZ/ J. GODZIMIRSKI/ Z. NOWAK: Macht aus der Pipeline. Russlands Energiepolitik und die EU. In: Osteuropa 3, (2015), S. 151-161

<sup>25</sup> PETER W. SCHULZE: Die Russische Föderation. In: W. SCHNEIDERS-DETERS, P. W. SCHULZE, HEINZ TIMMERMANN (Hrg.): Die Europäische Union, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik. Mit einem Geleitwort von Egon Bahr. Berlin 2008, S. 57-237; ROLAND GÖTZ: Billiges Gas für Russlands Freunde? Fakten statt Thesen: Eine Replik. In: Osteuropa, 4, (2015), S. 25-28

Innen- und Außenpolitik Putins. Die Ukraine nimmt dabei einen zentralen Platz ein. Der Westen und andere internationale Akteure kommen daher nicht daran vorbei, trotz aller Kritik Moskau zumindest als internationalen Vetospieler, wie es die Politikwissenschaftler ausdrücken, Ernst zu nehmen. Der westlichen Politik sollte Intelligenteres einfallen, als Panzereinheiten in den Osten zu verlegen.

2. Eine ostslawische Gemeinschaft als politische und gesellschaftliche Entität existiert nicht. Aber historisch bedingt gibt es zwischen Ukrainern und Russen nach wie vor mehr Verbindendes als Trennendes.
3. Die sowjetische Nationalitätenpolitik war allem Anschein nach viel erfolgreicher als dies im Westen lange Zeit wahrgenommen wurde. Putin kann diese Befindlichkeiten instrumentalisieren. Sie sind Teil der Erfahrung und Determinanten der politischen Kultur in Russland und der Ukraine.

*Björn Allmendinger, Kai Venohr*

## **Wenn Eltern gegen Flüchtlinge hetzen. Aktuelle Herausforderungen für die politische Erwachsenenbildung**

### **Das antidemokratische Potential der bürgerlichen Mitte**

Als zunächst Hunderte, dann aber Tausende aufgebrachte BürgerInnen im Herbst 2013 ihre rassistische Gesinnung in Form eines Fackelzugs auf die Straßen des sächsischen Schneebergs trugen, war das Entsetzen über den offensichtlichen Schulterschuss von Neonazis und örtlicher Bevölkerung groß. Schnell wurde den Kommentatoren/innen und Beobachtern/innen klar: Die rechte Bürgerinitiative „Schneeberg wehrt sich“ war kein Einzelfall und erst recht kein ostdeutsches Phänomen. In zahlreichen Städten und Gemeinden Deutschlands waren bereits Zusammenschlüsse so genannter „besorgter“ Bürger/innen entstanden, die sich gegen eine drohende Unterbringung von Flüchtlingen in der eigenen Nachbarschaft zur Wehr setzten. So kam es bspw. im Sommer 2013 in einer Beiratssitzung in Bremen-Vegesack zu massiven Protesten seitens der Anwohner/innen gegen eine von der Stadt geplante Flüchtlingsunterkunft. Aufgrund der tumultartigen Szenen an diesem Abend sowie aus Angst vor einer weiteren Eskalation beschloss der Ortsbeirat schließlich die Grünfläche auf dem Sportplatz „Fährer Flur“ zu erhalten und die mobilen Flüchtlingsbauten dort vorerst nicht zu errichten. Die Lokalpolitik hatte sich den rechten „Wutbürgern/innen“ ergeben und war sichtbar überrascht von dem offen zutage tretenden Rassismus der Anwesenden. Interessant ist hier aber vor allem ein Blick auf die Zusammensetzung jener aufgebrachten bzw. „besorgten“ Bürger/innen. Ob in Freital, Berlin-Hellersdorf, Heidenau, Nauen oder eben Bremen-Vegesack: In allen Fällen hat der Protest einen bürgerlichen Charakter. Überraschend ist dies sicher nicht. Zahlreiche Studien belegen, dass rechtsextreme Einstellungen inmitten der Gesellschaft und in allen politischen Lagern verankert sind (vgl. z. B. Decker et al. 2013, Heitmeyer 2012a oder Zick/Klein 2014). Die besorgte, gut situierte bürgerliche Mitte organisiert sich im Netz, über soziale Netzwerke, Blogs oder Foren, und hetzt dort offen gegen Flüchtlinge und so genannte „Gutmenschen“. Doch wer sind diese „unbescholtenen“ Bürger/innen, die vor einer drohenden Islamisierung warnen, gegen Flüchtlinge hetzen und Politik und (Lügen-)Presse verteufeln?

### **Die Mär vom Jugendphänomen**

Das oft gezeichnete Bild des rechtsextremen Jugendlichen aus Ostdeutschland mit niedrigem Bildungsniveau und einem ausgeprägten Hang zur Gewalt, ist im Hinblick auf die empirischen Befunde der letzten Jahre nur bedingt haltbar. So ist Rechtsextremismus bei weitem kein Jugendphänomen. Wie z. B. die aktuelle Mittelstudie belegt, stimmen nach wie vor Personen über 60 Jahren rechtsextremen Einstellungen am ehesten zu; wengleich in den letzten Jahren ein besorgniserregende Trendwende stattgefunden hat und die Gruppe der 16- bis 30-Jährigen inzwischen ähnliche Einstellungsmuster aufweist (vgl. Zick/Klein 2014: 40). Exemplarisch lässt sich dieser Zusammenhang von Alter und rechtsextremer Orientierung anhand des aktuellen Phänomens „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) veranschaulichen. So kommt eine Studie der TU Dresden zu folgendem

Ergebnis: „Der ‚typische‘ PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit aus und stammt aus Dresden oder Sachsen“ (Vorländer 2015). Oder wie die Forschungsgruppe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung notiert: „Pegidisten sind zu einem ganz großen Teil männlich und mittleren Alters. Im statistischen Durchschnitt ist der Pegidist 44,2 Jahre alt“ (Geiges et al. 2015: 63). Auffällig ist hierbei, dass PEGIDA eben kein jugendkulturelles Phänomen darstellt und abwertende Haltungen gegenüber Flüchtlingen oder Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund in der Mitte der Gesellschaft verankert sind.

Viele Sozialarbeiter/innen und Pädagogen/innen sind sich dieser Problemlage nicht bewusst und reagieren zumeist verwundert, wenn bspw. Eltern das rechtsextreme Verhalten ihrer Kinder nicht nur dulden, sondern sie sogar in ihrer antidemokratischen Grundhaltung bestärken. Rassismus im Alter ist für viele politische Bildner/innen nach wie vor ein unbekanntes Terrain. Dies verwundert nicht, denn auch die politische Erwachsenenbildung hat sich diesem Themenfeld bislang nur sehr zögerlich genähert. Dabei könnte ein (vorübergehender) Perspektivwechsel durchaus lohnende Einblicke ermöglichen. Denn nicht wenige Jugendliche kommen schon früh im familiären Kontext mit rassistischen Ressentiments in Kontakt, wissen damit aber nur selten umzugehen, geschweige denn diese politisch einzuordnen. Antisemitische Äußerungen auf Familienfeiern, rassistische Entgleisungen bei nachbarschaftlichen Fußballabenden oder herablassende, chauvinistische Kommentare während des gemeinsamen Familienurlaubs sind keine Seltenheit. Im schlimmsten Fall werden die rechtsextreme Gesinnung der Eltern und deren rassistisches Weltbild von den Heranwachsenden sogar als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Politische Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus kann folglich nur dann erfolgreich sein, wenn sie auch oder gerade jene erwachsenen Personen miteinbezieht, die bereits von Jugendlichen als relevante Bezugspersonen erachtet werden.

### **Aufgabenfelder und Zielsetzungen**

Mit Aufdeckung des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), den islamfeindlichen und offenkundig rassistischen Protesten von PEGIDA, LEGIDA, BRAGIDA und Co. und den zunehmenden Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und deren Bewohner/innen – seit Januar 2015 kam es in Deutschland, nach einer von der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL fortlaufend aktualisierten „Chronik der Gewalt“, zu über 900 flüchtlingsfeindlichen Vorfällen (vgl. AAS/PA 2016) – hat das Interesse an politischen Bildungsangeboten gegen Rechtsextremismus deutlich zugenommen. Parteiübergreifend wird auf die Bedeutung der politischen Bildung im Kampf gegen Rechtsextremismus hingewiesen. Beispielhaft steht hierfür auch der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages. So fordert z. B. die SPD in der Beschlussempfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses unter dem Titel „Politische Bildung stärken“: „Es bedarf struktureller staatlicher Programme, die in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden müssen,

um das gesamtgesellschaftliche Problem rassistischer Vorurteile in den Sicherheitsbehörden, aber vor allem auch in den Schulen anzugehen. Es geht hier nicht nur um staatliche ‚Moderation‘ gesellschaftlicher Selbstverpflichtung. (...) Unsere Demokratie ist gerade jetzt auf eine starke politische Bildung angewiesen und diese muss auskömmlich finanziert werden“ (Deutscher Bundestag 2013: 898). Die anderen am Untersuchungsausschuss beteiligten Parteien kommen diesbezüglich zu ähnlichen Schlussfolgerungen (vgl. ebd.: 869, 957, 1017 ff., 1025 ff. oder 1040 ff.).

Die von politischer Seite stets empfohlene signifikante Anhebung von Mitteln für die Demokratieförderung und die politische Bildung blieb bislang aber weitestgehend aus. Folglich ist bei diversen Bildungsträgern inzwischen Ernüchterung eingetreten: Viele politische Bildner/innen fühlen sich gar an die 1990er Jahre erinnert, als unter dem Eindruck der rassistischen Gewaltakte von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und Mölln staatliche Mittel gegen Rechtsextremismus scheinbar „per Gießkannen“-Prinzip verteilt wurden, ohne an eine langfristige Finanzierung der politischen Bildungsarbeit zu denken. Aufgrund der kurzfristigen Förderdauer mussten damals viele erfolgversprechende Projekte gegen Rechtsextremismus letztlich eingestellt werden. Ferner vereitelten die „reflexartigen Zuschreibungsmechanismen ‚auf die Jugend‘ als Kerngruppe des Problems“ (Kaletsch 2012: 90) eine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Rassismus von Bürgern/innen mittleren und höheren Alters. Unvergessen bleiben bspw. die Beifallsbekundungen älterer Anwohner/innen in den Brandnächten von Rostock-Lichtenhagen.

Politische Bildung muss auf Lern- und Veränderungsprozesse setzen, Raum für neue Ein- und Ansichten zulassen und sollte Einstellungen, Orientierungen sowie Überzeugungen reflektieren und problematisieren (vgl. Engelhard 2002: 22). Allerdings gilt zu beachten, dass eine Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut „dort an ihre Grenze [stößt], wo Jugendliche und Erwachsene ihre persönliche und soziale Identität aus der Zugehörigkeit zu rechten Szene, Cliques, Gruppierungen und Organisationen gewinnen, sich als Angehörige einer Sub- und Gegenwartskultur bewusst sind und absichtsvoll gegen die demokratischen Mehrheitsgesellschaft abgrenzen. Diesen Kern rechtsextremer Täter wird politische Bildung kaum erreichen“ (ebd.: 21). Zudem werden oftmals die Möglichkeiten und die Wirksamkeit politischer Bildung gegen Rechtsextremismus überschätzt. Beispielhaft hierfür ist die fehlerhafte Annahme einiger politischer Bildner/innen, dass Gedenkstättenbesuche zu einer nachhaltigen Immunisierung gegen rechtsextremes Gedankengut führen. Die Auseinandersetzung mit den in Buchenwald, Ravensbrück oder Bergen-Belsen begangenen Verbrechen sind jedoch weder Garant für eine demokratische Grundhaltung noch ein Allheilmittel gegen rechte Gesinnung. Dies gilt nicht nur für Jugendliche, sondern im gleichen Maße auch für Erwachsene.

### **Einblicke in die Bildungspraxis**

Mit Blick auf jene Arbeiten, die sich bereits explizit mit dem Bereich Rechtsextremismusprävention auch in der politischen Erwachsenenbildung befassen,

lassen sich die folgenden Themenfelder als charakteristisch für die Bildungspraxis herausstellen: (1) Historisch-politische Bildung; (2) Aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus; (3) Entstehung und Funktionen von Vorurteilen und Diskriminierungen (4) Menschenrechts- und Demokratieerziehung; (5) Multiplikatoren/innen-Schulungen und Empowerment.

Ein großer Teil der Angebote befasst sich mit aktuellen Erscheinungsformen rund um das Phänomen Rechtsextremismus (siehe bspw. die Bildungsangebote von Volkshochschulen, Gewerkschaften oder die Angebote im Rahmen der Lokalen Aktionspläne, LAP). Seminare zur „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ (Aufklärung zur Symbolik, Kleidung, Musik und Lebensgefühl) haben dabei einen besonderen Stellenwert, da sie oftmals Informationen über lokale Strukturen geben sowie zum offenen Austausch von Erfahrungen im Umgang mit den unterschiedlichen Phänomenen des Rechtsextremismus anregen. Im Rahmen von Ansätzen der Menschenrechtserziehung und handlungs- und übungsorientierten Programmen steht vor allem die Selbstreflexion im Vordergrund. In diesen Veranstaltungen wird das Phänomen in seiner Vielschichtigkeit beleuchtet sowie das eigene Handeln analysiert und reflektiert. Neben der dekonstruktiven Kritik ist hier vor allem Selbstkritik ein entscheidendes Kriterium.

Als ein Beispiel politischer Erwachsenenbildung zur Rechtsextremismusprävention kann die zertifizierte Fortbildung „Multiplikatoren/innenqualifizierung Rechtsextremismus: Prävention Intervention“ in der Reihe „Qualifiziert Handeln“ der Bundeszentrale für politischen Bildung in Zusammenarbeit mit dem DGB Bildungswerk Bund gelten. In verschiedenen Modulen, die sich mit den jeweiligen Dimensionen des Rechtsextremismus befassen, werden Multiplikatoren/innen über ein Jahr hinweg fortgebildet. Das Ziel besteht darin, sie auf unterschiedliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern vorzubereiten. Als wesentlicher Teil der Qualifizierung gilt die Entwicklung, Durchführung, Reflexion und Dokumentation von Praxisprojekten. Anhand von zwei ausgewählten Beispielen für Praxisprojekte sollen im Folgenden die unterschiedlichen Möglichkeiten politischer Erwachsenenbildung gegen Rechtsextremismus skizziert sowie in exemplarischer Form die Nachhaltigkeit derartiger Programme herausgestellt werden:

Das erste Beispiel für ein Praxisprojekt wurde von einem Sozialarbeiter in einem Bildungszentrum entwickelt und durchgeführt. Sein Ziel bestand darin, Jugendliche und (junge) Erwachsene zu motivieren, sich mit den historischen Spuren aus der Zeit des Nationalsozialismus und den aktuellen Formen des Rechtsextremismus in der eigenen Stadt zu befassen. Die Idee bestand darin, eine lebensweltliche Nähe zum Nationalsozialismus zu ermöglichen und so auch aktuelle Formen des Rechtsextremismus sowie die „ideologische Kontinuität rechtsextremistischen Denkens“ (Glanninger 2009: 190) erkennen zu lernen. Zentral waren dabei Archivarbeit und Zeitzeugengespräche, die in einen gemeinsam produzierten Dokumentarfilm mündeten.

Das zweite Beispiel für ein Praxisprojekt wurde von einem Mitarbeiter eines großen Wohlfahrtsverbands durchgeführt. Er entwickelte eine eigens auf seinen Verband zugeschnittene Qualifizierung für ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter/innen, die unter Einbezug von verschiedenen Experten/innen die folgenden Bereiche umfasste: Selbstreflektion, Informationsvermittlung und Konflikttraining. Im Anschluss an das Projekt wurden innerhalb des Verbandes wichtige inhaltliche und konzeptionelle Veränderungen in der Bildungsarbeit vorgenommen.

### Schlussbetrachtung

Politische Bildung gegen Rechtsextremismus erfüllt für demokratische Gesellschaften eine außerordentlich wichtige Funktion: Sie bietet politische Orientierung, ermutigt Menschen zu politischer Teilhabe und zivilgesellschaftlichem Engagement, schärft das Problembewusstsein für Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung, vermittelt theoretisches Wissen sowie konkrete Handlungsmöglichkeiten und liefert Argumente gegen rechtsextremes Gedankengut. Gleichwohl ist politische Bildung keine „Allzweckwaffe“ oder „Allheilmittel“ zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Problemlagen; denn Demokratie muss stets neu gelernt, erfahren und vor allem gelebt werden.

Die politische Erwachsenenbildung gegen Rechtsextremismus spielt zurzeit nur eine untergeordnete Rolle und wird überlagert von Bildungsangeboten für Jugendliche bzw. junge Erwachsene, die immer noch als zentrale Zielgruppe gelten. Zwar lassen sich grundsätzlich einzelne Präventionskonzepte und handlungsorientierte Methoden vom Jugend- auf den Erwachsenenbildungsbereich übertragen. Demgegenüber steht jedoch der generelle Mangel an Bildungs- und Präventionsangeboten speziell für ältere Bevölkerungsgruppen, obwohl z. B. gerade die „Arbeitswelt als zentraler Lebensbereich (...) verschiedene Anknüpfungspunkte für die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus“ (Rieker 2009: 57) bietet sowie einen lebensweltorientierten Bezug und die Einbeziehung eigener betrieblicher wie außerbetrieblicher Erfahrungen ermöglicht.

Außerschulische politische Bildung gegen Rechtsextremismus darf sich zukünftig nicht mehr nur auf die „Jugend“ beschränken, sondern muss zunehmend auch Präventionsangebote für ältere Bevölkerungsgruppen initiieren und Lernprozesse anregen, die jüngere wie ältere Altersgruppen in gleichem Maße ansprechen. Dies erfordert auch ein Umdenken in der Förderpolitik und eine dementsprechende Neuordnung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus: Aktuell erlauben diese den außerschulischen Bildungsträgern aufgrund ihrer zumeist engen zeitlichen Rahmensetzung kaum die Entwicklung nachhaltiger Bildungsangebote. Außerdem liegt ihr Förderschwerpunkt besonders seit den 1990er Jahren auf dem Jugendbereich; bedient also nur am Rande altersunabhängige Bildungskonzepte, die neue Impulse setzen und den Austausch zwischen Menschen unterschiedlichen Alters zumindest begünstigen könnten. Vor allem im Vereins- und Verbandswesen – die Gewerkschaften

freilich inbegriffen – wären derartige altersübergreifende Präventivmodelle wünschenswert, in manchen Fällen sogar dringend erforderlich.

#### LITERATURVERZEICHNIS

*Amadeu Antonio Stiftung/PRO ASYL (AAS/PA) (2016):* Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle. Online unter: <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle> [letzter Zugriff: 25.02.2016].

*Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2013):* Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. Aufl. Bonn.

*Deutscher Bundestag (2013):* Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes; Drucksache 17/14600. Berlin.

*Engelhard, Bert (2002):* Rechtsextremismus: Eine besondere Herausforderung für die politische Bildung und pädagogisch-didaktische Konzepte als Teil der Strategie gegen Rechtsextremismus. München.

*Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015):* PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft. Bielefeld.

*Glanninger, Peter (2009):* Rassismus und Rechtsextremismus. Frankfurt/Main.

*Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012):* Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.

*Kaletsch, Christa (2012):* „Für Partizipation und Pluralität“ – Konzeptionelle Impulse aus Demokratiepädagogik und Menschenrechtsbildung. In: Bundschuh, Stephan/Drücker, Ansgar/Scholle, Thilo (Hrsg.): Wegweiser. Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven. Bundeszentrale für politische Bildung; Schriftenreihe Band 1245. Bonn: 89-106.

*Rieker, Peter (2009):* Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim und München.

*Vorländer, Hans (2015):* Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern. Online unter:

<http://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/praespeg> [letzter Zugriff: 25.02.2016]. Die gesamte Studie von Hans Vorländer, Maik Herold und Steven Schäler ist abrufbar unter: [https://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/philosophische\\_fakultaet/ifpw/poltheo/news/vorlaender\\_herold\\_schaeller\\_pegida\\_studie](https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/vorlaender_herold_schaeller_pegida_studie) [letzter Zugriff: 25.02.2016].

*Zick, Andreas/Klein, Anna (2014):* Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn. Online abrufbar unter:

[http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\\_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf) [letzter Zugriff: 25.02.2016].

Elżbieta Mączyńska<sup>1</sup>

## Das Entwicklungspotenzial Polens im Kontext der Hypothese über die neue säkulare Stagnation

### Einführung

Gegenwärtig ist das Problem der säkularen, also dauerhaften Stagnation eine der schwierigsten und gleichzeitig immer intensiver diskutierten Fragestellungen der hoch entwickelten Volkswirtschaften des Westens. Das Thema ist keinesfalls neu, man kann sogar sagen, dass es ein Dauerthema ist. Vor stagnativen Merkmalen der Marktwirtschaft, dem Risiko der Schrumpfung und dem Rückgang der Wirtschaft warnte bereits Adam Smith, indem er hervorhob, dass kein Land vor einer Entwicklung gefeit sei, die sich durch Niedriglöhne, geringfügige Gewinnmargen und ein Nullwachstum an Kapital und Bevölkerung charakterisieren lassen [Smith 2013]. Solche Mahnungen findet man auch in den Texten der Epigonen von Smith, unter anderem bei D. Ricardo, S. Mill und anderen. In der neoklassischen Ökonomie mit ihrem Glauben an die Effizienz, Fehlerlosigkeit und den heilenden Charakter des freien Marktes, wurden diese Mahnungen allerdings ignoriert. Intensiv erforscht hat diese Problematik Hansen, der Ende der 30er Jahre des XX Jahrhunderts auf die Gefahr einer säkularen Stagnation (Stagnation für immer und ewig, Hansen 1938) hinwies. Obschon man den Nachkriegsboom als Widerlegung dieser These betrachten und die Stagnation als gewöhnliches Symptom der Zyklizität, als Trendveränderung deuten könnte, so scheint die Bewertung der gegenwärtig globalen Krisensituation die pessimistische Hypothese Hansens eher zu bestätigen (Hansen, 1938). Vor den stagnativen Bedrohungen (u.a. im Hinblick auf Löhne und Gehälter, die Priorisierung eines ausgeglichenen Haushalts und die Passivität im Bereich öffentlicher Investitionen), hat bereits M. Kalecki, (Kalecki, 1943) gewarnt. Deshalb greift man gegenwärtig auf seine Werke zurück und weist darauf hin, dass wenn man seine Gedanken aufmerksamer nachvollzogen hätte, die Welt nicht so starke rezessionsbedingte Erschütterungen hätte hinnehmen müssen (Chakraborty 2013). Angesichts der brutalen Korrektur so optimistischer Prognosen, wie der von Fukuyama vertretenen These vom „Ende der Geschichte“, einer Korrektur, die sich aus der Weltwirtschaftskrise 2008+ ergab, steht das Thema der säkularen Stagnation zwangsläufig immer wieder auf der Tagesordnung. Einen starken Impuls zur Intensivierung dieser Debatte lieferte im November 2013 der Auftritt von Lawrence Summers, der hervorhob, dass sich die USA in einer langwährenden Periode eines rachitischen, anämischen Wachstums des BIPs befänden (Summers 2014a, 2014 b). Angesichts der globalen Mobilität des Kapitals könne sich die Bedrohung durch diese Stagnation schrittweise auf andere Länder und Regionen ausdehnen.

Dies kann auch für Polen zutreffen, wofür die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und das relativ niedrige Investitionsniveau sprechen. Auf stagnative Gefahren weisen zahlreiche Ökonomen hin, u.a. J. Hausner, der auf Grundlage seiner Forschungen nachweist, dass sich die polnische Wirtschaft an einem Wendepunkt, in „der Falle einer mittleren

<sup>1</sup> Prof. Dr hab. Elżbieta Mączyńska, Szkoła Główna Handlowa (SGH), e-mail: emaczyn@sgh.waw.pl

Entwicklung” befindet (Hausner 2013). Gleichzeitig wird vermehrt darauf hingewiesen, dass Polen auch in die Falle der säkularen Stagnation geraten könnte, zumal nach 2020 der gegenwärtig noch starke Investitionsimpuls, den die Fördermittel der EU bringen, wegfällt. Deshalb scheint es wichtig, im Rahmen der sozial-ökonomischen Politik präventive Aktivitäten zu entwickeln, die zum Ziel haben, die stagnativen Risiken zumindest abzuschwächen. In diesem Artikel werden einige Faktoren dieser Risiken sowie einige ausgewählte Gegenmaßnahmen beschrieben. Die Analyse hat einen qualitativen Charakter und bildet den Ausgangspunkt für quantitative Forschungen, die sich in der Anfangsphase befinden. Damit verfolgt dieser Beitrag das Ziel, eine Diskussion über das Risiko säkularer Stagnation in Polen zu entfachen. Dies ist deshalb so wichtig, weil bereits die Erstanalyse ein solches Risiko zu bestätigen scheint.

### **1. Die säkulare Stagnation nach Alvin H. Hansen**

Die säkulare Stagnation kann man ganz allgemein als dauerhaften Verlust der Adaptionfähigkeit des sozial-ökonomischen Systems im Hinblick auf seine Sach-, Finanz- und Arbeitsmarktreserven sowie hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten eines Landes (bzw. mehrerer Länder) definieren. Eine solche Stagnation findet in Nachfragebarrieren, einem gebremsten Wirtschaftswachstum sowie einer sich vergrößernden Diskrepanz zwischen der potenziellen und realen Entwicklung des Anstiegs des BIPs ihren Ausdruck. Ein besonders spektakuläres Indiz hierfür ist eine dauerhaft anhaltende Arbeitslosigkeit. Der Autor der Hypothese von der permanenten Stagnation, Alvin Hansen, verband dieses Phänomen bereits im Jahre 1938 in erster Linie mit der sich in hochentwickelten Ländern verschlechternden demographischen Situation, mit dem Geburtenrückgang und der Alterung ihrer Gesellschaften. Dies führe zu einer Schwächung der Nachfragedynamik, werde zum zentralen Faktor für abgeschwächte Investitionsanreize, was wiederum Arbeitslosigkeit und Stagnation generiere. "This is the essence of secular stagnation – sick recoveries which die in their infancy and depressions which feed on themselves and leave a hard and seemingly immovable core of unemployment."(Hansen, 1939, S. 4). Hansen legte dar, dass, falls Nettoinvestitionen und Nettoersparnisse den fundamentalen Entwicklungsfaktor darstellen (was die Wirtschaftsgeschichte, vor allem die Geschichte der industriellen Revolution zweifelsohne belegt), die Schwächung der Investitionsanreize bedinge, dass Ersparnisse aufgrund schwächelnder Nachfrage nicht ausgegeben werden, was wiederum zu dauerhafter Stagnation führe. Neben demographischen Faktoren verwies Hansen (indem er sich im Übrigen an den Thesen von A. Smith, Ricardo und anderen Klassikern der Ökonomie orientierte) auf einige andere Ursachen, die die Investitionsanreize schwächen und Stagnation hervorrufen:

1. Eine begrenzte territoriale Ausdehnung, was gegenwärtig ebenfalls unter der Losung einer beschränkten Globalisierung diskutiert wird.
2. Beschränkte Möglichkeiten für große, bahnbrechende Innovationen, die die Notwendigkeit und den Boom neuer Investitionen erzwingen (so wie dies während der industriellen Revolution geschah).
3. Die Zunahme Kapital sparender Innovationen.

4. Monopolisierungsprozesse, die sich ungünstig auf den Anstieg von Investitionen und Nachfrage auswirken.

Nach Ansicht Hansens tendieren unter diesen Bedingungen neue Investitionen gegen Null, entstehen keine neuen Arbeitsplätze, vielmehr wächst die Arbeitslosigkeit und nimmt das Interesse an Immobilieninvestitionen ab. Es sei hinzugefügt, dass die fortschreitende Alterung der Gesellschaft nicht nur nicht zu neuen Investitionen beiträgt, sondern im Gegenteil Nicht-Investitionen generiert, besonders in Ländern, in denen Instrumente – wie rückgestellte Hypothekenkredite oder lebenslange Renten – zugänglich sind. Das kann zwar einer Erhöhung des laufenden Konsums und einer durch ältere Menschen generierten Nachfrage dienen, aber in einer ungünstigen demographischen Situation, bei hoher Arbeitslosigkeit und schwächelnden Investitionsanreizen ist das nicht genug, um der Stagnation entgegenzuwirken. Zumal diese negativen Faktoren miteinander gekoppelt sind und somit eine für das Wirtschaftswachstum tödliche Synergie erzeugen.

Hansen betont die starke Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums, die sich durch Nachfragebarrieren ergibt, und unterstreicht, dass konventionelle Marktmechanismen zur Stimulierung des Konsums unter solchen Bedingungen versagen und nicht ausreichen (Hansen 1939, Jabłońska 1988). In diesem Kontext erblickt er in öffentlichen Investitionen, die nicht nur zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen, sondern gleichzeitig günstigere Bedingungen für eine marktgerechte Wirtschaftstätigkeit und Anreize für die Belebung privater Investitionen ermöglichen, die Möglichkeit, den entwicklungshemmenden, stagnativen Teufelskreis zu durchbrechen. Gegenwärtig – angesichts einer weltweit hohen Arbeitslosigkeit, eines relativ niedrigen Wachstumstempos des BIPs, entsprechender Nachfragebarrieren sowie sich vertiefender Einkommensungleichheiten, die die Nachfrage hemmen, – fällt es schwer, den Argumenten Hansens zu widersprechen. Sie spiegeln die aktuelle Situation zahlreicher hoch entwickelter Länder wider. Allerdings wird in den Diskussionen zu diesem Thema darauf hingewiesen, dass die Thesen Hansens durch die nach dem 2. Weltkrieg über mehrere Jahrzehnte (bis Ende der 1970er Jahre) anhaltende „goldene Ära des Kapitalismus“, die sich durch ein dynamisches Wirtschaftswachstum bei niedriger Arbeitslosigkeit auszeichnete, widerlegt worden seien (Summers, 2013). Man kann allerdings auch argumentieren, dass damit nicht so sehr die Thesen Hansens widerlegt wurden, sondern es sich um eine kriegsbedingte künstliche Unterbrechung von Stagnationsprozessen handelte, die sich aus der Notwendigkeit ergaben, die materiellen Kriegsschäden zu beheben, das Produktionspotenzial auszuschöpfen sowie die während des Krieges gedrosselte, nach seiner Beendigung aber massive Nachfrage zu befriedigen. Diese These trifft schon deshalb zu, weil die gegenwärtige Situation in den hochentwickelten Volkswirtschaften des Westens die Richtigkeit und Aktualität der Schlussfolgerungen Hansens vollauf zu bestätigen scheint.

### **Die gegenwärtige Aktualität der Theorie der säkularen Stagnation**

Lawrence Summers, der an die Theorie Hansens anknüpft, verweist auf sich gegenwärtig deutlich verstärkende Faktoren, die das Risiko der permanenten Stagnation erhöhen. Die Hypothese von einer „neuen säkularen Stagnation“. (Summers, 2013, 2014) scheint demnach ihre Berechtigung zu haben. Summers betont, dass in den USA und anderen hoch entwickelten Volkswirtschaften gegenwärtig ungünstige demographische Trends herrschen, die in Verbindung mit technologischen Veränderungen sowie den sinkenden Kosten und Preisen bei den modernen Informationstechnologien, die Nachfrage nach Kapitalgütern, aber auch nach Arbeit reduzieren. Zudem bedingen die fallenden Preise für Kapitalgüter, dass die vorhandene Sparquote die Finanzierung größerer Investitionsgüter ermöglicht. Dies ist ein weiterer Faktor, der die Möglichkeiten der Absorption von Erspartem aufgrund investiver Nachfrage erschwert.

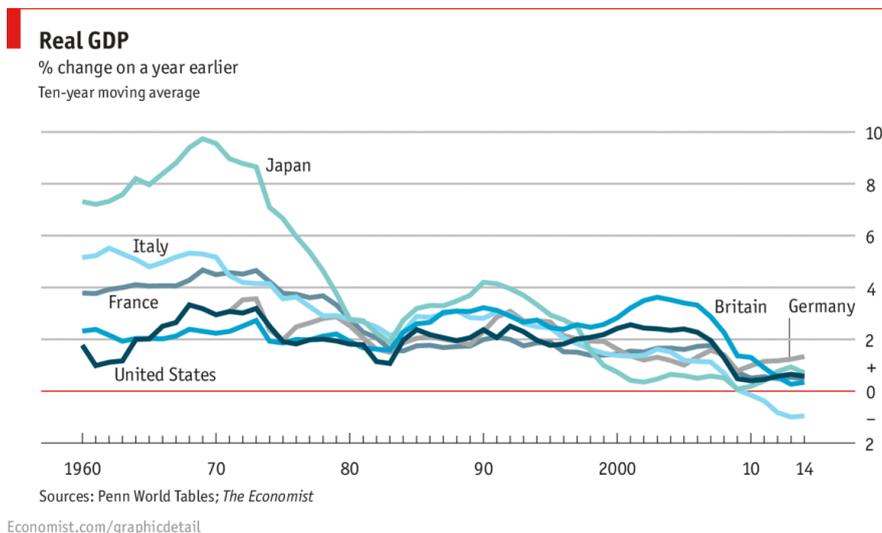
Die Erfahrungen während der Krise 2008+ und danach stellen das Prinzip in Frage, wonach die Mechanismen des freien Marktes – ohne öffentliche Intervention – der permanenten Stagnation erfolgreich entgegenwirken können. Das zeigt sich u.a. an dem seit Jahrzehnten fallenden Zinssatz (was u.a. mit den schwachen Anreizen für neue Privatinvestitionen verbunden ist). Diese Situation, gepaart mit einer niedrigen Inflation bzw. einer (sich immer deutlicher abzeichnenden) Deflation kann dauerhaft verhindern, dass man der Stagnation entgegenwirkt, höhere Zinsquoten erreicht und die Arbeitslosigkeit verringert. Dieses Risiko wird zudem durch das Phänomen der Hysterese erhöht, dauerhafte Arbeitslosigkeit, bei der die Such- in Langzeitarbeitslosigkeit übergeht. Ungünstig wirken sich ebenfalls finanzielle Instabilität und das gegenwärtig auftretende Syndrom der Liquiditätsfalle aus, der Umstand, dass trotz wachsender Geldreserven nicht investiert wird. Die in vielen Ländern verlangsamte Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung führt zu weniger Nachfrage, wodurch in einer Ära kapital- und arbeitssparender Informationstechnologien zusätzlich technologisch bedingte Arbeitslosigkeit generiert wird. Gleichzeitig verstärkt die Arbeitslosigkeit den Trend der in vielen Ländern zunehmenden Einkommensunterschiede, was angesichts steigender Produktivität im verarbeitenden Gewerbe ebenfalls eine wesentliche Nachfrage- und Wachstumsbarriere darstellt. Im Ergebnis zunehmender Einkommensunterschiede fällt ein immer größerer Teil des Einkommens an diejenigen, die sich an geringeren Ausgaben und einem abnehmenden Grenznutzen ihres Einkommens orientieren. Dies hat ebenfalls einen negativen Einfluss auf die Nachfrage. Thomas Piketty hält (aufgrund der Analyse statistischer Daten der letzten 300 Jahre) zunehmende Einkommensunterschiede für eine immanente Eigenschaft des Kapitalismus, bei dem das Tempo der Einkommenszuwächse aus Kapital das Tempo von Lohn- und Gehaltszuwächsen übersteigt. Er belegt, dass die damit verbundenen kumulierenden Spannungen zu Revolutionen, Kriegen oder tiefen sozial-ökonomischen Krisen führen (Piketty, 2014). Die zunehmenden Disproportionen bei der Verteilung und beim Zugang zu globalem Reichtum sowie die hieraus resultierenden Nachfragebarrieren und sozialen Pathologien, vor allem die Arbeitslosigkeit, sind Probleme, die auch die am höchsten entwickelten Länder, wie

etwa die USA, betreffen. Die Unzufriedenheit mit dieser Situation brachte sogar Janet Yellen, die Chefin der FED zum Ausdruck, was im Übrigen als ein bisher einzigartiger Vorgang bei Auftritten der Repräsentanten der amerikanischen Zentralbank gewertet wurde. Sie berief sich dabei auf statistische Schätzungen, aus denen hervorgeht, dass in den USA die Ungleichheit der Einkommen und des Reichtums das höchste Niveau seit 100 Jahren erreicht (Yellen, 2014). Ähnliche Schlussfolgerungen ergeben sich aus dem neuesten OECD-Bericht, in dem die globale Lebensqualität der letzten 200 Jahre dargestellt wird. Diese Entwicklung wird auch durch die Daten des neuesten UNICEF-Berichts bestätigt (The State... 2014).

Auf die Gefahren der säkularen Stagnation verweist auch Paul Krugman, indem er hervorhebt, dass die Wahrscheinlichkeit von bei null Prozent liegenden Zinssätzen zukünftig erheblich größer sein wird als man bislang annahm. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass die dauerhafte Tendenz zu fallenden realen Zinssätzen sich bereits vor der Krise des Jahres 2008 abzeichnete. Krugman weist auch auf das Ende der Etappe ständig wachsender Finanzhebel hin, was in Verbindung mit abnehmenden demographischen Trends eine starke Nachfragebarriere bildet. Unter diesen Bedingungen reicht selbst eine Nullprozent-Zinspolitik nicht aus, um die Wirtschaft zu beleben und die Arbeitsmarktlage zu entspannen. Zumal dies zusätzlich durch die Liquiditätsfalle erschwert wird. In dieser Situation kann sogar eine unkonventionelle Geldpolitik nicht die erwarteten Effekte bringen.

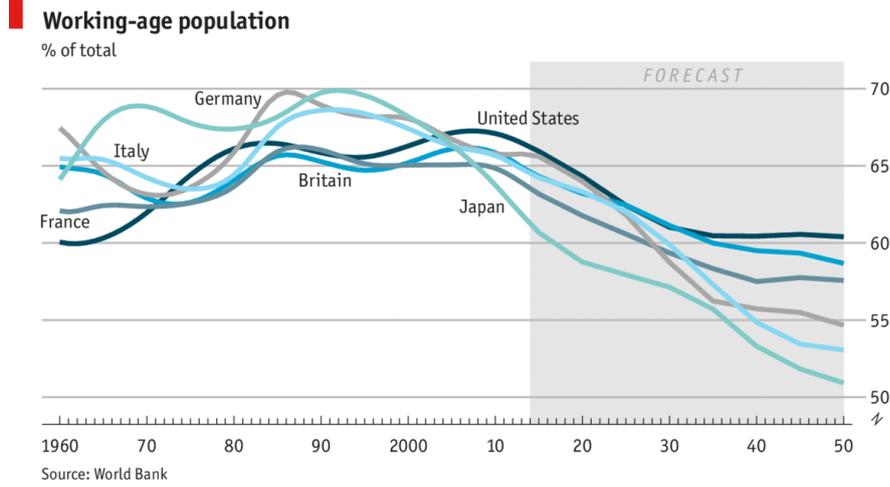
Sämtliche hier angeführten Faktoren tragen nicht zu einem Wachstum des BIPs und der Nachfrage bei, sondern erhöhen das Risiko einer säkularen Stagnation. Am deutlichsten wird dies anhand der Daten zur Dynamik des BIPs (Grafik 1) sowie zum Anteil der Bevölkerung in produktivem Alter (Grafik 2) – bezogen auf die reichsten Länder der Welt.

Grafik 1 Die Dynamik des BIPs in ausgewählten Ländern

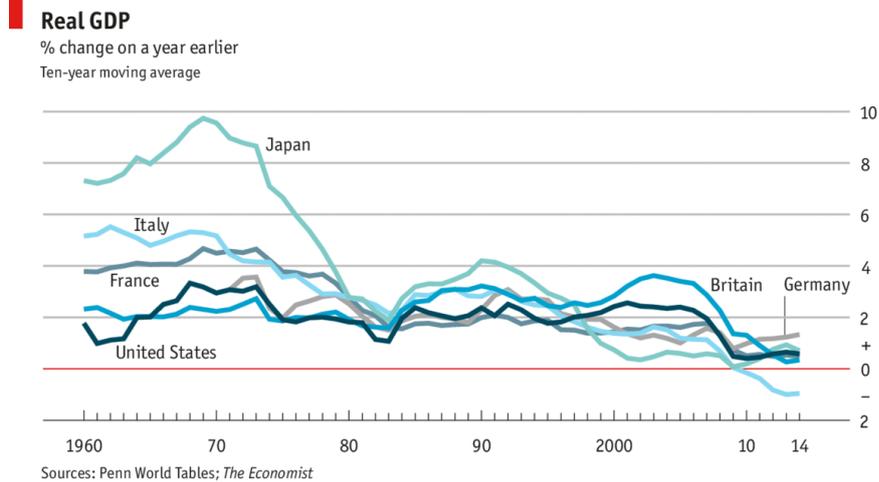


Quelle: „Secular stagnation“ in graphics. Doom and gloom. (2014), The Economist, Nov 19th

Grafik 2 Wachstumstempo der Bevölkerung in produktivem Alter



Economist.com/graphicdetail



Economist.com/graphicdetail

Quelle: „Secular stagnation“ in graphics. Doom and gloom. (2014), The Economist, Nov 19th

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten, die säkulare Stagnation zu überwinden. Betrachtet man die differenziert formulierten Vorschläge der Wirtschaftsexperten, so fällt die Affinität der Ansichten von Hansen und Summers auf. Beide weisen auf die Notwendigkeit öffentlicher Investitionen hin, was im Falle des Keynesianers Hansen nicht verwundern darf, aber im Falle von Summers überrascht. Es ist charakteristisch, dass L. Summers auf Grundlage der Analyse der Risikofaktoren säkularer Stagnation auf zwei mögliche Wege ihrer Überwindung hinweist. Der eine ist eine unkonventionelle Geldpolitik, ihre Lockerung (quantitative easing), was durch billigere Kredite zu Investitionsanreizen führen kann. Gleichzeitig erhöht dies allerdings das Risiko finanzieller Instabilität. Deshalb weist Summers auch auf die zweite Lösung hin, die auf einen Anstieg der Investitionen, der Produktion und der Beschäftigung zielt, was aber eine Erhöhung des Zinssatzes zur Voraussetzung hat. Dabei erhöhe sich auch nicht das Risiko finanzieller Instabilität. Nach Ansicht von Summers sei dies durch einen Anstieg öffentlicher Investitionen möglich. Gleichzeitig unterstreicht Summers, dass es notwendig sei, Maßnahmen einzuleiten, um strukturelle Barrieren für private

Investitionen zu beseitigen und das Vertrauen in der Geschäftswelt wiederherzustellen. Notwendig seien aber auch Schritte, um die elementaren sozialen Sicherungen zu erhalten. Auch betont er die Notwendigkeit, Einkommensungleichheiten entgegenzuwirken, um die Kaufkraft zu stärken, indem man eine Umverteilung der Einkommen zugunsten wenig vermögender Gruppen vornimmt. Deren Einkommensanstieg wirke sich kräftiger und schneller auf die Stärkung der Nachfrage aus. Summers hebt zudem hervor, dass die von einzelnen Ländern umgesetzten anti-stagnativen Strategien an deren sozial-ökonomische Spezifik angepasst werden sollten (Summers, 2014).

Die vorgestellten Analysen zeigen, dass sich das in den entwickelten Volkswirtschaften des Westens erhöhende Risiko der säkularen Stagnation eine grundsätzliche Neudefinition der makroökonomischen sowie der sozial-ökonomischen Politik und ihrer Ziele und Prioritäten erfordert, auch in jenen Ländern, die von dieser Stagnation noch nicht betroffen sind. Aufgrund der Globalisierung herrscht nämlich Ansteckungsgefahr.

All dies zeigt die Notwendigkeit, eine qualitative, quantitative sowie statistische Analyse der Wirkung derjenigen Faktoren durchzuführen, die das Risiko einer Stagnation generieren. Eine so geartete allgemeine Analyse, die zwölf Länder der Europäischen Union berücksichtigt, hat u.a. Leon Podkaminer geliefert, wobei er die Existenz des Syndroms der säkularen Stagnation in diesem Raum klar nachweisen konnte (Podkaminer, 2015).

Obschon Polen bei den Analysen der säkularen Stagnation bisher nicht berücksichtigt wurde, so kann man selbst ohne eingehendere Forschungen auf typische Phänomene der säkularen Stagnation verweisen, die in unserem Land auftreten. Dabei handelt es sich um die sich verschlechternde demographische Situation, die Arbeitslosigkeit (u.a. die technologisch bedingte, die aus dem wachsenden Potenzial und der steigenden Produktivität der Informationstechnologie resultiert) sowie die Deindustrialisierung. Dies sind starke Barrieren für das Entstehen neuer Arbeitsplätze, besonders angesichts der Entwicklung arbeitssparender Informationstechnologien. Begleitet wird dieser Prozess von sich abzeichnenden – und mit Nachfragebarrieren verbundenen – Deflationsprozessen, einem Rückgang der Zinssätze sowie dem Syndrom der Liquiditätsfalle, was u.a. in der recht begrenzten Neigung der Unternehmen zum Ausdruck kommt, trotz vorhandener und wachsender Geldreserven zu investieren. Hinzu kommt eine antinomische Drift besonderer Art.

Trotz der genannten – und zum Teil für einen Teufelskreis typischen – prognostischen Gefahren, zeichnet sich Polen vor dem Hintergrund der EU durch relativ günstige Wirtschaftsergebnisse aus. In den Jahren nach der Krise war das Tempo des BIP-Wachstums relativ hoch (besonders, wenn man die rezessiven Phänomene in der EURO-Zone berücksichtigt). In gewissem Maße war dies aber auch auf die Ausnutzung der EU-Hilfsprogramme zurückzuführen. Es entsteht demnach die Frage, wie groß das

Entwicklungspotenzial Polens ist, ob und in welchem Maße es von einer Erosion bedroht wird, die durch das Risiko einer säkularen Stagnation hervorgerufen wird.

### **Casus Polen, Entwicklung und stagnativ-antinomische Drift**

Die elementaren Grundlagen der zivilisatorischen Entwicklung und des Erfolgs Polens haben ihre Quelle in den Eigenschaften, der Qualität und dem Ausmaß seines sozial-ökonomischen Potenzials. Über die Entwicklungsmöglichkeiten Polens gibt vor allem der Fortschritt Auskunft, der sich während eines über 25jährigen Transformationsprozesses der Wirtschaftsordnung durch die Implementierung und Festigung der Marktwirtschaft einstellte. Dies geben die Statistiken eindeutig wieder. Gleichzeitig wird dieses Potenzial aber in hohem Maße vergeudet. Vergeudet wird die einzigartige, durch die Transformation ermöglichte Chance, die zivilisatorische Verspätung auszugleichen. Die Ursachen dieser Vergeudung sind nicht nur ökonomischer, sondern auch kultureller, vor allem aber politischer Natur. Zwischen diesen Faktoren entwickelt sich eine negative Synergie von Rückkopplungen, die – einem Teufelskreis vergleichbar – gordische Knoten erzeugt. Wie P. Czapliński schreibt, wird die Situation in Polen durch gleichzeitigen Fortschritt und anachronistische Verhältnisse, durch ein ganz Vorne-Sein und ein Hinterher-Laufen charakterisiert. Dies bezeichnet er als Syndrom der Schizophrenie der polnischen Moderne. (Czapliński, 2011). Hinzu kommt, dass – obschon man recht gut weiß, welche Maßnahmen die Blockaden beseitigen könnten, häufig der Wille bzw. die politischen Mechanismen, manchmal das Eine wie das Andere fehlen, um die entsprechenden Aktivitäten in Gang zu setzen. Dies führt zu einer antinomischen Drift, die wie der von Tobin beschriebene Sand im Getriebe wirkt (Tobin, 1978, 152-159)<sup>2</sup>.

Fast jedem Faktor des Entwicklungspotenzials Polens entspricht ein Faktor, der diese Entwicklung blockiert. Die antinomische Drift verstärkt die Anfälligkeit der polnischen Wirtschaft für die säkulare Stagnation. Unten stehend einige beispielhafte Symptome für diese Drift.

Als sozial-ökonomische Quellen der relativen Vorteile Polens gelten u.a. (ausführlicher dazu: Maczyńska 2012):

1. Ein relativ großes Marktpotenzial und die hieraus resultierende Binnennachfrage, die von etwa 38 Millionen Verbrauchern generiert wird. Andererseits das Bestehen einer hohen Arbeitslosigkeit, verbunden mit demographischen Gefährdungen: Alterung der Gesellschaft und Entvölkerungsprozesse, die von einer zunehmenden Emigration begleitet werden (aus den Prognosen ergibt sich, dass sich die Bevölkerungszahl in Polen bis 2050 um etwa 4,5 Mio. Einwohner verringern kann, Prognoza ludności 2014, S. 162).

<sup>2</sup> James Tobin, im Jahre 1981 Nobelpreisträger in Wirtschaftswissenschaften, hat seine Konzeption einer antispekulativen Umsatzsteuer metaphorisch als Sand im Getriebe eines sich übermäßig entwickelnden Finanzsektors bezeichnet (Tobin 1978, S. 3)

2. Das steigende Bildungsniveau, und damit der steigende Prozentsatz von Menschen mit höherer Ausbildung, was die gesellschaftliche Produktivität und Mobilität fördert. Andererseits ein anachronistisches, sklerotisches, starres Bildungssystem mangelhafter Qualität, fragmentarische Beurteilungen, Testomanie, eine unterentwickelte Kooperation der Schulen auf allen Stufen sowie im Bereich wissenschaftlicher Forschungen und der Wirtschaft, dazu die Marginalisierung beruflicher und die Unterentwicklung dualer Ausbildung. Das bestehende Bildungssystem marginalisiert erzieherische Funktionen und generiert Konflikte sowie innere Widersprüche. „Nicht nur in Grund- und Mittel-, sondern auch in höheren Schulen, aber auch in bekannten Universitäten zählt – wie in Selbstbedienungsläden und Imbissstuben – das, was messbar ist, also die Zahl, der Preis, die Effektivität und der Gewinn. Die Relation „Schüler/Student-Schule“ verwandelt sich immer schneller und effektiver in die Relation „Klient-Geschäft“ (Szumski 2015). W. Szumski ist der Auffassung, dass das Bildungssystem in Polen sklerotisch und wenig anpassungsfähig sei. Die Unzulänglichkeiten bei der Herausbildung und Nutzung des Potenzials wissenschaftlicher Forschungen und ihrer Umsetzung in die Praxis bedingen, dass viele wertvolle Entdeckungen aus Polen „verschwinden“ (z.B. die Erfindung des blauen Lasers u.a.). Dies fördert das niedrige Innovationsniveau, was mit relativ niedrigen Gehältern korreliert und nicht moderne Wirtschaftsstrukturen verfestigt. Dadurch wird die Hightech-Branche marginalisiert und eine Wirtschaft niedriger Margen petrifiziert. „Wir sind nicht in der Lage, mit den Veränderungen, denen die Welt von heute ausgesetzt ist, Schritt zu halten, und die Dynamik dieses Prozesses legt unsere fehlende Vorbereitung angesichts der immer deutlicher hervortretenden Herausforderungen in aller Schonungslosigkeit offen, obschon sich gerade jetzt – vor unseren Augen – das Schicksal Polens für die nächsten Jahrzehnte entscheidet“ (Kleiber 2011,1).

3. Verstärkte Investitionen in die Infrastruktur (u.a. dank der Förderung aus EU-Mitteln), was neue Investitionen generiert und weitere Impulse des BIP-Wachstums fördert, wodurch das Wohlstandsniveau eines Landes bestimmt wird. Begleitet wird diese Entwicklung aber gleichzeitig von Pathologien im Bereich der öffentlichen Aufträge und vom Niedergang des Modells der Public Private Partnership.

4. Multiplikatoreffekte, die der Ausbau des Wohnungsbausektors bringen kann, der aufgrund seiner Unterentwicklung und steigender Ansprüche der Polen, also einer potenziell hohen Nachfrage nach Wohnungen, unabdingbar ist. Dies kann zukünftig zu einem zusätzlichen, großen Schwungrad der Wirtschaftsentwicklung werden. Andererseits treten hier Pathologien auf, die aus dem Fehlen einer transparenten, nachhaltigen Wohnungsbau- und Raumordnungspolitik resultieren. Das Wohnungsproblem stellt nicht nur eine Barriere für die Verbesserung der demographischen Situation dar, sondern auch hinsichtlich der Mobilität von Arbeitskräften. Es bildet aber auch für die Entwicklung der Bauwirtschaft – als der Schlüsselbranche des BIPs – eine Barriere. Absolut unterschätzt werden in diesem Zusammenhang die Themen Raumordnung und Landschaftsarchitektur als potenzielle Faktoren für das Wachstum des BIPs und der Lebensqualität.

5. Kulturelle Faktoren, die auf dem – historisch betrachtet – hohen kulturellen Rang Polens in Europa und der Welt beruhen, bei gleichzeitiger Offenheit für neue Strömungen und Trends in einzelnen Lebensbereichen, was stets der Wirtschaftsentwicklung dient. Andererseits die Schizophrenie der polnischen Modernität („modernisierte Konservative vs. antikapitalistische Emanzipierte“, Czapliński 2011) und geradezu feudalistische Zustände, patriarchalische Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Leder, 2014, Hryniewicz 2007).

6. Das Potenzial, das aus der „Rückständigkeitsrente“ resultiert, und die Möglichkeit, in verschiedenen Bereichen den „Froschsprung“ zu vollziehen, also unter Auslassung von Durchgangsphasen, die einst die hoch entwickelte Länder zu durchlaufen hatten, unmittelbar zu höheren Stufen der Entwicklung zu gelangen. Dies ist möglich, indem die Erfahrungen anderer Länder genutzt werden. Es verkürzt den Zeitraum, um zu einem höheren Niveau zu gelangen und mindert das Fehlerrisiko, weil man von den Fehlern anderer lernt. Andererseits die Übernahme von Mustern, die von klügeren Ländern inzwischen aufgegeben wurden – vide die „Punktitis“ in der Wissenschaft und bei der Beurteilung wissenschaftlicher Zeitschriften, pandemische Rankings sowie das bereits vor Jahrhunderten von J. Słowacki beschriebene Polen-Syndrom: „Warst Pfau und Papagei der Völker, jetzt aber bist du fremder Mächte Magd“ (Słowacki, 1839).

Die antinomische Drift, der Sand im Getriebe der Entwicklung, bewirkt, dass ein Teil des Potenzials blockiert und für die Auseinandersetzung mit Problemen vergeudet wird, die wir selbst hervorrufen. Dieser „Sand“ findet sich vor allem in folgenden Bereichen:

1. Die Ineffizienz der Rechtsetzung und Rechtsprechung, die Unterentwicklung des Gerichtswesens und die Länge der Gerichtsverfahren, gerade in Wirtschaftsangelegenheiten. Besonders stark gehemmt wird die sozial-ökonomische Entwicklung durch ein intransparentes und ineffektives Steuersystem. In seiner jetzigen Form nimmt es keine seiner elementaren Funktionen wahr, weder die fiskalische noch die umverteilende. Es ist teuer, ineffektiv, zu kompliziert und unübersichtlich. Es verleitet dazu, Vorschriften zu umgehen und Steuern zu hinterziehen, es fördert Steuerkarusselle und den Mehrwertsteuerbetrug. Im Gegensatz zur elementaren Rechtsidee belastet es die Ärmsten am meisten und die Reichsten am wenigsten. Ausdruck der Schwäche des Rechts sind auch die Auswüchse eines auf das 19. Jahrhundert zurückgehenden Kapitalismusmodells und eines geradezu feudalistischen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

2. Einkommensasymmetrien, die Pole von Reichtum und Armut, relativ niedrige Löhne und Gehälter sowie sich vertiefende Asymmetrien bei der Dynamik von Löhnen, Gehältern und Kapitalerträgen (Piketty, 2014). Obwohl Polen sich im Vergleich mit anderen Ländern hinsichtlich sozialer Ungleichheiten durch eine relativ günstige Situation positiv abhebt (was der Gini-Index bestätigt), so stellen die vorhandenen Ungleichheiten dennoch eine Nachfragebarriere dar. Generell gefährden Ungleichheiten die Marktdemokratie, das gesellschaftliche Vertrauen und den Kapitalismus. Es ist kein

Zufall, dass man sich weltweit – wenn bisher auch wenig erfolgreich – um einen inklusiven Kapitalismus bemüht. Symptomatisch hierfür war die Initiative einiger Repräsentanten der Weltwirtschaft, in London im Mai 2014 eine Konferenz zum Thema des inklusiven Kapitalismus unter der Überschrift „Conference on Inclusive Capitalism: Building Value, Renewing Trust“ durchzuführen (Conference...2014).

3. Die wachsende öffentliche Verschuldung und die Probleme beim Erreichen ausgeglichener öffentlicher Finanzen (was im Übrigen eng mit der demographischen Gefährdung sowie den aus ihr resultierenden steigenden Ausgaben für Renten, Pensionen und für die Gesundheitsvorsorge verbunden ist).

4. Dysfunktionen des politischen Systems, etwa das die Wirtschaft beeinträchtigende Syndrom der Wahlperiode und die damit verbundene Priorität der Wahlziele, die über die sozial-ökonomische Effizienz gestellt werden. Dies sorgt für Unzulänglichkeiten bei der Rationalisierung der Sozialpolitik, die offensichtlich einen längeren Zeithorizont erfordert. Es verstärkt auch das für demokratische Systeme bekannte Phänomen, das man mit folgender Sentenz umschreiben kann: „Effektivität hat keine Wählerschaft“. Das Syndrom einer kurzen Wahlperiode und die sich hieraus ergebende Dominanz der kurzen Perspektive werden von einer Vernachlässigung des strategischen Denkens begleitet, was Investitionen in die Wirtschaft, die einen längeren zeitlichen Horizont benötigen, keinesfalls begünstigt.

5. Die sich verstärkenden Symptome der Anomie und einer Erosion des Vertrauens, die Deregulierung von Normen, das Chaos und die Widersprüche im Wertesystem, die hieraus resultierende Unsicherheit und die Schwierigkeiten bei der Bewertung, was im Verhalten der Menschen, dem Funktionieren der Wirtschaft und dem sozial-ökonomischen System gut oder schlecht ist, sowie die Frage, welche Arten der Zielerreichung zulässig bzw. unzulässig sind, was einen Wert oder einen Anti-Wert darstellt.

Das sind nur einige Faktoren, die die antinomische, prostagnative Drift belegen. Ihre breitere Erörterung würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Sie werden zudem in vielen Publikationen ausführlicher dargestellt (u.a. Maczyńska 2014). An dieser Stelle belassen wir es bei dem Hinweis, dass all diese prostagnativen Faktoren durch die langjährigen Forschungen der SGH zum Thema betrieblicher Insolvenzen in Gänze bestätigt werden. Diese Insolvenzen stellen eine geradezu konzentrierte Fokussierung und Charakteristik der Argumente dar, die die Dysfunktionen im sozial-ökonomischen System Polens belegen. Die diesbezüglichen Forschungsergebnisse werden u.a. in den Publikationsreihen der SGH (u.a. Maczyńska 2014) vorgestellt. Gleichzeitig zeigen sie die Notwendigkeit auf, die Prioritäten und Ziele der makroökonomischen Politik zu verändern.

### Schlussbemerkungen

Die säkulare Stagnation als Folge ungünstiger demographischer Prozesse, zunehmender Einkommensungleichheiten und anderer Faktoren stellt eine schwerwiegende Herausforderung dar, der sich gegenwärtig viele hochentwickelte Länder stellen müssen. Die Globalisierung erhöht das Risiko, sich mit dieser aktuellen – allerdings bereits seit Langem diagnostizierten – schweren Erkrankung der Wirtschaft anzustecken. Vor der Gefahr der säkularen Stagnation ist auch Polen nicht gefeit, trotz der fraglos erreichten Transformationserfolge und eines relativ hohen Wachstums des BIPs. Wichtig ist allerdings, dass man sich nicht durch Erfolge täuschen lässt, besonders angesichts solcher Gefahren wie der demographischen Entwicklung, verschiedener Entwicklungsasymmetrien, etwa bei den Einkommen, des Ungleichgewichts und der antinomischen Drift. Sie schwächen das Entwicklungspotenzial und erhöhen das Risiko einer säkularen Stagnation. Die Ursachen für diese Gefahren sind komplex und miteinander gekoppelt. Es handelt sich nicht nur um ökonomische und politische, sondern auch um zivilisatorisch-kulturelle Gefährdungen, die einen nur schwer zu durchbrechenden Teufelskreis von Widersprüchen bilden. Deshalb können auch nicht alle Risiken (dies gilt besonders für die kulturellen) schnell beseitigt werden. Allerdings ist auch keines von ihnen einfach für immer gegeben.

Zumal die vorgestellten Unregelmäßigkeiten in hohem Maße eine institutionell-systemische Grundlage haben. Daher auch die Bedeutung von Maßnahmen, die auf eine Rationalisierung und Optimierung der sozial-ökonomischen Rahmenbedingungen und der Gesellschaftsordnung ausgerichtet sind. Deshalb wird die Reflexion über die Orientierung und Form der Sozialpolitik unter den bestehenden Bedingungen zu einer dringenden Notwendigkeit. Die Gesellschaftsordnung bestimmt die Effizienz und den gesellschaftlichen Nutzen der Veränderungen. Charakteristisch ist, dass die Intensität der Faktoren, die die säkulare Stagnation hervorrufen, sich in den einzelnen Ländern in Abhängigkeit vom jeweiligen Gesellschaftsmodell unterscheidet. Die im Jahre 2008 in den USA einsetzende Krise machte beispielsweise deutlich, dass Länder, die unter einem geringeren Einfluss der neoliberalen Doktrin standen, insbesondere die skandinavischen, widerstandsfähiger waren als andere. Dies belegt, dass es möglich ist, sozial-ökonomische Dysfunktionen zu lösen, indem das jeweilige sozio-ökonomische Modell an moderne Entwicklungsmöglichkeiten angepasst wird.

Besonders ungünstig – und das Risiko der säkularen Stagnation erhöhend – wirken sich Prozesse der Deindustrialisierung aus, die sich in Polen seit der Systemtransformation des Jahres 1989 – gepaart mit einer entsprechenden Privatisierungspolitik – vollzogen haben. Diese Prozesse entsprechen den Charakteristika, die zuletzt von Dani Rodrik in seiner neuesten Publikation zum Thema „Vorzeitige Deindustrialisierung“ vorgestellt wurden (Rodrik 2015). Rodrik weist darauf hin, dass in Ländern mit unterentwickelter Marktwirtschaft die vorzeitige Deindustrialisierung nicht nur zum Verlust von Arbeitsplätzen und zur Übernahme von Märkten durch stärkere Volkswirtschaften führt. Noch negativere Folgen der Deindustrialisierung ergeben sich seiner Meinung nach für die Demokratie und das Funktionieren des Staatswesens. Historisch betrachtet spielte

die Industrialisierung bei der Entwicklung moderner demokratischer Staaten, demokratischer Institutionen sowie des gesellschaftlichen Dialogs in Westeuropa und Nordamerika eine fundamentale Rolle. Daher kann sich eine Deindustrialisierung, die der Ausgestaltung des demokratischen Staates und seiner Institutionen vorausgeht, zur Ursache für politische Instabilität, staatliche Schwäche und entartete wirtschaftsliberale Ideen entwickeln (Rodrik, 2015). Die von Rodrik genannten Symptome lassen sich auch leicht in Polen ausmachen. Auch dies macht eine Neudefinition der makroökonomischen Politik sowie ihrer Ziele und Prioritäten notwendig. Sie sind in hohem Maße eine Konsequenz der Sozialpolitik. Und diese bestimmt die Beziehung zwischen Staat und Markt, das Ausmaß und die Struktur des öffentlichen Sektors sowie die Präferenzen und die strategischen sozial-ökonomischen Ziele, die weit über den Wahlzyklus hinausreichen.

### Literatur

All on Board Making Inclusive Growth Happen, OECD, 2014

Chakraborty A. (2013) Austerity? Call it class war – and heed this 1944 warning from a Polish economist, *The Guardian*, 14 Jan

Conference on Inclusive Capitalism: Building Value, Renewing Trust (2014), 27.05., London, <http://www.inclusivecapitalism.org/>, 20.01.2015

Czapliński P.(2009), *Polska do wymiany. Późna nowoczesność i nasze wielkie narracje*, Warszawa

Czapliński P.(2011) *Resztki nowoczesności. Dwa studia o literaturze i życiu*. Kraków

Grauwe P. (2015), *Stagnacja w strefie euro na wieki wieków*, *Obserwator Finansowy*, 2015-02-18, <http://www.obserwatorfinansowy.pl/tematyka/makroekonomia/stagnacja-w-strefie-euro-na-wieki-wiekow/>, 27.02.2015

Hansen A, H. (1939), *Economic Progress and Declining Population growth*, Presidential address delivered at the Fifty-first Annual Meeting of the American Economic Association, Detroit, Michigan, December 28, 1938. *The American Economic Review* Vol. XXIX March, 1939 no. 1, part I

Hansen A, H. (1938), *Full Recovery Or Stagnation?* London

Hausner K. (Hg.) (2013), *Konkurencyjna Polska. Jak awansować w światowej lidze gospodarczej?* Kraków

Hryniewicz J.(2007), *Stosunki pracy w polskich organizacjach*. Warszawa

Jabłońska A. (1988), *Stagnacja sekularna. Ewolucja poglądów*. Warszawa

Kalecki M. (1943), *Political Aspects of Full Employment*, *Political Quarterly*, [http://www.cfeps.org/ss2006/readings/Courvisanos\\_c.pdf](http://www.cfeps.org/ss2006/readings/Courvisanos_c.pdf), 10.01.2015

Kleiber (2011) „Mądra Polska” - Dekalog dla społeczeństwa wiedzy, umiejętności i przedsiębiorczości PAN, Warszawa, [www.aktualnosci.pan.pl/.../554-prof-michael-kleiber-prezes-pan-zaprasza](http://www.aktualnosci.pan.pl/.../554-prof-michael-kleiber-prezes-pan-zaprasza), 10.01.2015

- Krugman P. (2014), Four observations on secular stagnation, in : Teulings C, Baldwin R. (Hg.) , Secular Stagnation: Facts, Causes and Cures. Centre for Economic Policy Research (CEPR). London, S. 62-68.
- Leder A. (2014), Przeźniona rewolucja, Wyd. Krytyka Polityczna, Warszawa
- Mączyńska (Hg.) (2014), Bankructwa przedsiębiorstw. Wybrane aspekty ekonomiczne i prawne. Oficyna Wydawnicza SGH. Warszawa
- Mączyńska (2012), Cywilizacyjne uwarunkowania rozwoju Polski. in: A. Pollok (Hg.) Wielki kryzys jako bilans otwarcia XXI w. Próba holistycznej interpretacji, Wyd. PTE Kraków
- Piketty T. (2014), Capital in the Twenty–First Century. Cambridge
- Prognoza ludności na lata 2014-2050 (opracowana w 2014 r.), GUS, 2014, Warszawa
- Rodrik D. (2015), Premature Deindustrialization, Working Paper 20935 National Bureau of Economic Research, Cambridge, February, <http://www.nber.org/papers/w20935>, 27.02.2015
- "Secular stagnation" in graphics, Doom and gloom (2014), The Economist Nov 19th 2014
- Słowacki J. (1839) Grób Agamemnona <http://www.juliuszslowacki.grupaphp.com/grobagamemnona.php>, 10.01.2015
- Smith A. (2013), Badania nad naturą i przyczynami bogactwa narodów. Warszawa
- Summers L.H. (2014), Reflections on the ‘New Secular Stagnation Hypothesis’ in: Teulings C, Baldwin R. (Hg.), Secular Stagnation: Facts, Causes and Cures., Centre for Economic Policy Research (CEPR). London S. 27 – 41
- Summers L.H. (2013), IMF Fourteenth Annual Research Conference in Honor of Stanley Fischer, November 8, Washington
- Szumski W. (2015), Pustoszenie edukosfery, Sprawy Nauki, 2/2015 (197). Warszawa
- Teulings C, Baldwin R. (Hg.) (2014), Secular Stagnation: Facts, Causes and Cures. Centre for Economic Policy Research (CEPR). London
- The State of the World’s Children 2014 In Numbers: Every Child Counts Revealing disparities, advancing children’s rights, United Nations Children’s Fund (UNICEF), January 2014
- Tobin, J., (1978, A Proposal for International Monetary Reform, Eastern Economic Journal, 4 (July-October, 1978), <http://cowles.econ.yale.edu/P/cp/p04b/p0495.pdf>. 30.01.2015
- Yellen J. L. (2014), Perspectives on Inequality and Opportunity from the Survey of Consumer Finances at the Conference on Economic Opportunity and Inequality, Federal Reserve Bank of Boston, Boston, Massachusetts October 17

Zmierzch pracy – scenariusz zagłady – z prof. Andrzejem Wierzbickim z Komitetu  
Prognoz PAN Polska 2000+ rozmawia Anna Leszkowska, Sprawy Nauki, 2/2015 (197).  
Warszawa

## Berichte

*Galina Kamburova*

### **Kurs des Pädagogischen Austauschdienstes im GESW**

„Vlotho zu jeder Zeit entdecken!“ So lautet die Botschaft, die jedem Besucher, der sich dieser Stadt nähert, auf großformatigen Werbetafeln verkündet, dass ihn hier ein Erlebnis erwartet. Und obwohl das kleine nordrhein-westfälische Städtchen ziemlich entlegen vom Flughafen in Hannover liegt und die Verkehrsverbindungen im Voraus schwer zu organisieren schienen, hatte ich keine Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Vorbereitung auf den Kursaufenthalt, weil ich u.a. rechtzeitig ausführliche Tipps von der Leiterin, Frau Navina Engelage, bekommen habe. Das Kurszuhaus, das GESW, bot uns ein ruhiges und gastfreundliches Ambiente an. Unsere perfekten Seminarleiter Navina Engelage, Dr. G. Schüsselbauer, Dr. Z. Wilkiewicz und die Referenten sorgten auch dafür, uns das Neueste in vielen Bereichen zu zeigen und uns einen Blick hinter die Kulissen ins wahre Leben Deutschlands zu geben.

Das Seminar war ein Treffpunkt von 20 Deutschlehrern aus 14 Ländern der ganzen Welt – eine multikulturelle Gruppe in dieser kleinen Stadt in dem multikulturellen Deutschland. Und obwohl es Kollegen/innen aus verschiedenen Schultypen waren, hatten wir alle das gleiche Ziel: alle hatten ein besonderes Interesse an deutscher Landeskunde und an kreativen Ideen in der Methodik/Didaktik des DAF. Wir alle wollten unsere Kreativität im Bereich der Unterrichtsprojekte weiterentwickeln, unsere Deutschkenntnisse auffrischen, und neue Ideen und Anregungen für unsere eigene Lehrertätigkeit gewinnen. Und wir alle hatten die Möglichkeit, unsere Ziele zu erreichen.

Ich kam mit Kollegen/innen aus der ganzen Welt in Kontakt, einige von ihnen schon sehr erfahren im DSD- Programm, was mir die Gelegenheit bot, mit ihnen darüber zu reden, Gedanken und Meinungen auszutauschen und Vorschläge für einen gelingenden Unterricht zu erhalten. Natürlich will ich hoffen, dass auch ich meine eigene Erfahrung im Programm, Ideen, Kreativität und Kenntnisse an die anderen weitergeben konnte. Was das Kursprogramm betrifft – es war abwechslungsreich, praxisbezogen und DSD-orientiert, und das erworbene landeskundliche Wissen, die Fähigkeiten und Fertigkeiten, sowie die partizipativen Methoden werde ich bestimmt in meinem Unterricht umsetzen.

Begonnen hat das Seminar mit dem Einblick in die Weserstadt und ihre Geschichte, damit wir unsere landeskundlichen Kenntnisse auffrischen konnten, anschließend ging es um die Schulreformen in Nordrhein-Westfalen, um uns ein aktuelles Bild von dem Schulsystem in Bezug auf die neuen Tendenzen der Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft zu vermitteln, über Hospitation in verschiedenen Schularten, Treffen mit Menschen verschiedener Berufs- und Altersgruppen bis hin zu neuen Medien und Umwelt. Auch eine Besichtigung Berlins lag an, so dass wir die Möglichkeit hatten, mit

der Hilfe einer Stadt-Ralley die Hauptstadt Deutschlands, ihre Vergangenheit und Gegenwart mit allen Sinnen zu erleben. Geendet hat das Seminar mit einem Schlussprojekt, das wir mit nach Hause nahmen, um bei unseren Schülern weiter für DaF werben zu können.

Abwechslungsreich und spannend war das ganze Programm des Seminars. Besonders praxisbezogen fand ich die folgenden Seminareinheiten: Das Web 2.0. und seine sozialen Medien mit Lars Schulz; Partizipative Methoden von Dr. G. Schlüsselbauer; Multikulturelle Gesellschaft in Deutschland - Integration und Inklusion in Schule und Gesellschaft, interkulturelle Kompetenz in Theorie und Praxis mit Dr. Wilkiewicz; Nachhaltige Entwicklung - methodisch-didaktische Ansätze für den Unterricht mit Navina Engelage. Die erwähnten Themen, die mit ihnen verbundenen Projektarbeiten, Präsentationstechniken, Vorträge und Gespräche waren sehr lehr- und hilfreich für mich, und ich denke, dass ich alle erhaltenen Unterrichtsmaterialien und Vorschläge dazu in meinem Unterricht gut einbeziehen werde.

Bis auf die Grundschule habe ich in allen Schultypen in Vlotho hospitiert und konnte feststellen, dass die meisten Schulen und Lehrer, egal aus welchem Erdteil sie kommen, vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Die Hospitation ergab die Möglichkeit, dass wir gemeinsam und voneinander lernten. Fasziniert war ich von den Unterrichtsmethoden und dem Gelingen des Unterrichts am Gymnasium, wo ich viele Anregungen für meinen Unterricht bekam, und von der Disziplin, den Kenntnissen und dem gezeigten Interesse der Gymnasiasten am Lernstoff, von ihrer aktiven Beteiligung am Unterricht und kognitiven Arbeit, von dem sprach-, schüler-, praxis- und kompetenzorientierten Unterricht.

Ein besonderes Erlebnis für mich war die Erkundung der Hauptstadt Berlin. Ich nenne es: Berlin mit allen Sinnen erleben - von der Teilung Deutschlands und dem Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer, über die Innenstadterkundung in Kleingruppen bis zum Besuch des Deutschen Bundestags. Ein wichtiger Akzent des Kurses war auch die Projektarbeit "Werbung für DaF", bei der wir in zwei Gruppen mit der Hilfe von Fachkräften zwei professionelle Filme drehten, was uns ebenfalls sehr nützliche, praxisorientierte und spannende Unterrichtsideen eingab.

Das gute Ergebnis dieses Seminars ist, dass ich nun nicht nur Freunde überall auf der Welt habe, sondern auch sehr gute KollegInnen, mit denen ich bestimmt weiter zusammenarbeiten und Ideen austauschen werde. Die Seminarleiter gaben uns zwei Wochen lang Anregungen, und uns bleibt jetzt die Aufgabe, unsere Schüler zu motivieren und die erworbenen Kenntnisse den Kollegen weiterzuleiten, damit wir sie alle in den Unterricht integrieren und Projekte entwickeln können.

Nicht an letzter Stelle möchte ich allen Fortbildungsinteressenten den Fortbildungskurs in Vlotho empfehlen und ein herzliches Dankeschön für die Möglichkeit aussprechen, die mir vermittelt wurde.

Joachim Burek

## Polizeigewerkschaft ernennt Ehrenkommissar

Vlothoer Zeitung, 22. April 2016

# Auszeichnung für Richard Oetker

Seminar im GESW: Polizeigewerkschaft ernennt den Vorsitzenden der Stiftung Weißer Ring zum Ehrenkommissar

■ Von Joachim Burek

Vlotho (VZ). Eine Uniform-Mütze der Hamburger Polizei und Kommissar-Schulterstücke haben Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft gestern ihrem prominenten Gastreferenten Richard Oetker im Gesamteuropäischen Studienwerk (GESW) überreicht. Der Bielefelder Unternehmer und Vorsitzende der Stiftung Weißer Ring wurde mit diesen Symbolen und einer Urkunde zum Ehrenkommissar der Deutschen Polizeigewerkschaft ernannt.

»Sie sind einer von uns. Ihre Verlässlichkeit verbindet Sie mit uns Polizeibeamten«, würdigte Jörg Lauenroth, Leiter des Weiterbildungsseminars der Deutschen Polizeigewerkschaft, das in dieser Woche in Vlotho tagte, das Engagement Oetkers für den Weißen Ring. Für den jahrelangen Einsatz Richard Oetkers für diese Stiftung, die Tausenden von Opfern von Kriminalität und Gewalt materielle und ideelle Hilfestellung leistet, hatten Jörg Lauenroth und der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg der Deutschen Polizeigewerkschaft, Klaus Vöge, nun diese Auszeichnung überreicht.

In seinen Dankesworten betonte Richard Oetker, dass er es bei seiner Entführung im Jahr 1976 am eigenen Leib habe erfahren müssen, was es heißt, Opfer eines Verbrechens zu werden (siehe Kasten). »Damals nach meiner Freilas-



Klaus Vöge (links) und Jörg Lauenroth (rechts) ernennen Richard Oetker zum Ehrenkommissar der Deutschen Polizeigewerkschaft. Mit dieser

Auszeichnung würdigen sie seinen Einsatz und seine Arbeit als Vorsitzender der Stiftung Weißer Rings. Fotos: Joachim Burek

sung und Rettung habe ich eine starke Familie und einen großen Freundeskreis gehabt, die mich aufgefangen und mir geholfen haben, das Erlebte zu bewältigen«, sagte er. Ihm sei es dann nicht mehr aus dem Kopf gegangen, wie es wohl den Opfern ergehe, die die-

se Hilfe nicht hätten. Hinzu komme, dass für die Öffentlichkeit das Sensationelle am Täter häufig intentionaler sei als das Schicksal des Opfers. Oetker: »Daher habe ich mich entschieden, den Gedanken des Weißen Rings weiterzutragen und die Hilfe für die Opfer zu unterstützen.«

Seinen anschließenden Vortrag über seine damalige Entführung leitete er zunächst mit einer kurzen filmischen Dokumentation ein, die seinerzeit das Bayerische Landkriminalamt erstellt hatte und die heute noch bei der Polizeiausbildung eingesetzt wird. In einem frei vorgetragenen Bericht schilderte Richard Oetker dann mit beeindruckenden Worten den 20 Seminareinnehmern aus den Polizeibehörden verschiedener Bundesländer den Tathergang, die Tage in der Gewalt seines Entführers, die Freilassung, die schwere Zeit danach, als er verletzt im Krankenhaus lag, bis hin zum Prozess gegen den Entführer Dieter Zlof und dessen Verurteilung 1980.

»Rache- und Hassgefühle gegen den Täter habe ich in all' den Jahren nicht gehabt. Aber ich war immer an der Täterermittlung und einer Strafe interessiert, die Nachahmungstäter abschreckt und dafür sorgt, dass niemand von der Tat profitiert«, sagt er. Gerade aus diesem Grund habe er sich während der Entführung jedes Detail gemerkt, um später bei den Ermitt-

lungen helfen zu können. »Hätte mir vorher einer gesagt, was ich einschließlich der späteren Operationen alles auszuhalten hätte, hätte ich nicht geglaubt, dass ich das schaffen kann. Diese Erkenntnis hat mich aber für mein weiteres Leben stark gemacht«, zog er zum Abschluss des Vortrags Bilanz.

Der Besuch und der Vortrag Richard Oetkers war eingebettet in das jährliche Seminar zur politischen Bildung, zu dem die Deutsche Polizeigewerkschaft in dieser Woche ins Gesamteuropäische Studienwerk eingeladen hatte. »Innere und äußere Sicherheit in Europa

– Wirtschaftskriminalität in der EU« lautete der Titel des Seminars. Dabei wurden unter anderem die Auswirkungen von Wirtschaftskrisen und Flüchtlingskrise sowie Fragen der organisierten Kriminalität auch unter dem Aspekt der Täter-Opfer-Perspektive mit Experten von Bundes- und Landeskriminalämtern diskutiert. Zum Abschluss sprachen die Teilnehmer GESW-Leiter, Dr. Zbigniew Wilkiewicz, der demnächst in den Ruhestand geht, seinen Dank aus. Immerhin ist die Polizeigewerkschaft seit 35 Jahren einmal im Jahr Gast in der Vlothoer Einrichtung.

### Der Entführungsfall Richard Oetker

Richard Oetker, Sohn des bekannten Bielefelder Unternehmers Rudolf-August Oetker, war am Abend des 14. Dezember 1976 nach einer Vorlesung auf dem Hof der Universität Weihenstephan in Freising von einem bewaffneten Maskierten entführt worden. Der damalige 25-jährige und 1,94 Meter große Student Oetker wurde von seinem Entführer in einer nur 1,45 Meter langen und 70 Zentimeter breiten Holzkiste im Innern einen Kastenwagens gefangen gehalten. Ausbruchversuche des mit Handschellen an Händen und Füßen gefesselten Oetkers sollten durch eine Stromschlagvorrichtung verhindert werden. Beim Öffnen der Garagentores während der zehntägigen Gefangenschaft hatte der Täter versehentlich die Vorrichtung ausgelöst. Durch die dadurch verursachten Muskelspasmen wurde Richard

Oetker durch Brüche zweier Brustwirbel und beider Oberschenkel schwer verletzt. Außerdem bestand durch die Schädigung der Lunge durch das extrem beengte Liegen in der engen Kiste zeitweise Lebensgefahr.

Nach Zahlung von 21 Millionen Mark Lösegeld wurde Richard Oetker am 16. Dezember 1976 freigelassen und gerettet. Der Entführer Dieter Zlof, Betriebswirt und Werkstattbetreiber, wurde nach zwei Jahren Fahndung festgenommen und am 9. Juni 1980 nach einem aufsehenerregenden Indizienprozess zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Haftverbüßung versuchte Zlof sich zunächst als Justizopfer darzustellen, wurde dann aber 1997 in England bei dem Versuch erwischt, einen Großteil des Lösegeldes umzutauschen und erneut zu zwei Jahren Haft wegen Geldwäsche verurteilt.



Jörg Lauenroth und Klaus Vöge überreichen Dr. Zbigniew Wilkiewicz, der in Ruhestand geht, eine Urkunde und Präsente als Dankeschön.

## Reflexionen

*Hubert Luszczyński*

### **25 Jahre deutsch-polnischer Vertrag und 20 Jahre Regionalpartnerschaft mit Oppeln: Ergebnisse deutsch-polnischer Zusammenarbeit im Bildungsbereich in Rheinland-Pfalz**

Unsere Alltagserfahrungen sagen uns: Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck. Wer mit Menschen zusammenarbeiten soll, will eine Antwort auf die Sinnfrage nach dem Wofür. Er will lohnende Ziele, die er als tragfähigen „common sense“ durch solidarisches Miteinander für erreichbar hält. So werden Wegweiser aufgestellt mit Zielangaben, die Orientierung geben: Es ist das gemeinsame entdeckte Ziel, das zum gemeinsamen Handeln führt.

Für Rheinland-Pfalz ist 2016 in den deutsch-polnischen Beziehungen ein Jahr der zwei Jubiläen: 20 Jahre Regionalpartnerschaft mit der Woiwodschaft Oppeln und die 25. Wiederkehr der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Es lohnt daher innezuhalten und auf das zu blicken, was sich in einem Vierteljahrhundert der vertraglichen Ausgestaltung deutsch-polnischer Beziehungen im Bereich der Bildung als – einem Kernbereich des Vertrags – entwickeln konnte.

Zwei zentrale Fragen seien daher am Beispiel von Rheinland-Pfalz hier behandelt: Erstens: Was waren in den 25 Jahren unsere Wegweiser, die unserer Zusammenarbeit im Bildungsbereich Orientierung gaben? Und zweitens: Zu welchen Ergebnissen führte diese Zusammenarbeit?

Bleiben wir zunächst bei den Wegweisern. Einer unserer ersten Wegweiser trug die Aufschrift: „Aus Fremden werden Freunde. 10 Jahre rheinland-pfälzisch – polnische Schulpartnerschaften“. Dies war der Titel einer Wanderausstellung, die die damalige Bildungsministerin Dr. Rose Götte im Herbst 1991 im Ministerium für nationale Bildung in Warschau eröffnete. Sie zeigte auf 10 Schautafeln – weil wir damals bereits 10 Partnerschaften hatten – ganz unterschiedliche Sinnhorizonte der rheinland-pfälzische und polnische Schulen verbindenden Partnerschaftsideen. Allen gemeinsam war, dass sie ihre eigenen Ideen im Ziel zwischenmenschlicher Freundschaften als tragendem Fundament der Völkerfreundschaft im Ausstellungsthema wiedererkannten, ihre schuleigene partnerschaftliche Ausprägung daraus ableiteten und der Öffentlichkeit präsentierten. So wurden die Stellwände der Ausstellung zu sinntragenden Orientierungen mit vielen praktischen Beispielen, die aussagekräftig Auskunft über den jeweiligen Stand der deutsch-polnischen Bildungsbeziehungen gaben.

### **Warum stand für uns das Freundschaftsthema am Anfang?**

„Aus Fremden werden Freunde“ – will sagen: Dieser einfache und zwischenmenschlich daher kommende Sinn unserer internationalen Beziehungen im Bildungsbereich hat bis heute seine Gültigkeit behalten. Er drückt aus, worauf es ankommt, wenn Versöhnung und Verständigung zwischen Polen und Deutschen gelingen sollen. Er schafft Orientierung, setzt zugleich Fantasien für eine angemessene, gemeinsame Organisation von Begegnungen frei und ist überdies der Maßstab, um ihrer Ergebnisse zu beurteilen. Ein Hauptergebnis besteht darin, dass durch die gemeinsame Organisation und Arbeit in einer auf Freiwilligkeit basierenden Begegnung zwischen jungen Menschen aus unseren beiden Ländern ganz offenbar aus Fremden Freunde werden. Mit einer Wirkung, die über den Tag der schulischen Begegnung hinaus ihre Fortsetzung haben kann, indem sich „Freunde fürs Leben“ finden.

Zu dieser aus der gemeinsamen Erfahrung geborenen Kategorie der Freundschaft des Jahres 1990 kamen in den Folgejahren vertraglich vereinbarte Kategorien (Operatoren) hinzu, die den Sinn und Zweck von Begegnungen verbindlicher regelten und in denen wir unsere eigenen pädagogischen Bemühungen bestätigt fanden. Es handelt sich um den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, und die darauf aufbauenden Verträge über die Einrichtung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, die „Gemeinsame Erklärung des Landtags und des Opperler Sejmiks über eine Regionalpartnerschaft“ vom 23.2.1996 sowie um den Vierer Netzwerkvertrag aus dem Jahre 2003 zwischen den Regionalparlamenten, der in Rheinland-Pfalz die bi-regionalen Beziehungen zu Opperln um jene zu den Regionen Burgund und Mittelböhmen erweiterte. Mit den Folgevereinbarungen auf der Regionalebene, die zwischen den Regionalparlamenten getroffen wurden, fand eine Konzentration unserer Zusammenarbeit statt. Sie wurde zu einer interregionalen Zusammenarbeit in Verantwortung der Schulbehörde in Rheinland-Pfalz, der landesweit zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, und des Bildungskuratoriums in Opperln.

Besonders auffällig ist: Vergleicht man den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag mit anderen internationalen Verträgen, die Deutschland nach 1989 mit den Ländern Mittel- und Osteuropas geschlossen hatte, dann fällt auf, dass der Nachbarschaftsvertrag mit Polen interessanterweise sehr detaillierte Festlegungen darüber trifft, was zu tun sei, um besonders im Bildungsbereich Versöhnung, Verständigung und Freundschaft zu erreichen.

### **Worauf soll es im Sinne des Vertrages in den Beziehungen im Bildungsbereich ankommen?**

- Auf gemeinsame Vorhaben, die die Zusammenarbeit und den Austausch fördern
- Auf zwischenmenschliche Kontakte
- Auf die Förderung persönlicher Begegnungen – ebenso darauf, dass man sich gegenseitig kennen und verstehen lernt; und

- auf umfassende Kontakte, die ein enges Zusammenwirken möglich und notwendig machen.

Damit stellen für den Bildungsbereich sowohl der völkerrechtlich verbindliche deutsch-polnische Vertrag als auch die interregionalen Vereinbarungen grundlegende normative Gestaltungselemente für die Schulen in allen Regionen mit hohem Verpflichtungscharakter dar, die bei der praktischen Durchführung von Begegnungen, Schüleraustausch oder Schulpartnerschaften als Orientierung zu beachten sind. Dass die Koordination der interregionalen Zusammenarbeit im Bildungsbereich in allen Regionen dem operativen Bereich der mittleren Schulbehörde, also der Schulaufsicht, angegliedert wurde, schien daher von Anfang an sachlich richtig und politisch geboten.

Der Präsident der im Jahre 2000 in Rheinland-Pfalz entstandenen zentralen Mittelbehörde, Dr. Peter Josef Mertes, besuchte ein halbes Jahr nach seiner Ernennung im Juni 2001 auf Einladung des kleinpolnischen Bildungskurators Jerzy Lackowski Krakau. Er kam nicht mit leeren Händen, sondern konnte auf Grundlage von mehr als 20 Jahren Erfahrung rheinland-pfälzisch-polnischer Zusammenarbeit im Bildungsbereich Gespräche führen. Bei einem Vortrag vor Vertretern der Woiwodschaftsbehörde, der kommunalen Gebietskörperschaften und der Schulen sprach er damals über die Grundsätze und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Polen und Rheinland-Pfalz. Es war eine Grundsatzrede. Sie dient im Einvernehmen mit den Regionalpartnern bis in die Gegenwart der konzeptionellen Orientierung bei der Organisation von Begegnungen. In den Mittelpunkt seiner Rede stellte Mertes die Idee einer „Pädagogischen Verantwortungsgemeinschaft“. Damit meinte er: Im Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung von Pädagogen für die Bildung junger Menschen in unseren Regionen finden Projekte zu Themen statt, die von einem gemeinsamen Interesse getragen werden. Diese Idee fand daher breite Zustimmung. Denn es war immer wieder der vertrauensvolle fachliche Austausch und die Erarbeitung gemeinsamer Ideen angesichts nahezu übereinstimmender pädagogischer Herausforderungen, die sich zwischen den teilnehmenden Kollegen als zielführend, gemeinschaftsbildend und freundschaftsfördernd herausstellten.

Wörtlich: „In unserer Arbeit wollen wir alle Chancen nutzen, die sich aus dem gemeinsamen Lernen und Arbeiten ergeben. Ein Verzicht auf gegenseitiges Belehren ist für uns eine wesentliche Grundlage für eine authentische Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen in einem europäischen Geist, der von Würde, Freiheit und Solidarität geprägt ist.“ Und Mertes fuhr fort: „Unsere Zusammenarbeit ... öffnet zum einen das jeweilige regionale Schulsystem für neue Ideen und Herausforderungen und sichert damit seine Überlebens- und Wettbewerbsfähigkeit; zum anderen fördert die Zusammenarbeit zwischen unseren Schulbehörden das Bewusstsein für die Notwendigkeit pädagogischer Mindeststandards in unseren Schulen auf europäischem Niveau und entwickelt ... (so)... gleichwertige Lebenschancen.“

Damit waren die Grundlagen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit formuliert. Sie fand die Zustimmung aller beteiligten Regionen – später auch die der Regionen Mittelböhmen und Burgund im so genannten „Vierer Netzwerk Vertrag“ des Jahres 2003, der von den Regionalparlamenten in Rheinland-Pfalz, Burgund, in der Woiwodschaft Oppeln und Mittel-böhmen unterzeichnet wurde. Für die in den Regionen im Bildungsbereich tätigen Koordinatoren in den Schulbehörden waren sie verpflichtende Vorgaben: Sie dienten ihnen bei ihrer Zusammenarbeit als Gestaltungsprinzipien.

### **Wie sehen die Ergebnisse der Zusammenarbeit aus?**

Zunächst gilt festzuhalten: In den 25 Jahren fanden mehr als 50 Begegnungen in den Regionen statt, die von den Koordinatoren konzipiert, organisiert und geleitet wurden. Alle Foren, Seminare und gegenseitige Besuche der Verantwortlichen im jährlichen Wechsel waren das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen den Regionalkoordinatoren in Abstimmung mit dem Präsidenten und den Kuratoren. Dazu zählten auch solche Ergebnisse wie die vertraglich verbindlich vereinbarte Einführung des herkunftssprachlichen Polnisch-Unterrichts, die gemeinsame Entwicklung einer neuen Didaktik für Gedenk- und Erinnerungsstätten sowie des europäische Technologietransfer des MNS+-Systems von Rheinland-Pfalz nach Oppeln, einer Software zur Nutzung von Medien mittels Internet in den Schulen.

Da sie von größter Bedeutung sind, möchte ich mich bei der Darstellung der Ergebnisse der Zusammenarbeit auf zwei Ebenen beschränken:

- Die Ebene der Koordinatoren des Schüleraustauschs
- Die Ebene der Schulleiter, Schulaufsichtsbeamten und Mitglieder der Lehrerfortbildungsinstitute

Zu den interregionalen Treffen, die in der Regel fünf Tage dauerten, kamen jeweils 25 bis 30 Teilnehmende sowie die regional zuständigen Koordinatoren. Sie hatten vorab die inhaltlichen Schwerpunkte für die Treffen festgelegt und sich stets auf diejenigen verständigt, die von beiderseitigem Interesse waren bzw. eine gemeinsame pädagogische oder professionelle Herausforderung darstellten. Sie leiteten auch die Treffen.

### **1. Schüleraustausch, Schulpartnerschaften, Seminare**

Während ich in den 1990er Jahren in erster Linie regionale Dienstbesprechungen in Rheinland-Pfalz für Lehrer/innen durchführte, die den Schüler/innenaustausch mit Schulen in den MOE-Staaten pflegten, fanden ab der Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags mit Oppeln im Jahre 1996 diese Seminare auf regionaler Ebene mit interregionalem Teilnehmerkreis statt. Dazu wurden die Koordinatoren der Partnerschulen aus unseren Regionen mit dem Ziel eingeladen, auf der Grundlage der durch das Seminar gewonnenen neuen Erkenntnisse Programme für den nächsten Schüleraustausch zu planen. Die Seminarreihe hatte das programmatische Thema: „Gemeinsame Zukunftsvisionen – Oder: Wie aus Fremden Freunde werden.“ Bei diesen

Veranstaltungen lernten die Teilnehmenden auch Evaluationsformen kennen, mit denen sie gemeinsam mit allen teilnehmenden Schülern/innen die Ergebnisse des Austauschs im Hinblick auf ihre gemeinsamen Ziele einschätzen konnten. Im Mittelpunkt der Evaluation standen immer wieder die vier oben genannten Gestaltungsindikatoren des deutsch-polnischen Vertrags.

Realistischer Ausgangspunkt für das Seminar war eine Erstbegegnung, das erste Zusammen-treffen von Schülern/innen aus den Partnerschulen: Die Hauptherausforderung bei der Erstbegegnung bestand darin, die Begegnungsgruppe durch die Entdeckung gemeinsamer persönlicher Interessen zusammenzuführen. Als methodische Grundlage für die Organisation des Treffens diente die Metaplantchnik. Mit ihrer Hilfe war man in der Lage, eben jene Gemeinsamkeiten sehr schnell zu entdecken. Empfohlene Inhalte waren Alltagsthemen, wie z.B. „Meine Freizeit“, „Meine Schule“, „Mein Europa“ oder „Meine Stadt“. So fand man etwa in der Erarbeitung der Vorstellungen von einer wünschenswerten Stadt mittels einer moderierten Kartenabfrage sehr bald Übereinstimmungen im städtebaulich Wünschenswerten – und damit einen Konsens für den nächsten Schritt. Denn in einem zweiten Schritt wurde danach gefragt, wie die Teilnehmenden die Realität ihrer Stadt erlebten. Und aus dieser Sein-Sollen-Dialektik, die dadurch kreiert wurde, kam es in einem dritten Schritt darauf an, in Arbeitsgruppen z.B. Forderungen für eine sinnvolle Stadtentwicklung zu formulieren, mittels eines simulierten Plenarsitzung allen vorzustellen, zu diskutieren und zu verabschieden.

Wie man sicherlich nachvollziehen kann, führte die Entdeckung grundlegender Übereinstimmungen bei den Werten, Wünschen oder Zielen die Teilnehmenden ethisch-moralisch und letztlich gemeinschaftsbildend-emotional zusammen. Damit war auf rationaler Grundlage ein sehr wichtiges Ergebnis erreicht: Die Entwicklung einer – durchaus auch national interpretierbaren – Erkenntnis: Deutsche und Polen haben gemeinsame Interessen oder Ziele und sind daher in der Lage, sich auf Maßnahmen zu verständigen, durch die sie diese Ziele erreichen können.

Wegen ihrer so wichtigen integrativen Wirkung stellte sich die Nutzung der Metaplantchnik als besonders geeignet heraus. Denn sie ermöglichte die Entdeckung übereinstimmender Ziele, indem sie alle Teilnehmenden – auch die Stillen – einbezog, und dabei deutlich machte, dass jedes Votum oder jede persönliche Meinungsäußerung gleich wichtig war. Es ist die Entdeckung des Konsens‘ – also des gemeinsamen Sinnes einer Gruppe. Und wenn Lehrer/innen die Wirkungsweise des Verfahrens erst einmal an sich selbst erfahren, dann gestalten sie nicht nur diese Erstbegegnung so, sondern legen bei allen Programmpunkten Wert darauf, dass dieses dialogische und konsensuale Prinzip beachtet wird: z.B. bei Stadtbesichtigungen, Unterrichtsbesuchen oder auch beim Besuch des rheinland-pfälzischen Landtags in Mainz. Wer den Schüler/innenaustausch so erfährt, der wird nicht nur für die Zeit des Austauschs Freunde finden, sondern – und diese Aussage konnte in all den Jahren vielfach belegt werden – für viele Jahre und Jahrzehnte. Und diese Freunde werden sich sowohl in

Polen als auch in Deutschland wahrscheinlich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass es nie wieder öffentlichen Meinungsführern gelingt, Deutsche und Polen gegeneinander aufzuhetzen. Auch ist aus der Extremismus-Forschung bekannt, dass persönliche Begegnungen die Bereitschaft senken, rechtsradikalen Parolen zu folgen. Damit haben wir im Bereich des Schüleraustauschs Ergebnisse erzielt, die mit den einstmals formulierten Zielsetzungen des Vertrags und unseren Grundsätzen übereinstimmen.

**Welche Schularten waren beteiligt? Und: Gibt es auch quantifizierbare Ergebnisse?**

Heute können wir sagen, dass in den letzten 25 Jahren Partnerschaften mit polnischen Schulen nicht nur an Gymnasien, sondern an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schularten begründet wurden. Und es war besonderen Initiativen zu verdanken, dass sich aus Foren für Schulleiter/innen von Förderschulen in der Region Oppeln und bei uns insgesamt drei Begegnungen von Förderschülern/innen in beiden Regionen entwickelten. Aus diesen Begegnungen schälten sich dann – wie bei allen anderen Schularten auch – Partnerschaften zwischen einzelnen Förderschulen in Rheinland-Pfalz und in der Woiwodschaft Oppeln heraus. Dass diese Begegnungen ein erhebliches Engagement der Lehrer/innen und ein ebenso großes Vertrauen der Eltern erfordern, ist nachvollziehbar. Umso dankbarer sind wir allen, die mit viel Engagement und hohem Einfühlungsvermögen für die spezifischen Belange dieser jungen Menschen diese partnerschaftlichen Entwicklungen im Bereich Förderschulen angestoßen haben und bis heute begleiten.

Eine Zahl zum Abschluss dieses Kapitels über den Schüleraustausch: Wenn wir davon ausgehen, dass immer dann, wenn ein/e Schüler/in nach Polen fährt, rund 40 Menschen davon wissen und an dem Ergebnis dieser Reise interessiert sind, dann lässt sich ermessen, warum ein Schüleraustausch im o.g. Sinne einfach erfolgreich sein muss. Denn Schüleraustausch, die erste Auslandsreise mit Unterbringung in einer fremden Familie, ist überall dort Gesprächsstoff, wo sich die teilnehmenden Schüler/innen aufhalten; Gesprächsstoff vor und nach der Reise. Denn das Interesse an der Fortsetzung eines Austauschs bleibt lebendig, wenn Teilnehmende auf die Frage: Na, wie war's? begeistert über die Begegnung berichten: In der Klasse, auf dem Schulhof, bei Verwandten und Freunden. Wo diese positiven Berichte ausbleiben, gerät der Austausch in der Regel in eine Krise, die nur – wenn überhaupt – mit sehr viel Zeit und Energie der auf beiden Seiten Verantwortlichen überwunden werden kann.

Zurück zu unserer Rechnung: In der Regel fahren pro Schule rd. 20 Schüler/innen nach Polen. Wenn 40 Menschen davon wissen, dann steigt der Kreis der Interessierten damit pro Jahr auf etwa 800 Menschen pro Schule. Da nun pro Jahr Schüler/innen von ca. 100 Schulen aller Schularten in Rheinland-Pfalz an Austauschmaßnahmen teilnehmen, sind es pro Jahr 80.000 Menschen; eine durchaus beachtenswerte Größe und immense Belebung deutsch-polnischer Partnerschaft im Zeitraum von 25 Jahren und bei einer Gesamtbevölkerung von rund 100 Mio. in beiden Ländern. Darum kann man heute feststellen: Der rheinland-pfälzisch-polnische Schüler/innenaustausch und all das, was

im Bildungsbereich damit zu tun hat, ist umfassend in den teilnehmenden Regionen verankert.

In dieser Zahl steckt sicherlich mehr als nur ein beachtenswertes numerisches Ergebnis der Zusammenarbeit. Sie ist auch pädagogisch und politisch beeindruckend. Und dass diese Fahrten sehr erfolgreich sein können, das zeigen nicht nur die Besuche rhein-land-pfälzischer Familien bei den Gastfamilien in Polen und vice versa, sondern auch die Bereitschaft der Schüler/innen, in den Ferien „auf eigene Faust“ zu den Freunden/innen zu fahren oder sich auch vorstellen zu können im Nachbarland zu studieren oder zu arbeiten. Denn der Austausch fördert bei den Teilnehmenden sicherlich auch ihre interkulturelle Kompetenz und Mobilität! Und das ist ein sehr weitreichendes und entscheidendes Ergebnis unserer Zusammenarbeit, geht es doch um die Zukunft junger Deutscher und Polen in einem friedlichen, freien und sozialen Europa.

## **2. Schulleiter, Schulaufsichtsbeamte und Fortbildungsinstitute**

Mit dem Jahr 2000 verbinden wir auch den Beginn des Zeitalters der internationalen Vergleichsstudien von Schülerleistungen der OECD – genannt TIMSS und PISA. Die ersten Ergebnisse für Polen und Deutschland machten deutlich, wie sehr in beiden Ländern auf diesem Gebiet noch an den Schulen gearbeitet werden muss, um im OECD-Ranking von den Spitzenplätzen im letzten Drittel zu den Spitzenplätzen im ersten Drittel zu gelangen. Das solidarisches „Gemeinsam schaffen wir es!“ war hier auch angesichts des übereinstimmend hohen Leidensdrucks ein naheliegender Appell für pädagogisch besonders wertvolle partnerschaftliche Projekte.

Die Foren, die von uns für Schulleiter/innen oder Schulaufsichtsbeamte/innen unter Mitwirkung der Fortbildungsinstitute/ AQS angeboten wurden, befassten sich daher mit Themen wie Schulentwicklung, Qualitätsmanagement, Personalführung und Unterrichtsentwicklung. Im Prinzip waren die Foren ähnlich aufgebaut wie die Seminare für Koordinatoren/innen des Schüler/innenaustauschs: Mit Blick auf das Thema eines Forums wurden mittels Metaplan-Technik gemeinsame Ziele identifiziert, Hindernisse ermittelt, die nicht zielführend waren, um in einem dritten Schritt gemeinsam Verfahren zur besseren Zielerreichung in einer Arbeitsgruppe zusammenzustellen und später im Plenum zu diskutieren.

Aus dieser Verlebendigung der pädagogischen Verantwortungsgemeinschaft von Schulleitern/innen, Schulaufsichtsbeamten/innen und Mitgliedern der Institute für Lehrerfortbildung und der AQS entstanden sowohl neue partnerschaftliche Beziehungen als auch Ideen für die Durchführung gemeinsamer Studientage mit Lehrern/innen sowie eine vertiefte Verständnis für Austauschmaßnahmen bei Schulleitern/innen. Auch die gemeinsame Teilnahme an drei COMENIUS-regio-Projekten entwickelte sich hieraus. Festgestellt wurde darüber hinaus eine Vielzahl gemeinsamer pädagogischer Herausforderungen, die unabhängig von ganz unterschiedlichen Schulstrukturen und schulrechtlichen Bestimmungen besprochen und ideenreich bewältigt werden konnten. Noch 1999 antwortete ein rheinland-pfälzischer Schulrat auf die Frage: Was sagten Ihre

Kollegen, als Sie sich zu diesem Forum angemeldet haben? Sie fragten zurück: „Was meinen Sie, was können wir wohl von den Polen lernen?“ – Nahezu spiegelbildlich berichtete ein polnischer Schulrat von der Reaktion seiner Kollegen auf eine solche Frage. Man habe ebenfalls zurückgefragt. Dieses Mal aber: „Ist es denn mal wieder so weit, dass wir nach Deutschland fahren müssen, um uns belehren zu lassen?“

Nach 25 Jahren gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass wir diese Phase der wechselseitigen Vorbehalte oder gar Vorurteile durch gemeinsame konsequente Beachtung der Idee der pädagogischen Verantwortungsgemeinschaft und der Zielsetzungen des deutsch-polnischen Vertrags sehr wirkungsvoll überwinden können. Niemals für alle Zeiten, sondern jedes Mal aufs Neue. Die Kollegen/innen, die an unsern Foren und Seminaren teilgenommen haben, würden dies sicherlich bestätigen. Freundschaft ist eben auch hier eine zarte Pflanze, die immer wieder gepflegt werden muss. Deutsch-polnische Freundschaft ist uns daher nicht nur als lohnendes Ziel vorgegeben, sondern sie ist uns auch täglich in jeder Begegnung und auf jeder Ebene neu aufgegeben.

Bilanziert man in diesem Jubiläumsjahr des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags die Ergebnisse der rheinland-pfälzisch-polnischen Zusammenarbeit – insbesondere mit unserer Partnerregion Oppeln, die in diesem Jahr auch ein 20. Jubiläum feiern darf – so kann man feststellen: Wir haben viele gute Gründe aufgrund der die Ergebnisse unserer Zusammenarbeit froh und dankbar zu sein. Es konnten besonders für die jungen Menschen Ziele erreicht werden, die vor Jahren noch viele Menschen weder bei uns noch in Polen für möglich gehalten haben. Es sind in diesen Jahren aus Nachbarn Partner und aus Partnern Freunde geworden. Polen und Deutsche haben die Chance, auf dieser soliden Grundlage in eine gemeinsame Zukunft des Friedens und der Freiheit in Europa zu gehen. Das aber wird vor allem dann gelingen, wenn sie in ihren gemeinsamen Werten und Pflichten als Nachbarn nicht nur normative Vorgaben für Sonntagsreden, sondern vor allem auch die gemeinsamen Grundlagen für ihr Alltagshandeln erblicken.

Nach fast 25 Jahre Verantwortung im Bereich der interregionalen Zusammenarbeit im Bildungsbereich mit Polen kann ich rückblickend mit großer Freude und Genugtuung feststellen: Aus Fremden sind Freunde geworden. Es wird nun darauf ankommen, dass die politisch und pädagogisch Verantwortlichen die friedenspolitische Bedeutung für ein Europa in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Auge behalten, darin eine tagtägliche gemeinsame Herausforderung sehen und an gemeinsamen Lösungen arbeiten, die einen beider- oder mehrseitigen Nutzen zum Wohle der Menschen und ihrer Würde entfalten. Erst dann wird in Erfüllung gehen, was der deutsch-polnische Vertrag seinen Bürgern in Deutschland, Polen und Europa verspricht: Eine solidarische Bewahrung des Friedens in Freiheit. Echte partnerschaftliche Projekte waren und sind die entscheidenden Grundlagen für eine dauerhafte Freundschaft zwischen Deutschen und Polen in Europa.

*Paul Ciupke*

## Zwischen den Polen

Im Frühjahr 1988, noch vor dem Zusammenbruch des sowjetisch dominierten Machtbereichs, bin ich zum ersten Mal, gemeinsam mit einem Freund, nach Polen gefahren. Das war überfällig, aus familiären und politischen Gründen, aber auch – wie sich später erweisen sollte – aus Motiven, die der politischen Bildung, in der ich damals schon seit fast zehn Jahren hauptberuflich tätig war, sehr dienlich waren.

Um mit dem Privaten bzw. Familiären anzufangen: Ich bin in einem münsterländischen Dorf geboren und aufgewachsen, aber wenn man mit Nachnamen Ciupke heißt, ist klar, dass man von den westfälischen Autochthonen nicht zu den ihren gezählt wird. Als ich mit 19 Jahren das Dorf verließ, um zu studieren, - innerlich jubelnd, dass ich endlich rauskam aus der dörflichen Enge - war ich für die Einheimischen immer noch der „Polack“. Meine Eltern hatte es 1946 unfreiwillig ins Münsterland verschlagen. Meine Mutter stammt aus einer hübschen Gebirgsgegend im Glatzer Bergland und mein Nachnamensgeber und Vater aus einem Dorf bei Gleiwitz in Oberschlesien. Die engere Familie meines Vaters wurde in den Kriegszeiten und kurz danach erheblich dezimiert, nur zwei von sechs Familienmitgliedern erlebten das Wirtschaftswunder der Bundesrepublik und die weitere väterliche Familie wurde über ganz Deutschland zerstreut. Die Erinnerungen waren schmerzlich und erst kurz vor seinem Tod hat mein Vater noch ein paar Bruchstücke preisgegeben.

Anders war es mit der mütterlichen Familie; als ich Anfang der 1950er Jahre geboren wurde, gab es zwar auch auf dieser Seite keine lebenden Großeltern mehr, aber immerhin eine Menge Onkel und Tanten (nur eine Schwester hatte sich mit Mann und Kindern gleich weiter nach Amerika aufgemacht), die, da sie ebenfalls in der Gegend gelandet waren, sich häufig bei uns einfanden und mich in einem sprachlichen Idiom und alltagskulturellen Prägungen groß werden ließen, die offenbar mehr mit Böhmen und Österreich verwandt waren als mit west- oder norddeutschen Mentalitäten und Gewohnheiten. Um ein Klischee zu bemühen: Leutselig waren die Schlesier im Vergleich zu den verkniffenen und abweisenden Westfalen.

Natürlich spielte die Heimat in allen verwandtschaftlichen Gesprächen eine wichtige Rolle. Man hatte so gut wie nichts retten bzw. mitnehmen können, nicht einmal die Fotoalben der Familie, aber in den Erzählungen wurde das Land vor meiner Zeit lebendig und natürlich auch idealisierend geschildert. Irgendwann stellt sich die Frage, ob es diese stattlichen Bauernhöfe, diese Dörfer, diese Bäderstädte, diese Täler und Berge auch wirklich gibt. Nur ein amerikanischer Cousin, der unter dem Schutzschirm eines weitaus mächtigeren Staates stand, hatte die „gefährliche Reise in den Ostblock“ gewagt und ein paar Fotos aus der verschwundenen Welt mitgebracht. Für mich wurde es nun auch allmählich Zeit, einen Blick hinter den Eisernen Vorhang zu tun, hatte ich doch im Gegensatz zu meinen bäuerlich-schlesischen Vorfahren schon ein wenig

Auslandserfahrungen gesammelt und immerhin als erster in der Großfamilie und als Sohn eines Hilfsarbeiters ein Abiturzeugnis erlangt und ein Studium absolviert.

Nun, wir waren aus Schlesien vertriebene Deutsche, die in Deutschland aber teilweise als Polen betrachtet wurden. Auf eine vertrackte Weise war ich also verbunden mit diesem Land, dessen Bewohner unsere Familien rausgeschmissen hatten, obwohl meine urkatholischen Vorfahren jedem Flirt mit den Nazis abhold waren und mein pazifistischer Großvater väterlicherseits ein so eingeschworener Nazigegner, dass er allen seinen Kindern erfolgreich das Mitmachen bei Hitlerjugend und anderem NS-Geschehen verbot. Ich selber war gewissermaßen eine gespaltene Persönlichkeit. Einerseits fragte ich mich zaghaft, ob vielleicht auch ein bisschen Polen in mir wäre. Den Verlust von schlesischer Heimat quittierte ich aber als verdiente Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen. Längere Zeit war ich ziemlich unempfindlich für die familiären Geschehnisse Ende des Zweiten Weltkriegs, obwohl meinen antinazistischen katholischen Großeltern in Oberschlesien ziemlich übel mitgespielt wurde von polnischer Seite, als sie in ein Lager gerieten, dessen Folgen meine Großmutter z.B. nicht überlebte. Damals habe ich das ziemlich verdrängt und bis heute habe ich mich im Grunde geweigert, nach den übrigen Details zu forschen.

Ende der 1960er Jahre politisierte ich mich und wandte mich der Neuen Linken in Deutschland zu. Diese lehnte den Sozialismus sowjetischer Prägung zwar überwiegend ab, zeigte aber ansonsten häufig völliges Desinteresse an der Geschichte und den Verhältnissen im sowjetischen Machtbereich. Der aus dem Banat stammende Schriftsteller Richard Wagner hat vor einiger Zeit sinngemäß festgestellt, dass die westdeutsche Linke vor 1989 mit dem Rücken zur Mauer gelebt hat. Dem muss man grundsätzlich zustimmen, wenn man bedenkt, dass in den 1980er Jahren die tätige Solidarität mit den „Revolutionären“ in Nicaragua in linken Szenen mehr zählte als die Auseinandersetzung mit den Menschenrechten in Mittelosteuropa.

Die Gruppe, der ich mich Mitte der 1970er Jahre angeschlossen hatte, war allerdings ein wenig anders. Das Sozialistische Büro (SB) war eine kleine, aber – wenn man so will – feine, stark intellektuell geprägte Organisation, keine Partei sondern eher eine zivilgesellschaftlich orientierte Kraft zwischen linker SPD, Gewerkschaften und Friedensbewegung. Gegründet hatte man sich 1969 als undogmatische Antwort auf die neu entstandene DKP und deren politische Ansichten. In den Reihen fanden sich mehrere Generationen, von denen die älteste ihre Wurzeln noch in der Weimarer Republik hatte, die stärkste Gruppe aber die Ende der 1950er und Anfang 1960er Jahre politisierten Jahrgänge des SDS und der Protestbewegung bildeten. Ich gehörte altersmäßig sozusagen zur Nachhut und zu denjenigen, die dann in den 1970er und 1980er Jahren die Akteure der neuen sozialen Bewegungen stellte.

Das SB hatte Mitglieder, die nach 1968 aus Prag emigriert waren, und besaß gute Kontakte zu Oppositionellen aus Ungarn. Verbindungen zu Dissidenten der DDR gab es kaum, sieht man von Rudolf Bahro ab, was vor allem aber wohl damit zu tun hatte, dass

man aus politischer Unsicherheit das Problem der deutschen Frage eher mied. Über einen akademischen Lehrer, Arno Könné, der ebenfalls Mitglied des SB war, bekam ich zur Lektüre auch eine Wiener Zeitschrift empfohlen: das „Wiener Tagebuch“, das als eurokommunistisch orientiert galt. Gemacht wurde es von Renegaten der österreichischen kommunistischen Partei: Ernst Fischer, Franz Marek, Leopold Spira, Leopold Grünwald, später kamen jüngere Schreiber und Kommentatoren dazu wie Martin Pollack, Karl-Markus



Gespräch mit Janusz Reiter in Warschau Frühjahr 1989

Gauß, Richard Swartz oder Erich Hackl.<sup>1</sup> Die Älteren waren vor dem Ersten Weltkrieg noch in den früheren Regionen Österreich-Ungarns geboren und in der Zwischenkriegszeit sozialisiert worden, zum Teil stammten sie auch aus jüdischen Familien und fungierten als Detektoren und Sendboten einer verschwundenen oder weitgehend vergessenen Welt, die manchmal in Diskussionen oder Büchern unter dem Stichwort Mitteleuropa schemenhaft auftauchte. In linken deutschen Kreisen galt dieser Begriff aber vor allem als Ausdruck früherer deutscher Hegemoniebestrebungen in Europa und war somit ziemlich verpönt. Als wir viel später, im Jahr 1993, eine Rundreise von Krakau über Przemysl, Lemberg, Drohobycz, Brody, Kolomea nach Czernowitz unternahmen, trafen wir zu Beginn in Krakau Jerzy Turowicz, den engen Freund von Karol Wojtyła und legendären Chefredakteur des „Tygodnik Powszechny“, der einzigen freien Zeitung im kommunistischen Polen. Als wir ihm zweifelnd von unserer vor uns stehenden Reise und Spurensuche Mitteleuropas durch das ehemalige Galizien berichteten, nickte er nur freundlich, verwies auf ein Foto von Kaiser Franz-Josef, das hinter ihm an der Wand hing, und auf den Umstand, dass er noch vor dem ersten Weltkrieg in Österreich-Ungarn geboren sei. Inspiriert hatte mich zur Planung dieser Studienreise vor allem das im Jahr 1984 erschienene Buch von Martin Pollack „Nach Galizien“, in dem der Autor eine Eisenbahnreise durch das ehemalige Königreich Galizien und Lodomerien sowie die Bukowina mit Hilfe zeitgenössischer Quellen rekonstruierte.<sup>2</sup> Dieses Werk hatte ich bereits vor Jahren verschlungen und es fungierte für mich als ein Ariadne-Faden in die Geschichte dieser Region, die heute zum Teil Polen, zum Teil der Ukraine angehört und deren ethnische und kulturelle Vielfalt nicht zuletzt wegen der NS-Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs völlig zerstört wurde. Die Erkundung von Geschichte und Raum, die wir 1993 unternahmen, war trotz einiger organisatorischer Mängel wegen vieler guter Zufälle und wundersamer Begegnungen eine einmalige Erfahrung. Ein Zeitfenster schob sich auf und wir

<sup>1</sup> Siehe zum Wiener Tagebuch auch den entsprechenden Abschnitt in: Hazel Rosenstrauch: Beim Sichten der Erbschaft. Wiener Bilder für das Museum einer untergehenden Kultur. Mannheim 1992

<sup>2</sup> Martin Pollack: Nach Galizien. Von Chassiden, Huzulen, Polen und Ruthenen. Eine imaginäre Reise durch die verschwundene Welt Ostgaliziens und der Bukowina, Wien 1984

begegneten einem Enkel von Bruno Schulz in Drohobycz, fanden eine berühmte halbzerfallene Synagoge, einen archaisch-monumental anmutenden jüdischen Friedhof und Reminiszenzen an Josef Roth in Brody, standen an Massengräbern in den Karpatenwäldern, besuchten das Huzulen-Museum in Kolomea und wurden von dem jiddisch sprechenden und schreibenden Schriftsteller Josef Burg durch Czernowitz geführt. Und wir bekamen eine Ahnung von den polnisch-ukrainischen Konflikten der Jahre zwischen 1920 und 1950, über die in Deutschland damals wie heute wenige etwas wissen. Bilder von UPA-Leuten wie Stepan Bandera waren an manchen Gasthauswänden wieder zu sehen. Zum einjährigen Bestehen der Unabhängigkeit der Ukraine marschierten die Ukrainer in Lemberg mit wehenden Fahnen und Orchesterlautstärke auf, während sich die Reste der polnischen Bevölkerung der Stadt still in den katholischen Kirchen zusammenfanden und die wenigen jüdischen Bewohner einsam durch die Stadt stromerten. Aber ich greife mit diesen Erinnerungen ein wenig vor.

Anfang der 1980er Jahre brodelte es wieder in Polen, eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung entstand, die im Rückblick den Anfang vom Ende des Sowjetkommunismus bildete. Die Linke in der Bundesrepublik hatte mit der Solidarność ihre Schwierigkeiten; unser kleines Sozialistisches Büro versuchte in Offenbach eine große Solidaritätsveranstaltung zu organisieren, die aber leider ziemlich scheiterte, vor allem an mangelndem öffentlichen Interesse, im Grunde aber auch am Unverständnis für die polnische Situation und ihre Ursachen. Unsere wesentliche Interpretation war, etwas vereinfacht zusammengefasst, dass diese politische Bewegung den Sozialismus sowjetischer Prägung in Polen reformieren und eine Arbeiterselbstverwaltung einführen wolle. Da war vor allem der Wunsch der Vater des Gedankens, es war rückblickend eine unglaublich naive Annahme. Dass Polen aufgrund seiner Geschichte, seiner Kultur und Mentalität sowie der regionalen Machtkonstellationen eines der ungeeignetsten europäischen Länder für irgendwelche sozialistischen Experimente war, ist mir erst allmählich aufgegangen.

Mitte der 1980er Jahre lernte ich in der Kleinstadt am nördlichen Rande des Ruhrgebiets, in der ich damals lebte, die ersten Menschen aus Polen kennen, die aufgrund des Kriegsrechts und seiner Folgen nach Deutschland geflohen waren. In manchen persönlichen Gesprächen konnte ich mir allmählich konkretes Wissen über das Land und seine Bewohner aneignen. Und ich begann die polnische Exilliteratur, etwa einzelne Ausgaben der in Paris erscheinenden Zeitschrift „Kultura“ nach und nach zur Kenntnis zu nehmen. Ich las natürlich auch Jan Józef Lipskis berühmten Essay „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ und Czesław Miłoszs Lebenserinnerungen „West und östliches Gelände“, die in plastischer Weise und im Kontext seiner vielfältigen familiären Verhältnisse die komplexe Geschichte und Kultur des mittelosteuropäischen Raumes schilderten. Aber wenn man es genau betrachtet, waren es vor allem links, liberal und westlich orientierte polnische Intellektuelle, mit denen ich mich befasste. Dass sich das Denken dieser Personen von den Anschauungen und Narrativen der

polnischen Durchschnittsbevölkerung erheblich unterschied, konnte ich später mehrfach und manchmal auf schockierende Weise erfahren.

Es waren zwei weitere zeitgenössische Ereignisreihen in der Mitte der 1980er Jahre, die die Beschäftigung mit den (historischen) Verkettungen im sowjetischen Machtbereich und mit Polen befeuerten. Zum einen wanderte im Kontext des Historikerstreits das Bewusstsein über das Ausmaß deutscher Verbrechen im mitteleuropäischen Raum, insbesondere über den Mord an den polnischen und europäischen Juden, allmählich in eine breitere deutsche Öffentlichkeit (und mein Bewusstsein) ein. Zur gleichen Zeit wurde Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPDSU und es entwickelte sich bei den Beobachtern und Analysten europäischer Verhältnisse eine vorsichtig wachsende Ahnung, dass es vielleicht zu weitreichenden Veränderungen im Ostblock kommen könnte. Beide Prozesse wurden in der politischen Monatszeitschrift des SB, die „links“ hieß, damals ausgiebig beobachtet und debattiert.

In den Jahren 1988, 1989 und 1990 besuchte ich für jeweils acht bis zehn Tage Polen und konnte das Hinausgleiten aus dem „Sozialismus“ intensiv studieren. Es waren Expeditionen in einen bisher unbekanntem Raum. Ich kam mir ein wenig wie Humboldt am Orinoco vor, was einerseits meiner subkulturellen linken Milieuverhaftung geschuldet war, aber auch dem objektiven Umstand, dass doch sehr unterschiedliche Diskurswelten aufeinander trafen. Als wir in Warschau in konspirativer Manier einen polnischen Dissidenten trafen, den ein gemeinsamer Freund, der Mitte der 1980er Jahre ein Jahr in Posen studiert hatte, als Gesprächspartner vermittelt hatte, knallte dieser uns als erstes vor den Kopf, dass solche Leute wie wir in Polen sehr unbeliebt und wenig willkommen seien. Ich war verwirrt, verstand ich mich doch als linker, friedensbewegter, antinationaler und ökologisch gesinnter oppositioneller Bewegungsmensch in der Bundesrepublik und dachte, ich würde jetzt auf etwas irgendwie Verwandtes in Polen treffen. Verständigung sollte doch leicht sein, wenn man die Gesellschaft von unten verändern wollte. Was ich aber erstmal lernen musste, war die Unterschiede wahrzunehmen und zum nicht unerheblichen Teil auch zu akzeptieren.

Vieles war gewöhnungsbedürftig: nicht nur der unerschütterliche polnische Antikommunismus, sondern noch mehr das offensichtliche nationale Ressentiment gegenüber den Russen; die katholische Religiosität, die offenbar noch tief in den Zeiten vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil wurzelte und mir in seinen Praxisformen geradezu mittelalterlich erschien; der Nationalstolz und das abgründige und manchmal geradezu atavistisch erscheinende Geschichtsbewusstsein; das mir übersteigert dünkende Ehrgefühl; die merkwürdig höflichen Umgangsformen – der Handkuss war noch immer üblich. Dass ich als Deutscher nicht immer willkommen war, das hatte ich mir schon vorher ausgerechnet, und so haben mich Beschimpfungen als Hitlerist nicht weiter bestürzt. Ich traf auf gebildete und humorvolle Menschen, wunderte mich darüber, dass man abends in Breslau auf dem Rynek lauthals frei öffentlich diskutieren konnte und war als Wirtschaftswunderkind schockiert über das infolge des Niedergangs in den 1980er Jahren erbärmliche Warenangebot. In Krakau bestaunten wir die schöne

Altstadt, saßen in den Tuchhallencafés und fühlten uns wie nach Österreich-Ungarn zurückversetzt. In Warschau konnten wir die Enge einer polnischen Nachkriegswohnung und die dieser begegnende Erfindungsgabe ihrer Bewohner kennenlernen.

In vielerlei Hinsicht machte ich enttypisierende Erfahrungen. Zwei Personen, die uns in besonderer Weise 1988/89, also noch vor der Wende oder friedlichen Revolution, Polen und seine Beziehungen zu Europa erklärten, waren der spätere Botschafter Polens in Deutschland, Janusz Reiter, damals noch freier Journalist, und Kazimierz Wóycicki. Reiter analysierte in perfektem und schnellem Deutsch, so dass man kaum folgen konnte, die Situation in seinem Land und die Verhältnisse zu den umgebenden europäischen Regionen. Wóycicki redete schwer und manchmal dunkel in Andeutungen, erklärte uns Polen aus katholischer Sicht, während wir ihn in einen Vorort von Warschau zu einem Treffen fuhren. Er lebte in den 1980er Jahren zeitweise in Deutschland, kam aus dem Umfeld der „Klubs der katholischen Intelligenz“, deren immense Bedeutung ich in den kommenden Jahren bei verschiedenen Besuchen und Treffen mit seinen Vertretern in Warschau, Breslau und Krakau mir genauer erschließen konnte. Die Klubs stellten während der kommunistischen Zeit eine der wenigen kritischen Öffentlichkeiten dar, in denen unverstellt diskutiert werden konnte. Über Elisabeth Weber von den Grünen, die als Angehörige der 68er Generation eine maoistische Periode hatte, wurde der Kontakt hergestellt: interessante Brücken taten sich da auf. Manche Angehörige der Neuen Linken, die mit dem Sowjetkommunismus keinesfalls, sondern eher mit China sympathisiert hatten, erlebten einen Prozess der politischen Läuterung und wandten sich in den 1980er Jahren gerade den Oppositionsbewegungen in Mitteleuropa zu. Neben Elisabeth Weber gehörten z.B. auch Karl Schlögel, Gerd Koenen, Alexander von Plato, Antje Vollmer, Helga Hirsch und andere zu diesen Personen, die als kritische Historiker, Politiker und Intellektuelle halfen, den aus dem Gedächtnis fast verschwundenen mitteleuropäischen Raum wieder aufzuschließen.

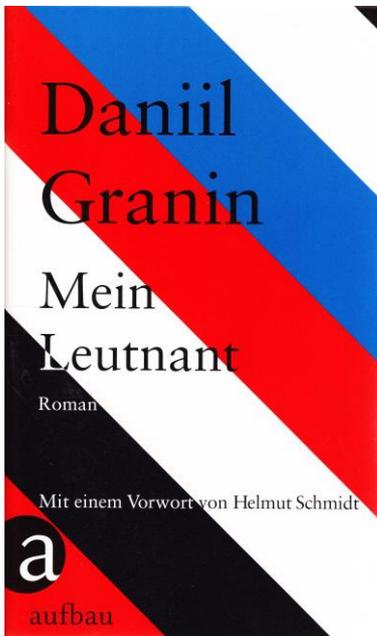
Einen ersten längeren Aufenthalt in einem kommunistischen Land hatte ich 1980 in der Sowjetunion. 1985 besuchte ich mit meiner Frau die USA für sechs Wochen. Beide Erfahrungen haben mir ein genaueres Bewusstsein davon vermittelt, was Europa, in den 1980er Jahren allerdings nur Westeuropa, ausmacht, sowohl empirisch als auch vom normativen Horizont betrachtet. Die Sowjetunion war eine Gesellschaft bestehend aus Staat, dominiert von einer Partei, und privater Sphäre, dazwischen so gut wie nichts. In den USA bildet das Privatleben ebenfalls einen sehr wichtigen Bereich, aber der Staat ist sehr schmal ausgeprägt und dazwischen: Organisationen, Initiativen, die sich unabhängig vom Staat komunitär engagieren. Der (unterschiedlich breit) ausgebaute Sozialstaat stellt eine westeuropäische Eigentümlichkeit dar, aber nicht ohne dass es auch eine nach den Protestbewegungen 1968 und dem Ende der südeuropäischen Diktaturen lebendig gewordene zivile Gesellschaft und unabhängige Öffentlichkeit gegeben hat. Dennoch lebte man in Westeuropa vor 1990 zwar mit der Selbstverständlichkeit von Demokratie und Freiheit, ohne sich des besonderen Wertes

oft bewusst zu sein. Die Bürgerbewegungen in Ostmitteleuropa, die seinerzeit die friedlichen Revolutionen erstritten, haben den Westeuropäern auch eine Schärfung der politischen Anerkennung und Wertschätzung von Redefreiheit und unabhängiger Öffentlichkeit, von Rechtswegegarantie und Schutz der Privatsphäre geschenkt.

Seit 1989 habe ich sehr viele Studienreisen und Gedenkstättenseminare durch die postkommunistischen Länder organisiert und etliche davon auch selbst geleitet. Fast alle Regionen Ostmittel- und Südosteuropas habe ich kennengelernt, aber Polen blieb mein Ankerland. Die Blicke aus der (früheren) Peripherie und die nötigen Vergleiche haben auch mein Verständnis von Deutschland und Europa geschärft und vertieft. Ich glaube mittlerweile ein recht guter Kenner der Geschichte, Mentalitäten und politischen Verhältnisse Polens und anderer postkommunistischer Gesellschaften zu sein. Aber es gibt auch immer wieder alte und neue Irritationen. Polen bleibt ein widersprüchliches und eigensinniges Land, dessen verbreitete Denkweisen und Habitusformen, wenn man so pauschal reden darf, einem Westeuropäer gewöhnungsbedürftig erscheinen. Für einen, der glaubt, die bürgerlichen Konventionen in Deutschland mit umgestürzt zu haben, sind das altmodische Ehrgefühl etwa und die fast barock anmutende Höflichkeit mitunter schwer anzunehmen. Befremdlich bleibt auch der Hang zu historischen Meistererzählungen, in denen zum Teil auch profane Gegenwartsprobleme durch geheiligte Geschehnisse, die Jahrhunderte zurückliegen, erklärt und bewertet werden.

Solche Differenzerfahrungen und anhaltenden Verwirrungen eines westeuropäisch Sozialisierten erstrecken sich übrigens nicht nur auf Polen, sondern auf die meisten mittel- und südosteuropäischen Gesellschaften. Umgekehrt gilt solches natürlich ebenso. Auch nach mehr als 25 Jahren Ende des sowjetischen Gesellschaftsmodells finden wir nachhaltig wirkende Denkweisen, kollektive Ängste und manchmal auch Obsessionen, die man weder ignorieren oder wegdiskutieren kann und denen zum Teil in der Tat tiefere Züge eigen sind. In den gegenwärtigen Konflikten der Europäischen Gemeinschaft kommen diese ständig zum Tragen, z.B. in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung kann diese Differenzen von Deutungen nicht löschen, hat aber in Momenten gelungener Praxis die bescheidene Möglichkeit durch Konfrontation und Dekonstruktion sie dem Zustand unbewusster tätiger Ausübung und dem inhärenten Fortsetzungshandlungszwang zu entreißen.

## Rezensionen



### ▼ Daniil Granin, **Mein Leutnant** Aufbau Verlag, Berlin 2015, 329 S.

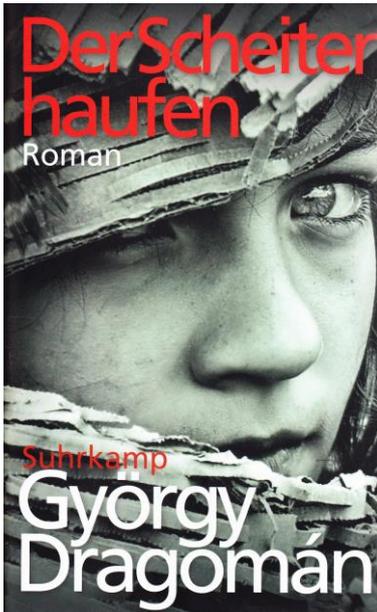
*„Gott hat euch mit Vergebung gestraft und uns mit dem Sieg ... Euch hat er mit Schande gebrandmarkt und uns mit dem Tod von Millionen der besten Menschen.“*

Daniil Granin, geb. 1919, ist einer der letzten Überlebenden der 900 Tage dauernden Blockade Leningrads durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, die mindestens eine Million Opfer forderte. Unter den Opfern waren hauptsächlich Zivilisten, die durch den systematischen Hungertod aufgrund der Belagerung durch die Heeresgruppe Nord dahingerafft wurden. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Frühsommer 1941 war es Hitlers erklärtes Ziel, diese „verhasste“ Stadt auszuradieren. So kam es zu einem beispiellosen Schrecken, in den auch hunderttausende junge Menschen gerieten. Der Ende 2015 verstorbene Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt stand damals auf der anderen Seite und würdigt im Vorwort die Erinnerungen

Granins als Paradigma für den „Fleischwolf“ des Krieges, aber auch für das Bewahren eines Restes an Menschlichkeit, ohne den eine gemeinsame Zukunft unmöglich ist.

Daniil Granin ist ein junger Mensch, der sich als Kriegsfreiwilliger völlig ohne militärische Ausbildung in den Krieg gegen die deutschen Belagerer stürzt. Wie Millionen mit ihm durchlebt er die Verwandlung des Menschen, vom Humanen zur „erbärmlichen, schrecklichen Kreatur“. Er mutiert zum Leutnant D., der selbstentfremdeten Schöpfung, wie sie nur der grausame Krieg hervorbringt. Der literarische Kunstgriff Granins besteht in der Entäußerung seines Ichs, sodass Leutnant D. gleichsam ein anderes Wesen mit fremden Gedanken und fremden Gefühlen wird. Leningrad wird wenige Monate nach Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ ab September 1941 belagert, aber eher durch Zufall nicht eingenommen, obwohl die Stadt für einen Tag offenstand. So beginnt eines der grausamsten Kapitel des Zweiten Weltkriegs. Die ausgesprochen atmosphärisch dichte Beschreibung des Überlebenskampfes, der Not und des Elends, der körperlichen und seelischen Strapazen sowie des Willens, dem allgegenwärtigen Tod aus dem Weg zu gehen, legt Zeugnis ab von der Wahrhaftigkeit der bloßen Existenzfrage in diesen permanenten Grenzerfahrungen. Doch Granin geht noch einen entscheidenden Schritt weiter. Er verurteilt massiv das Fehlverhalten der Sowjetführung und der Führung der Roten Armee, die unsinnigerweise Millionen junger Menschen in den Schlachten opferten. Das ist die eigentliche Botschaft Granins. „Die Soldaten jedoch hatten ihre eigene bittere Wahrheit: fliehende Truppen, die ihre Führung verloren hatten, eingekesselte Divisionen und Armeen, aus denen sie zu Zehntausenden in Gefangenschaft gerieten, verbrecherische Befehle von Kommandierenden, die ihre Vorgesetzten mehr fürchteten

als den Gegner.“ Granins Roman ist nicht nur eine paradigmatische Gratwanderung beim Kampf ums nackte Überleben eines jungen Sowjetsoldaten, sondern auch ein schonungsloser Abgesang an den Schrecken des Stalinismus und die Lügenmaschinerie der kommunistischen Sowjetunion. Für Granin gibt es noch eine metaphysische Botschaft: „Gott konnte nicht in diesem Himmel sein, der von Hass und Tod erfüllt war. Gott war hier, inmitten von Blumen, Larven, Käfern ...“ *gs*



**György Dragomán, Der Scheiterhaufen**  
Suhrkamp Verlag, Berlin 2015, 495 S.

*„Ich recke mich, setze mich auf, einen Moment lang denke ich, vielleicht sehe ich meinen Schädel an der Wand, meine Wirbelsäule und auch die verkohlten schwarzen Rippen im Brustkorb, aber nein, ich bin nur ein blass umrandeter, verwischter Schatten.“*

György Dragomán wurde in Siebenbürgen (Rumänien) als Kind ungarischer Eltern in Târgu Mureş/Marosvásárhely/Neumarkt geboren. Sein vielschichtiger, stets in der Ichform im Präsens sowie im Konjunktiv geschriebener Roman *Der Scheiterhaufen* ist ein wahres Kleinod ostmitteleuropäischer Literatur. Gänzlich ungewöhnlich ist die Perspektive eines männlichen Autors, der aus der Sicht eines dreizehnjährigen Mädchens, einer Vollwaise, die Geheimnisse ihrer Familie ergründet. Dragomán selbst war im Jahr der Handlung 1991 bereits 18 Jahre alt und lebt seit der Übersiedlung seiner Familie noch vor der Wendezeit im Jahr 1988 in Ungarn. Seine Protagonistin Emma ergründet eine zutiefst verstörende Entdeckung über die angeblich bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Eltern sowie die Lebensumstände der Großeltern. Was ist Wahrheit? Diese berühmte Frage von Pontius Pilatus hat eine besondere Bedeutung bei der äußerst wechsellvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die jüngere Geschichte Rumäniens ist geprägt von Vergessen, Verdrängen und Wiederkehr alter Muster des Hasses und der Rache. Muster der Wahrheitsfindung gehen einher mit Mustern der Vertuschung. Herkunft, Familiengeschichte, Erinnerung – nichts ist sicher, nichts ist wie es scheint. Wunden brechen auf, die Lüge ist nicht tot, sondern nur an der Oberfläche vergraben. Zeichen und Spuren führen wie ein *circulus vitiosus* zum Verborgenen, und langsam enthüllt sich das Unsagbare. *Der Scheiterhaufen* ist Tod und Katharsis, Läuterung und Reinigung, Zerfall und Aufklärung. Alles, was bewusst vergessen wurde, kehrt wieder. Dragomán benutzt dazu eine Reihe von Allegorien und Metaphern, um seine junge Emma durch die Welt der Verlogenheiten zur Erkenntnis der wahren Umstände des Todes ihrer Eltern sowie des rätselhaften Schicksals der Großeltern zu begleiten. Im Grunde genommen ist Dragománs *Der Scheiterhaufen* keine geschichtlich-politische Reflexion der brutalen Endphase des kommunistischen Regimes und der Schreckensherrschaft der Securitate sowie des chaotischen Übergangs, sondern viel mehr ein magischer Anti-Zauber, bei dem ein junges Mädchen sehr schnell erwachsen werden und zwischen den Guten und den Bösen abwägen muss. Dies alles wird wunderbar detailliert geschildert und lässt trotz des Grauens die Hoffnung nicht verschwinden. Die „Lüge ist tot, es lebe die Wahrheit ... die Knechtschaft ist tot, es lebe die Freiheit, das Böse ist tot, es lebe das Glück.“ gs

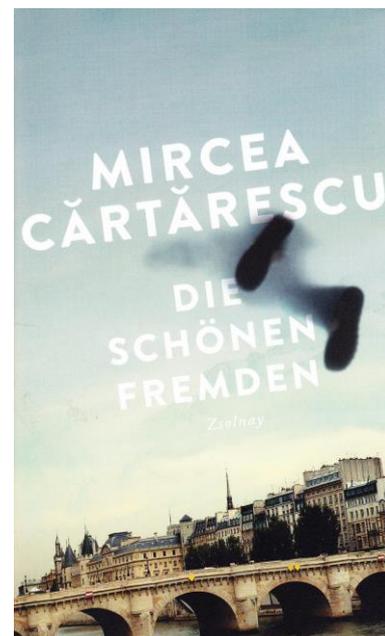
## Mircea Cărtărescu, Die schönen Fremden

Paul Zsolnay Verlag, Wien 2016, 303 S.

*„So aber haben wir unseren künstlerischen Traum zwischen Betonblocks verlebt, unter vor Hunger und Kälte verbiesterten Menschen, in einer Welt, die uns nicht mochte und mit unseren armen Gedichten nichts anfangen konnte.“*

Mircea Cărtărescu, geboren 1956 in Bukarest, ist ursprünglich Lehrer und Universitätsdozent für rumänische Literatur. Nach eigenen Aussagen ernährt er sich hauptsächlich von Nescafé. Neben dem Kaffee liegt immer einer von Millionen Kugelschreibern, aus denen Buchstaben, Wörter, Sätze, Absätze und Seiten fließen. Dem Alltagsleben in einer Plattenbausiedlung im kommunistischen Rumänien der 1960er bis 1980er sowie dem postkommunistischen Dasein seit den 1990ern in seinem „verhassten Bukarest mit den scheußlichsten Boulevards der Welt“ setzt er eine ausufernde Einbildungskraft entgegen, die die persönliche Geschichte und diejenige seiner Eltern – besonders die seiner Mutter – wie einen Urknall erscheinen lässt. In seiner grandiosen, über 1.800 Seiten umfassenden Trilogie *Orbitor* streift er beinahe beiläufig alle großen Fragen der abendländischen Philosophie. Haben wir eingeborene Ideen, die wir schon vor unserer Geburt besitzen? Ist unsere Seele unsterblich? Was ist Wahrheit in einem totalitären, gehirnwuschenden System? Gibt es überhaupt metaphysische Erkenntnis in einer Welt der abgründigen Rationalität?

Die schönen Fremden versammelt neben der Erzählung gleichen Titels zwei weitere Erzählungen (*Anthrax* sowie *Wie von Bacovia*). Sie erscheinen zwar leichter als die Romantrilogie, aber nicht weniger tiefgründig. Wie ein postmoderner Kafka wirkt Cărtărescu, wenn er von seinen Anfällen erzählt, in einem Päckchen, das ohne Absender aus Dänemark an ihn gesandt wurde, könne sich das Gift Anthrax befinden. So beginnt für ihn eine lächerliche und komische Odyssee bis ins Bukarester Polizeipräsidium. Es stecken viel Selbstironie und anarchistischer Witz in seinen sicherlich teilweise wahren Erinnerungen. Diese Art von leichter Ironie vermisst man leider bei den allermeisten kopflastigen deutschsprachigen AutorInnen. Cărtărescu macht keineswegs Halt vor der Entlarvung des rumänischen Kitsches und der banalsten Klischees. Die „nationale Eigenheit der Primitiven Europas“, das sind die „schönen Fremden“, die sich aufmachen, Westeuropa mit dem Stigma der vom Balkan kommenden Schriftsteller zu erobern. Seine „literarischen Fehler in [s]einen Büchern deprimieren [ihn], die wissenschaftlichen Fehler bringen [ihn] aus der Fassung“. Und es überkommt Cărtărescu sogar eine seltsame Nostalgie nach dem wahren Leben, auf das man in der sozialistischen Gehirnwäsche zurückgeworfen war. Heute „leben wir in einer gewissen Wirklichkeit, auf Messenger, auf YouTube und in World of Warcraft, wir legen uns falsche Namen und Identitäten zu, die allmählich wahrer werden als unser eigener Leib und unser eigenes Leben. Kopien ohne Original, Menschen ohne Glauben und Werte, auch wir leben irgendwie ... Aber wie zum Teufel sollte man jene Menschen nicht mitunter aus ganzer Seele beneiden, die als einziges Gadget ihr Schicksal hatten?“ gs





**Grigori Kanowitsch, Kaddisch für mein Shtetl**  
Aufbau Verlag, Berlin 2015, 509 S.

*„Der Mensch lebt, solange er sich an das erinnert, was er unter keinen Umständen vergessen darf“, wiederholte meine Mutter gern.“*

Grigori Kanowitsch veröffentlichte 2013 seinen wunderbaren Roman Kaddisch für mein Shtetl und eröffnet darin dem Leser einen „Fingerhut im Universum“, eine jahrhundertealte, verschwundene Welt der jüdischen Provinz in Litauen. Er sagt über sich selbst: "Ich bin kein jüdischer Schriftsteller, weil ich russisch schreibe, kein russischer Schriftsteller, weil ich über Juden schreibe, und kein litauischer Schriftsteller, weil ich nicht auf Litauisch schreibe." Sein Protagonist ist das jüdische Shtetl, in dem das osteuropäische Judentum mit seinem unverwechselbaren Kosmos wieder auflebt, auch wenn dessen Kultur im Totalitarismus und Rassenwahn des 20. Jahrhunderts untergegangen ist. Das Besondere an dieser Familiengeschichte ist die Klangfarbe, durchsetzt mit vielen jiddischen Volksweisheiten und einem lakonischen Witz, den

Kanowitschs Shtetl-Bewohner pflegen. Ganna-Maria Braungardt hat diesen Ton im Deutschen behutsam und sehr treffend nachgebildet.

Hauptfigur ist ein junger Schneider namens Schlejmke, der in den 1920er Jahren für zwei Jahre in die litauische Kavallerie eingezogen wird. Seine junge Liebe zu Chenka ist daraufhin einer harten Belastungsprobe ausgesetzt. Das „Alphabet des Unglücks“ fordert das junge Paar immer wieder heraus. Damit wird das Schicksal der osteuropäischen Juden während der Schreckensherrschaft des Dritten Reichs und auch des stalinistischen Terrors vorweggenommen. „Auf dieser ewigen Heimstatt der Toten lärmen nur verkümmerte Kiefern, wiegen sich schwarz die zerzausten Nester aufgescheuchter Krähen und schwirren Erinnerungen herum. Ich stehe unter ihren brennenden Strahlen und flüstere der geschenkten Spieluhr verwirrt etwas zu, drehe unaufhörlich ihre Kurbel, und die Bären und Hasen, die Füchse, Ponys und Kängurus stimmen ein in meine unermessliche Trauer und meinen Kummer.“ Kanowitsch geht es nicht um eine Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und der Rassenideologie, der die allermeisten seiner jüdischen Mitbürger zum Opfer fielen. Er erschafft die „verschwundene jüdische Galaxis“ und legt Zeugnis ab von der ethnischen Vielfalt und der Mitmenschlichkeit. „Es gab und würde in alle Ewigkeit, so schien es, nur diese nach frisch gemähtem Heu duftende Stille geben, nur diesen andauernden Wachraum unter dem Sternenhimmel, den kein gottloser Hass und kein Blutvergießen besudelten.“ Grigori Kanowitsch reiht sich ein in die Riege der großen postsowjetischen Schriftsteller wie Wassili Grossman, denn beide entlarven den menschenverachtenden Kern des Faschismus/Nationalsozialismus sowie des Stalinismus und beide halten die sokratische Idee des Guten und die platonische Idee der Unsterblichkeit der Seele für unzerstörbar. Keine fleischwolfartige Ideologie vermag das Wesen des Humanismus letztendlich zu vernichten. gs

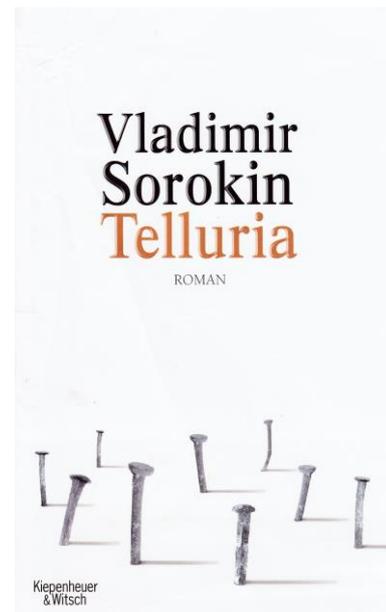
## Vladimir Sorokin, Telluria

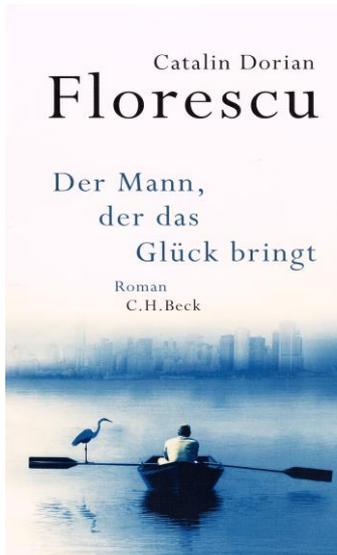
Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2015, 414 S.

„[V]or euch seht ihr die Drei Großen Glatzen, die drei großen Ritter, die den bösen Drachen vernichtet haben. Der erste von ihnen, dieser Verschlagene mit dem Spitzbart, erledigte das Russische Imperium, der zweite, der Brillenträger mit dem Fleck auf der Glatze, zerstörte die UdSSR, und dieser hier mit dem kleinen Kinn richtete das fürchterliche Land namens Russische Föderation zugrunde.“

Vladimir Sorokin gilt als enfant terrible der russischen Gegenwartsliteratur. Dies stellt er mit seinem versponnenen und leicht „abgespiceden“ Science-Fiction-Roman Telluria erneut unter Beweis. Schon sein früherer Roman Der Schneesturm war durchsetzt von Märchenhaftem und wies jede Menge Anspielungen auf die russische Literatur und Volkskunst auf. Gogol, Puschkin und Tschechow standen hier Pate. In Telluria, übersetzt von einem Kollektiv bestehend aus acht Übersetzern, ist der eurasische Kontinent nach Aufständen, Kriegen und dem Zerschneiden der herkömmlichen Staaten- und Bündniswelt in viele neu gegründete Einzelteile zerfallen. Die ehemalige Russische Föderation ist passé, die chinesische Macht sowie selbst die Taliban herrschen allerorten. Sorokins postmoderne Romankonstruktion besteht aus 50 lediglich lose verbundenen Kapiteln, die es dem Leser schwer machen, Ariadnes Faden in den Händen zu behalten. Telluria oszilliert zwischen mittelalterlicher Sage, Endzeitgemälde und Videogame. Progressive Rockbands wie Dream Theater hätten ihre helle Freude daran. Doch erschöpfen sich die Stilmittel Sorokins bald im Labyrinth von Raum und Zeit.

Im Zwergstaat SSSR, der Stalinistischen Sozialistischen Sowjetrepublik, herrschen Oligarchen und eine seltsame Symbiose von Mensch und Tier. Archaische Riten paaren sich mit neofuturistischem Idealismus. In einer solchen Welt kann man nur mit Hilfe der glückverheißenden Droge Tellur (einer Art neuem Crystal Meth) überleben. Und die autonome Bergrepublik Telluria ist dazu ausersehen, der ureigensten Sehnsucht des Menschen nach Erfüllung und Trost zu verhelfen. Putins jetziges Regime bezeichnet Sorokin als „theokratisch-kommunofeudalistisch“, der Kölner Karneval wird vom „Atem des Teufels“ behaucht, Verschwörungstheorien zum Untergang der Sowjetunion sowie des postkommunistischen Russlands beherrschen die Meinung der Menschen und ein „Wind des heiligen Krieges heult über Europa“. So müssen sich einige wenige Aufrechte dazu aufmachen, „die im Entstehen begriffene Legende des neuen Europa, die Hoffnung aller europäischen Christen, das Bollwerk geistiger Großtat und handfesten Heldenmuts“ zu neuem Leben zu erwecken. Hoffnung verschafft nur die seligmachende Wunderdroge Tellur. „Alles verblasst, alles schwindet und erlischt neben dem göttlichen Tellur. In der Welt der narkotischen Substanzen kennt dieses Produkt nicht seinesgleichen.“ Auch wenn sich Sorokin gern als Konzeptkünstler gibt, hängt seinem Roman etwas Unfertiges an, denn zu heterogen sind die einzelnen Kapitel, um bei allem Talent Sorokins einen großen literarischen Wurf ausmachen zu können. gs





**Catalin Dorian Florescu, Der Mann, der das Glück bringt  
C.H. Beck Verlag, München 2016, 327 S.**

*„Die oberste Plattform eines der höchsten Gebäude der Welt, mit nichts als dem nackten Himmel über sich und der menschlichen Unrast unter sich, wäre die Krönung für ein Leben gewesen, in dem sich die Träume nicht erfüllt hatten.“*

Mit Catalin Dorian Florescu taucht ein nicht unbekannter Schriftsteller mit seinem neuen Roman *Der Mann, der das Glück bringt* am Horizont der reichen europäischen Exilliteratur auf. Gerade aus Südosteuropa stammende Autoren (siehe auch Ilja Trojanow und Saša Stanišić), die in deutscher Sprache schreiben, bieten einen Facettenreichtum, der geradezu diametral zur ansonsten vielfach in der deutschen Literatur anzutreffenden Kopflastigkeit sowie zum plappernden und geschwätzigen Schweigen steht. Fast allein schon die südosteuropäische Herkunft bürgt für abwechslungsreiche und lesenswerte Geschichten. Nicht anders ist es bei Catalin Dorian Florescu, der 1967 in Timișoara in Rumänien geboren wurde und der seit 1982 in der Schweiz lebt. Es sind immer wiederkehrende Motive der Exilliteratur, die Florescu aufgreift und seinem Roman so einen paradigmatischen Handlungsstrang verleiht, zu einzigartig und daher lesenswert ist jede Lebensgeschichte, in der sich die Historie des 20. Jahrhunderts widerspiegelt.

Diametraler könnte der Gegensatz in Florescus Roman nicht sein: Die Fischerstochter Elena, die aus dem armen Donaudelta in Rumänien stammt, begegnet dem erfolglosen Künstler Ray in New York City, der Metropole, die wie keine andere für Aufstieg und Fall steht. Ihre Begegnung mündet im Kern in zwei Familiengeschichten, die beide in den Zauber der Donauwelten Rumäniens zusammenführt. Das Armenhaus Europas wird so schroff mit der Glitzer- aber auch Versagerwelt der „kapitalistischsten“ aller Metropolen der Welt konfrontiert. Doch überall suchen die Menschen nur nach Glück, und so entsteht ein „in sich ruhendes Panorama von Leben und Tod“, wie Florescu zutreffend anmerkt. Elena und Ray schweben zwischen „Himmel und Erde und zwischen Himmel und Wasser. Doch die Lage des Menschen war nie aussichtslos.“ So stark die zwei Welten auch aufeinanderprallen, so sehr ziehen sich die gegensätzlichen Schicksale der beiden Protagonisten an. Während Ray ziel- und orientierungslos durch die Zivilisation streift, versucht Elena das Vermächtnis ihrer Mutter zu bewahren und ihre Asche nach Amerika zu bringen. Hektik, Lärm und die permanente innere Unruhe des Großstadtmenschen prallen auf den in sich ruhenden „Atem des Deltas“. Dieser „begann mit dem sanften, trockenen Raspeln der Schilfrohre aneinander, dem Klappern der Störche und dem Rascheln der Weiden, Pappeln und Eschen. Es setzte sich im Rauschen der Wellen auf den großen Seen fort und gipfelte im Schreien und Rufen von Abertausenden Vögeln.“ *Der Mann, der das Glück bringt* ist schöne Literatur im wahrsten Sinne, positiv gestimmt, humanistisch, auf der Suche nach dem Glück sowie wunderbar konstruiert und montiert. gs

## Szczepan Twardoch, Drach

Rowohlt Verlag, Berlin 2016, 415 S.

*„In mich werden steinerne Grenzpfosten gerammt, es gibt Zollhäuser und Domy Celne, es gibt Schlagbäume, Grenzschützer und Strażnicy graniczni, aber Grenzen gibt es keine, die Grenzen sind nur in euren Köpfen.“*

Szczepan Twardoch, geboren 1979, legte bereits mit seinem Roman Morphin eine brillante literarische Gratwanderung vor. Schnell war man davon überzeugt, dass Szczepan Twardoch außerordentliches Talent besitzt und weder Tabus, hervorgebracht durch die polnische Legendenbildung, achtet, noch vor psychoanalytischen Tiefen zurückscheut. Sein neuer Roman Drach führt in die Geschichte Schlesiens, der eigentlichen Heimat Twardochs. Die allwissende Mutter Erde, einem Gott gleichend, erzählt die verworrene Geschichte von Josef Magnor, seinen Vorfahren und Nachkommen, seinen Träumen und seinen blutigen Ängsten, seinem Schicksal und seiner Bestimmung. Wild hin und her springend zwischen verschiedensten Jahreszahlen vom 19. bis ins 21. Jahrhundert eröffnet Twardoch ein Panoptikum ganz eigenwilliger Geschichtsschreibung Schlesiens, einer der umkämpftesten Regionen Mitteleuropas. Allein schon sprachlich ist Schlesien umstritten, nicht allein schlesisch, polnisch, deutsch oder wasserpölnisch, sondern ein Amalgam aus allem. Josef Magnor trägt von all dem etwas in sich und ist doch durch und durch in seiner Heimerde verwurzelt, so kann er zwischen den Grenzen, Nationen, Ideologien und dem Wahnsinn der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überleben. Und wer überleben will, muss auch bereit sein, Opfer zu bringen und sogar selbst zu töten. Josefs Großvater Otto kam aus Schönwald, dem heutigen Bojków, einem Stadtteil von Gliwice/Gleiwitz. Josefs Urenkel ist Nikodem Gemander, dessen Leben im heutigen Polen fahrig dahintrotet. Als erfolgreicher Architekt ist er der Prototyp des auch in der Ehebeziehung entwurzelten, „unrastigen“ (Olga Tokarczuk) modernen Menschen. Und immer wieder tritt die heimliche Heldin in Erscheinung. „Jetzt alle in der Erde, von der Erde geboren und in sie zurückgeehrt, aus Morast geboren und zu Morast geworden, und sie werden wieder auferstehen aus dem Morast, denn das Leben ist sehr lang, nur eben nicht das einzelne, sondern sein Zyklus.“ Für sie hat „alles eine Bedeutung, alles auf dieser Welt spricht für sich selbst und noch mehr, durch die Vögel, die Bäume, die verbrannten Panzer, Menschen und Steine spricht etwas, und ich höre diese Worte, es sind meine.“ Twardochs Erde quasi als pantheistischer Allgott, ganz im Sinne von Spinoza. Wie ein Drach-e speit sie die immergleichen Menschen aus, „der Quell und die Nahrung von allem, das einst geboren wird, und ein jedes ist die Nahrung von jedem. Ihr seid eins. Mit mir und mit euch.“ Szczepan Twardoch gibt sich gern etwas exaltiert und geckenhaft, das wirkt zwar mitunter aufgesetzt, ist aber nur eine Marketingmaske, hinter der sich ein großes literarisches Können offenbart. Auf seiner Facebook-Seite erscheint er mal als junger Hemingway, mal Van Gogh ähnelnd, mal als Boxer à la Klitschko oder gar als Polarexpediteur. Er sollte mal an der East Side Gallery, einem Rest der Berliner Mauer, entlangspazieren und würde dabei merken, dass ein Kunstwerk ihn besonders ansprechen würde, das „Leben im Dazwischen“. Denn Twardoch lässt sich mit seiner Literatur nicht beliebig verorten und auch seine Heimat Schlesien ist ein Ort des Dazwischen. Im provokanten Dazwischen, darin liegt seine ganz große Stärke! gs

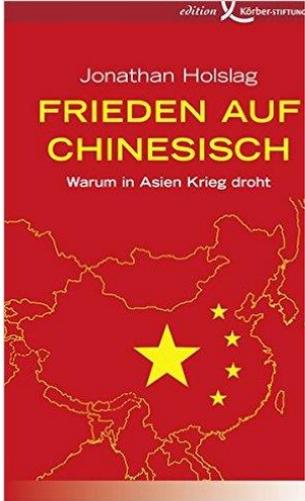


**Jonathan Holslag: Frieden auf Chinesisch. Warum in Asien Krieg droht.**  
 Edition Körber-Stiftung. Hamburg 2015, 289 S.

Jonathan Holslag, Professor für Internationale Politik an der Freien Universität Brüssel und ausgewiesener Experte für internationale politische Ökonomie, regionale Sicherheit in Asien und die europäisch-asiatischen Beziehungen, legt hier in deutscher Übersetzung eine Studie vor, die sich auf eine breite Quellenbasis und auf eine langfristige Beschäftigung mit einer Thematik stützt, die im europäischen Raum eher stiefmütterlich behandelt wird.

Das Buch besteht außer dem Vorwort und einigen Übersichtskarten, die die komplizierten geographischen und geopolitischen Verhältnisse in den chinesischen Grenz- und Küstenregionen wiedergeben, aus neun chronologisch angeordneten Kapiteln, in denen die neueste politische und wirtschaftliche Geschichte Chinas und seiner Nachbarn seit dem Bürgerkrieg und der Machtübernahme durch Mao Zedong und seine reformerischen Nachfolger schwerpunktmäßig rekonstruiert wird. Dabei macht der Autor bereits in seinem instruktiven Vorwort deutlich, dass der von ihm gewählte dramatische Buchtitel durchaus keine Übertreibung darstellt. Es gehe ihm aber keinesfalls um einseitiges China-Bashing, denn für die Wahrscheinlichkeit eines Krieges in Asien spreche nicht nur die rasante Entwicklung des Landes zu einer dominanten und zukünftig vielleicht hegemonialen Wirtschaftsmacht, sondern ebenfalls die nicht minder starken Ambitionen der übrigen involvierten (Groß)Mächte. Dass China eine flexible Diplomatie ohne Kompromissbereitschaft betreibe, sei eben nicht nur für das Reich der Mitte charakteristisch. Dies gemahnt an die alte chinesische Sentenz: des „Taoguang yanghui“ (Versteck das Licht, nähere die Dunkelheit) oder in der modernen Version von Deng Xiaoping: „Verbirg deine Stärke und warte ab“.

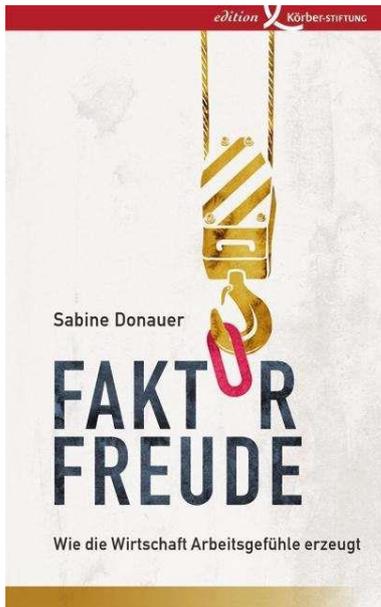
Allerdings geht diese Lehre der Mäßigung und Zurückhaltung, die über drei Jahrzehnte verbindlich blieb, ganz offensichtlich ihrem Ende entgegen. Denn seit Jahren verstärkt China seine Präsenz im Südchinesischen Meer und erhebt Anspruch auf ein riesiges Seegebiet, das durch die sog. „nine-dash-line“ markiert wird. Der Hauptrivale und die bisherige Hegemonialmacht in dieser Region sind die USA. Der Einsatz ist hoch: über 30 Prozent des Welthandels werden über das Südchinesische Meer abgewickelt, die Hälfte aller Öltransporte werden hier verschifft und unter dem Meeresboden lagern gewaltige Öl- und Gasreserven. Inzwischen empfindet China die Hinwendung der USA zum Pazifik sowie die Unterstützung seiner Hauptverbündeten Japan, Südkorea und Taiwan als Einkreisung. Die Rivalität zwischen beiden Großmächten könnte – so die Überzeugung namhafter Experten (z. B. Graham Allison) – mittelfristig zu einer (auch kriegerischen) Konfrontation führen, zumal beide Großmächte davon ausgehen, dass sie legitime Interessen verfolgen. Diese Auffassung wird auch von Jonathan Holslag geteilt, der einem strukturellen Ansatz folgt und für den das vorhandene Sicherheitsdilemma die entscheidende Rolle spielt: Wenn ein Land versucht seine Sicherheitslage zu verbessern und an Macht gewinnt, geht damit unweigerlich ein Verlust an Macht und Sicherheit für



andere einher. (S.10) Mit anderen Worten: ähnlich wie China handeln u.a. auch die USA oder Japan. Holslag erteilt allen politischen Optimisten, die angesichts dieser Lage an eine (auf Handel und politische Verträge gestützte) friedliche Entwicklung in Asien glauben, eine Absage. Allerdings hegt er die Hoffnung, dass die düstere Aussicht auf Krieg, die in der Regel von Repräsentanten realistischer Denkschulen aller Couleur vertreten wird, vielleicht einen Anreiz bieten kann, umzudenken. Hierzu müssten ernsthafte Anstrengungen zur Lösung von Territorialkonflikten unternommen und ein Wirtschaftsmodell entwickelt werden, das eine Alternative zur neuen destruktiven Realität im Industriesektor und beim Zugang zu Rohstoffen bieten könnte. Sollte dies nicht geschehen – so die These des Autors – werde ein Krieg in Asien immer wahrscheinlicher. Dementsprechend zeigt Holslag in den ersten vier Kapiteln seines Buches auf, dass China seinen Nachbarn gegenüber auf militärischem Gebiet zwar mehr Zurückhaltung geübt und der wirtschaftlichen Entwicklung mehr Raum eingeräumt habe, indem die Idee einer für alle vorteilhaften Arbeitsteilung zur Förderung des Friedens an den eigenen Grenzen propagiert wurde. Gleichzeitig sei die Politik Chinas aufgrund des konsequenten Festhaltens an den sog. vier großen Bestrebungen aber stets revisionistisch geblieben, da Peking konsequent eine Neubestimmung der Macht und eine Neugestaltung der globalen Ordnung anstreb(t)e. Bei den oben genannten vier großen Bestrebungen handelt es sich bekanntlich um die Kontrolle über umstrittene Grenzregionen wie Tibet und Xingjang, den Aufbau einer erfolgreichen Wirtschaft, um die Führungsrolle der KP zu gewährleisten, den Erhalt der eigenen Souveränität durch den Widerstand gegen die Einmischung der Großmächte sowie um die Rückgewinnung verlorener Gebiete wie Taiwan und die Inseln im Südchinesischen Meer. Die damit verbundene Strategie des Machtausbaus ist aber weder mit den Sicherheitsinteressen der Nachbarländer noch mit den Privilegien vereinbar, die die führenden Staaten der gegenwärtigen globalen Ordnung – in erster Linie die USA – genießen.

Dementsprechend führt der Autor aus, dass China, sollte es diesen Kurs fortsetzen, geradezu gezwungen sei, die internationale Ordnung zu ändern, weil die gegenwärtige Machtverteilung nicht zulasse, dass es seine Interessen verwirklichen könne. (S.37) Diese Thesen entwickelt und belegt der Autor in den sich anschließenden Kapiteln über das Vorherrschen einer trügerischen Harmonie zwischen China und seinen Nachbarn, die Etablierung einer enormen chinesischen Wirtschaftsmacht, die aber dem Risiko massiver Rückschläge ausgesetzt bleibt sowie den erbitterten Wettstreit um den Pazifik, der von China nur dann gewonnen werden könne, wenn die Vorherrschaft der Amerikaner und ihrer Verbündeten in diesem Raum gebrochen wird.

Das Buch endet mit dem pessimistischen Fazit, dass auf Asien eine weitere Tragödie der Großmachtpolitik zukomme, von der allerdings nicht nur China betroffen sein werde. Den Kern aller Großmachttragödien fasst Holslag aber so zusammen: „Wir glauben es verhindern zu können, während wir es in Wirklichkeit nicht können, und schieben deshalb anderen die Schuld zu, weil sie ihren Beitrag schuldig bleiben.“ Fürwahr keine guten Aussichten, sollte sich dieses durchaus realistische Szenario erfüllen. zw



## Sabine Donauer: Faktor Freude. Wie die Wirtschaft Arbeitsgefühle erzeugt.

Edition Körber-Stiftung. Hamburg 2015, 241 S.

Die vorliegende Publikation geht auf die 2013 preisgekrönte Dissertation der Autorin zurück und spiegelt in Auszügen die mehr als 100jährige Geschichte der „Arbeitsgefühle“ wider, die um 1900 entdeckt wurden und die deutsche Arbeitswelt seitdem aufs Engste begleiten. Das Buch besteht außer dem kurzen Prolog und einem überschaubaren Anmerkungsapparat aus drei unterschiedlich langen, chronologisch geordneten Kapiteln. Die Überschriften der beiden ersten Kapitel „Von der Last zur Lust“ und „Geschichte der Arbeitsgefühle“ spiegeln bereits die von der Wirtschaft und den Betrieben intendierte emotionale Beeinflussung der deutschen Arbeitnehmerschaft in ihren ideologischen und historischen Kontexten wider. Das dritte Kapitel, das den Titel „Weniger ist mehr“ trägt, beinhaltet dann allerdings ein Desiderat, das dazu auffordert, angesichts eines fragmentierten Arbeitsmarktes und einer bedingungslosen Ausbeutung humaner und natürlicher Ressourcen von dem eingeschlagenen, auf permanentes Wirtschaftswachstum und konsequente Umverteilung von unten nach oben ausgelegten Pfad des Schneller, Weiter, Höher abzuweichen.

Dabei rekonstruiert die Autorin vier grundsätzliche Entwicklungslinien, die die drei Kapitel wie ein roter Faden durchziehen. Donauer stellt fest, dass es durch die zunehmende Rationalisierung der Wirtschaft und der Betriebe in den letzten 100 Jahren zu einer Desomatisierung gekommen sei, also zu einem „Verschwinden“ des Körpers des Arbeitnehmers, dessen Belastbarkeit in der Diskussion der Wirtschafts- und Betriebslenker immer stärker in den Hintergrund gedrängt wurde. Dies war nicht nur das Ergebnis einer humaneren Ausstattung von Industriearbeitsplätzen, wie sie sich aus der zunehmenden Technisierung und der damit verbundenen Entlastung von einst schwerer physischer Arbeit ergab, sondern sei – so die Grundthese der Autorin – in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen, dass die mit der Arbeit verbundenen Emotionen von den Arbeitgebern ökonomisiert, rational erfasst und bearbeitet wurden. Schon Jahrzehnte vor dem Corporate-Identity-Konzept definierte man in der Weimarer Republik (DINTA, Deutsches Institut für Technische Arbeitsschulung) und im 3. Reich (DAF, Deutsche Arbeitsfront) die Arbeit nicht mehr als Last, sondern als Lust, die sich nicht in einem Zweck-, sondern in einem Lebensraum vollziehen sollte. Gleichzeitig wurden die einst aufgrund des Drucks der Arbeiterbewegung entstandenen sozialen Einrichtungen, vor dem 1. Weltkrieg etwa bei Krupp oder Siemens, immer stärker zurückgefahren. Die Arbeiter wurden zu „Mitarbeitern“ umdefiniert, die man durch eine wertschätzende Ansprache dazu bringen wollte, sich mit „ihrem“ Betrieb zu identifizieren und hinter seinen Produkten zu stehen (Betriebsstolz). Der auf die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Leitung und Arbeitnehmenden zielende Human Relations-Ansatz wurde nach dem 2. Weltkrieg – unter dem Einfluss amerikanischer Managementtheorien – zum Human Resources-Ansatz, bei dem die Kapazitäten und das Potenzial der einzelnen Mitarbeitenden erkannt

und gefördert werden sollten. Anstelle eines aus der Existenzangst abgeleiteten Arbeitsbegriffs trat nun ein Motivationsgefüge, bei dem die Arbeit nicht mehr als Mühsal, sondern als Freude und persönliche Herausforderung verstanden wurde. Der Arbeiter als statischer „thermodynamischer Apparat“ hatte ausgesorgt und mutierte nun endgültig zum motivierten flexiblen Willenswesen, das seine Existenz und sein Glück über die Arbeit definiert. Das Modell des feststehenden Charakters wurde durch die Idee der Steigerungsfähigkeit ersetzt. Stressbewältigung wurde zur privaten Angelegenheit des Arbeitnehmers (Yoga, Jogging, Qigong) erklärt, postuliert wurde die These, dass, wer dem Stress ausgesetzt ist, umso widerstandsfähiger wird.

Diese Desomatisierung der Arbeitswelt war aufs Engste mit dem durch die Betriebsleitungen propagierten Postulat der Dematerialisierung verbunden, das besagte, dass Arbeitnehmer nicht nur durch Geld motiviert werden. Die expandierende Wirtschaftswelt der Nachkriegsjahre forderte eine Ausdehnung menschlicher Arbeitsressourcen, Mensch und Natur sollten immer produktiver werden. Luxusgüter wurden zu Notwendigkeiten, die Erwerbswirtschaft zu einer Bedarfsdeckungswirtschaft, der Arbeiter zum Konsument, der die Überproduktion aufnehmen sollte. So waren die Lohnsteigerungen aus den Wirtschaftswunderjahren zu erklären. Das Ziel der deutschen Unternehmen, Produktion und Absatz permanent zu steigern, setzte allerdings einen Typus von Arbeitnehmer voraus, der in den 1970er Jahren durch entsprechende Motivationstheorien entworfen wurde: Die Arbeitnehmenden sollten aus sich selbst heraus positive Arbeitsgefühle generieren, zu unermüdlichen, steigerungswilligen, neuen Herausforderungen trotzen, verantwortungsbewussten Individuen erzogen werden. Der Begriff der Klassenzugehörigkeit wurde geächtet, zum Unternehmen sollte ein partnerschaftliches, auf gegenseitiger Wertschätzung beruhendes Verhältnis bestehen. In manchen Großbetrieben kam es sogar zur kontraproduktiven Überproduktion von individualisierten Ellenbogen-Typen.

Instrumente der Betriebsleitungen wurden nunmehr die persönliche Ansprache, die Honorierung individueller Leistungen, Feedback-Gespräche sowie eine personalisierte Leistungsvermessung. Diese Form der Arbeitsethik – so Donauer – ist in Deutschland mittlerweile tief verankert. Das Mantra vom glücklich machenden Beruf ist allgegenwärtig, Arbeits- und Lebensfreude scheinen eine Einheit zu bilden, die „Helden/innen der Arbeit“ verzichten schlichtweg auf ihr Privatleben.

Allerdings gibt es seit Jahrzehnten und mit zunehmender Tendenz – selbst für hoch qualifizierte Arbeitnehmer – keine verlässlichen Einkommen und keine sicheren Arbeitsplätze mehr. Anstatt gebührender materieller Entgeltung haben wir es mit Feel-good-Rhetorik zu tun: Die (schlecht bezahlte) Leiharbeit hat sich unter jungen Beschäftigten nahezu verdoppelt, jede zweite Neueinstellung ist befristet, über 60% der jungen Beschäftigten unter 30 Jahren arbeiten zu prekären Bedingungen, erhalten Niedriglöhne unter 1.500 Euro brutto und/oder sind in atypischen Beschäftigungsverhältnissen angestellt. (S.160) Auch die Bildung stellt keine Garantie für den individuellen Aufstieg dar, denn – wie Hans-Ulrich Wehler konstatiert – hat sich

die Wirtschaftselite in ihrem sozialen Konzentrationsprozess immer weiter vom Ideal der offenen Leistungselite entfernt. Während die Wirtschaft zwischen 2005 und 2011 um 10% gewachsen ist, sind die Einkommen von Akademikern, Facharbeitern und Sachbearbeitern inflationsbereinigt um 4% gesunken. Für Top-Manager gilt allerdings eine andere Logik: ihre (immensen) Gehaltszuwächse werden mit dem Zuwachs an „Verantwortung“ gerechtfertigt.

Ergänzt werden die Prozesse der Desomatisierung und Dematerialisierung um den Prozess der Dynamisierung, der die ständige Veränderungsbereitschaft und den absoluten Willen, sein Potential lebenslang und maximal zu entwickeln, zur Norm hat. Bei Microsoft etwa gibt es die Losung von der „Vergrößerung des eigenen Selbst“. Das lange gültige Work-Life-Balance-Konzept ist vom Work-Life-Blend-Konzept abgelöst worden, das sich so charakterisieren lässt: Zu Hause arbeiten und in der Arbeit auch Privates erledigen können. Der dabei erzeugte Druck, der aus dem Versprechen jährlich steigender Aktiengewinne resultiert, die wiederum nur durch die Rationalisierung des Personalfaktors zu erzielen sind, wird durch Leistungsbeurteilungen und Zielvereinbarungen ausgeübt, die – so Donauer – nur um den Preis des drohenden Burn-outs zu erfüllen sind. (S.166) Somit subventionieren die Mitarbeitenden durch ihre investierte Freizeit stattliche Unternehmensgewinne. Erholungszeiten werden nicht genommen, was der Desomatisierung entgegenkommt, etwa in den USA, wo unbezahlte Überstunden auf der Tagesordnung stehen und nur 13% der Angestellten ihren Jahresurlaub nehmen. Inzwischen gibt es den durchaus positiv besetzten Begriff des „Erschöpfungsstolzes“, arbeitet man sich manchen Ortes freiwillig krank oder gar zu Tode. Und da eine Reduzierung der Belastungsfaktoren in einer Steigerungsökonomie nicht in Frage kommt, soll stattdessen die sog. Resilienz der Arbeitnehmer – also deren psychische Widerstandskraft – gesteigert werden. Denn exponentielle Wachstumsziele sind nur dann erreichbar, wenn das „Humankapital“ Mensch keiner Begrenzung unterliegt, sondern dehnbare Potenzial darstellt. Sollte sich dieser – bisher ungebremste – Trend fortsetzen, so sei man zukünftig auf Erschöpfung abonniert, egal, ob Bandmitarbeiter oder Manager. (S.186)

Schließlich beschreibt Donauer den Trend zur zunehmenden Individualisierung des Arbeitslebens, der sich besonders bei jungen Arbeitnehmern durchgesetzt hat. Hier ist es zur Verinnerlichung neoliberaler Argumentationsmuster gekommen, zu einer Entsolidarisierung hohen Ausmaßes, bei der nur noch die eigene Zukunft und die eigene Karriere im Vordergrund stehen. Allerdings weist diese Entwicklung in eine sehr bedenkliche Zukunft, in der mehr oder minder feste Arbeitsplätze durch Projekt-Arbeitsbörsen ersetzt werden. Die Einzelkämpfer auf einem vollkommen individualisierten Arbeitsmarkt werden dann zu global im Netz –aber ohne soziale Netze – operierenden Click-Workern (man denke nur an die von Peter Hartz erfundenen „Ich-AGs“), bei denen sich dann die bislang noch angewandten Emotionalisierungsstrategien erübrigen.

Dieses (noch) zukünftige Horrorszenario sei um die folgende, unsere Gegenwart bereits seit geraumer Zeit bestimmende Zustandsbeschreibung ergänzt: Das Geld fließt in Deutschland in eine höhere Vergütung des Faktors Kapital statt des Faktors Arbeit, die Kapitalbesteuerung wurde im Unterschied zu Lohn- und Verbrauchssteuern abgesenkt, man leistet sich als einziges Land in Europa den Luxus, auf die Vermögenssteuer zu verzichten, die Renditeerwartungen übertreffen bei weitem das Wachstum des BIPs, was für zusehends schlechtere Arbeitsbedingungen sorgt, und inzwischen arbeitet in Deutschland bereits jeder Dritte in Teilzeit, befristet, als Leiharbeiter oder in einem Minijob. Trotz entsprechender Qualifikation bleiben die Arbeitsverhältnisse volatil, lukrative Jobs sind mit dem Phänomen der sozialen Schließung verbunden und der Klassenhabitus ist wichtiger als Bildungszertifikate. Angesichts dieser den Sozialstaat massiv aushöhlenden Entwicklungen ist es verwunderlich, dass es keine entschiedenere Gegenwehr der Arbeitnehmer und Gewerkschaften gibt, wie das in anderen europäischen Ländern durchaus der Fall ist. Offenbar wird in Deutschland akzeptiert, dass man trotz größerer Leistung weniger Lohn erhält, was nicht nur mit der Angst vor möglichem Arbeitsplatzverlust erklärt werden kann, sondern ganz offensichtlich aus dem Umstand resultiert, dass die Masse der deutschen Arbeitnehmenden die emotionale Ordnung der bestehenden Wirtschaftsordnung internalisiert hat.

Zwar nimmt man die beunruhigenden Nachrichten über eine im 21. Jahrhundert beispiellose Ausbeutung humaner und natürlicher Ressourcen (Verarmung, soziale Spreizung, Volkskrankheit Burnout; Klimaveränderung, Wasser-Nachfrage, Dürren, Hunger und erhöhter Migrationsdruck) wahr, zieht aber nicht die längst fälligen, existenziell notwendigen Konsequenzen: eine global höhere Besteuerung der Vermögen sowie eine weltweite Reduktion von Produktion und Konsum. Dabei liegen die Vorteile eines Weniger statt des Alles Immer auf der Hand: neben der Sicherung menschenwürdiger Zukunftsperspektiven bestünde die durchaus reale Option, unsere Konsumkultur in eine Kultur des Zeitwohlstands zu verwandeln. „Dafür“ – so das Fazit der Autorin – „müssen wir uns jedoch von jenen emotionalen Verheißungen frei machen, in die wir über hundert Jahre lang hineinsozialisiert worden sind: namentlich von dem Versprechen, dass gesteigertes Arbeiten und Konsumieren glücklicher macht als mehr freie Zeit mit Freunden, Familie und Muße für sich selbst.“ (S.216)

Dieses spannende Buch ist in einer gut verständlichen, leserfreundlichen Sprache verfasst, die Analysen, Interpretationen und Wertungen der Autorin sind sachlich und plausibel, ihr Fazit ernüchternd. Denn es ist in der Tat sehr fraglich, ob sich der von unseren Wirtschafts- und Machteliten gepflegte und uns allen erfolgreich vermittelte, mittlerweile aber zerstörerische Mythos von der Notwendigkeit ständigen Wachstums in einer von Gier und Angst geprägten kapitalistischen Welt mit Hilfe menschlicher Vernunft dekonstruieren lässt, und wir in der Lage sind, einem nachhaltigen, vernünftigeren und humaneren Pfad zu folgen. zw



## Uwe Hirschfeld (Hg.): Erinnern wozu? Beiträge zur politisch-historischen Bildung.

LIT Verlag, Berlin 2015, 158 S.

Die in diesem Buch veröffentlichten Artikel sind Ergebnis der ersten geschichtspolitischen Tagung der Evangelischen Hochschule Dresden (ehd), die im Mai 2014 stattfand. Sie verstehen sich als kompetente Einführung in politisch-historische Bildungsarbeit und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Im Zentrum steht die Frage, ob, wozu und wie man sich erinnern soll? Die hier veröffentlichten Beiträge sollen – so der Herausgeber Uwe Hirschfeld – zu einem aktiven sowie kritischen Umgang mit Geschichte auffordern. (S.7)

Der erste einführende, umfangreiche und richtungsweisende Beitrag von Bodo von Borries setzt sich mit der kommunikativen und kulturellen Dimension der Erinnerung an den Nationalsozialismus auseinander. Im Zentrum der Erörterung steht die Frage nach dessen Historisierung, angesichts der Tatsache, dass nach Ende des 2. Weltkriegs mittlerweile die vierte Generation junger Bio- und Bindestrichdeutscher sowie in und außerhalb Deutschlands lebender Europäer –in welcher Form auch immer – an den Nationalsozialismus „erinnert“ wird. Der Autor relativiert in diesem Kontext u.a. die Bedeutung des Verlusts letzter Zeitzeugen, rekapituliert die traditionellen Codierungsformen von Historie (Grafik 1, S. 19) und kommt zu dem keineswegs überraschenden Zwischenergebnis, dass es gerade im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ohne Geschichtswissenschaft als prüfende, vergleichende, austauschende und diskutierende Instanz nicht gelingen werde, aufklärerisch zu wirken. Gleichzeitig wirft er die berechnete, aber kaum adäquat zu beantwortende Frage auf, ob es in Europa und anderswo überhaupt ein allgemein verbindliches Verständnis von „wissenschaftlicher Historie“ gibt? Im Folgenden beschreibt von Borries – ausgehend von der Tatsache, dass Geschichte viel mehr als ein kognitiver Prozess ist – Grundfunktionen und Wirkungsweisen von Historie (Grafik 2, S.22) sowie Mentale Dimensionen des Geschichtslernens (Grafik 3, S.23). Dabei werden hinsichtlich der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus solch schillernde und zuweilen ambivalent verwendete Begriffe wie Schuld, Verantwortung, Haftungsbereitschaft, Scham, Beschämungsabwehr und Verbrechenverleugnung diskutiert. Aufschlussreich sind die Ausführungen des Autors im Hinblick auf die deutsche Einwanderungsgeschichte, zumal – so seine feste Überzeugung – die Geschichtskultur in Deutschland (nicht die deutsche Geschichtskultur!) auf Heterogenität und Hybridität der Identität ihrer Subkulturen reagieren muss. Hieraus entwickelt er vier Konzepte der Inhaltsauswahl für Geschichtslernen in der „Einwanderungsgesellschaft“ (Grafik 4, S.27). Hierin wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sich Deutschland fundamental „umtauscht“ (nicht abschafft), was für die Geschichtskultur entsprechende Konsequenzen haben muss. Besonders aufschluss- und hilfreich sind in diesem Kontext die vom Autor katalogisierten Fehlformen historischen Lernens (Grafik 6, S.34-35) sowie die von ihm entwickelten Typen von Fehlverarbeitung „Belastender Geschichte“ (Grafik 7, S.36) und die Übersicht über „Mentale Strategien der Historischen Versöhnung“ (Grafik 8,

S.37). Zusammenfassend kommt von Borries, nachdem er die Prozesse von Rekonstruktion und Dekonstruktion in einem anschaulichen Schema von Teiloperationen historischen Erkennens und Lernens dargestellt hat (Grafik 9, S.38) zu folgendem Zwischenergebnis: „Geschichte in aufklärerischer Absicht ist – normativ gesprochen – ‚alternativlos‘, wenn man Frieden, Freiheit, Wohlstand und Naturschonung – also Überleben und gutes (menschwürdiges) Leben – ein wenig fördern will!“ (S39) Und bei Berücksichtigung des Beutelsbacher Konsenses sowie des Anspruchs, Geschichte denken zu lernen, zu folgendem abschließenden Fazit: „Schuldbewusstsein und Schamgefühle wegen der NS-Geschichte, so sie denn weiter in Deutschland allgemein verbreitet wären, garantieren noch keine perfekte Verbrechenverarbeitung. Aber Selbstzufriedenheit und Bequemlichkeit, wenn sie aus angeblich „bewältigter“ Geschichte entspringen, können geradezu zum Merkmal fehlender Verbrechenverarbeitung erklärt werden.“(S.46)

An diesen fundierten Referenzbeitrag schließen sich Texte unterschiedlicher Länge an, in denen – zumeist unter Berufung auf Autoren der Frankfurter Schule und psychoanalytisches Schrifttums – auf Theorien, Projekte und Methoden historisch-politischer Bildung eingegangen wird. Dietfrid Krause-Vilmar setzt sich mit der Geschichtswerkstatt als inzwischen gut etabliertem Ort politisch historischen Lernens auseinander und erläutert dies am Beispiel eines Projekts der Universität Kassel, bei dem sich die Teilnehmenden mit dem bei Guxhagen gelegenen einstigen KZ Breitenau beschäftigten. Am Beispiel der sog. Soldaten-Matrix fragt der in Israel wirkende Therapeut Robi Friedman nach der Zukunft der Erinnerungsarbeit, während Nora Goldenbogen über den Umgang der jüdischen Gemeinde zu Dresden mit der Schoah und die damit verbundenen Vermittlungsansätze berichtet. Dem Widerstand in Sachsen, der 2013 in einer Ausstellung des DGB dokumentiert wurde, ist der Aufsatz von Willy Buschak gewidmet. Hieran schließt sich der ausführliche Aufsatz von Wilhelm Schwendemann an, in dem der Autor zunächst das menschliche Spiegelneuronensystem – also das Zusammenspiel bestimmter Emotionen mit bestimmten Kognitionen – behandelt, um dann nach einer intensiven Diskussion solcher Begriffe und Verhaltensmodi wie Empathie und Mnemozid sowie der Präsentation des wohlbekannten Dilemmas, ob und wie man aus der Geschichte lernen kann, sein eigentliches Projekt vorzustellen. Dabei handelt es sich um die Auswertung von zwischen 1993 und 2012 durchgeführten Besuchen der Gedenkstätte Auschwitz, an der Jugendliche, Betreuer/innen, Erwachsene und Medienvertreter/innen teilnahmen. Die schriftlichen Aussagen der Beteiligten werden dabei sehr ausführlich zitiert. Aus ihnen und dem prägnanten Fazit lässt sich schließen, dass sich die Haltung der Teilnehmenden nach den Auschwitz-Besuchen veränderte. An vielen Stellen sei es zu einer Sensibilisierung gegen Intoleranz, Mobbing, Rassismus und Menschenrechtsverletzungen gekommen. Voraussetzung hierfür sei das die Spiegelneuronen aktivierende Vier-Setting aus Besuch der Gedenkstätte, Begegnung und Gespräch mit Zeitzeugen/innen sowie Pflege- und Erhaltungsarbeiten in der Gedenkstätte gewesen, denn nur das abgestimmte Zusammenspiel all dieser vier

Elemente – so die Überzeugung des Autors – habe zu einer veränderten Haltung der Teilnehmenden führen können.

Schließlich behandelt Claudia Jerzak in ihrem auf Vergleich und teilnehmende Beobachtung angelegten Beitrag am Beispiel der in Dresden und Hamburg nach 1945 entwickelten Gedenkkulturen u.a. die Schaffung sakraler Gedenkräume (Frauenkirche in Dresden, Menschenkette) sowie die Entstehung multiperspektivischer Erzählungen (Ohlsdorfer Friedhof und Friedensfest). In diesen sakralen Gedenkräumen und säkularisierten Narrationen spielen die lange wirksam bleibenden Stadtmythen, die nach den Zerstörungen des 2. Weltkriegs bis heute bedient werden, eine bedeutende Rolle: Dresden als barocke Kunst- und Kulturstadt, Hamburg als weltoffenes, liberales Tor zur Welt. Den Auseinandersetzungen geschichtsrevisionistischer, deutsch nationaler bis neonazistischer Gedenkformen mit multiperspektivischen, die historischen Kontexte berücksichtigenden Ansätzen wird entsprechend viel Platz eingeräumt, sie werden ausführlich beschrieben und analysiert. Die Autorin kommt zu folgendem, schlüssigen Fazit: „Im Gegensatz zu Dresdener erinnerungskulturellen Positionierungen stand im Vordergrund der Ordnungsbehauptungen und Geltungsansprüche von Hamburger AkteurInnen seit Beginn des „Bündnisses Ohlsdorfer Friedensfest“ vielmehr die Integration von Erfahrungen und Erinnerungen verschiedener Gruppen in einer pluralisierten Gesellschaft.“ (S.155)

Der heuristische Wert dieses schmalen Bändchens, in dem hochkarätige Experten/innen ihre theoretischen Überlegungen und Analysen, didaktischen Ansätze und empirisch gesättigten Projektergebnisse vorstellen, liegt darin, dass nicht nur nach dem Wozu, sondern insbesondere nach dem Wie des Erinnerns gefragt wird. Die Autoren/innen liefern damit einen wichtigen Beitrag zur Menschenrechtspädagogik, der sowohl in der schulischen als auch der außerschulischen historisch-politischen Bildung zur Kenntnis genommen werden sollte. zw

Joachim Garstecki

**Gewaltfreiheit  
politisch denken**Anstöße zur Friedensdebatte in Ost und West 1981-2012.  
Herausgegeben und mit einem Geleitwort versehen  
von Heinz-Günther Stobbe

**Joachim Garstecki: Gewaltfreiheit politisch denken. Anstöße zur Friedensdebatte in Ost und West 1981-2012.**  
Lit Verlag, Berlin 2013. 337 S.

Joachim Garstecki, der Autor der in diesem Sammelband enthaltenen Texte, wurde in der Diasporasituation der DDR sozialisiert, studierte in Erfurt katholische Theologie, wo er durch die neutestamentlichen Vorlesungen von Prof. Heinz Schürmann mit der ihn faszinierenden Friedenstheologie des Epheserbriefes in Berührung kam. Diese Erstbegegnung mit der Friedensproblematik sollte sein weiteres Leben bestimmen. Das zeigte sich erstmals 1968, als Garstecki als Laientheologe und

Diözesanreferent für Jugendseelsorge das Jugendforum zur 1000-Jahr-Feier der Gründung des Erzbistums Magdeburg mitverantwortlich vorbereitete und leitete. Es stand – drei Wochen nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei – unter dem Leitwort „Einige Leute loben den Frieden“. Zu diesen den Frieden lobenden Leuten zählte sich allerdings nicht Kardinal Alfred Bengsch. Eingedenk der möglichen kirchenpolitischen Brisanz dieses Mottos nahm er sein Grußwort zum Anlass, sich deutlich davon zu distanzieren. Ein Omen, dass die Behandlung der Friedenthematik für die katholische Kirche in der DDR tabu war. Die von Kardinal Bengsch vertretene Linie einer „politischen Abstinenz“ sorgte denn auch dafür, dass sich – im Unterschied zu den evangelischen Kirchen der DDR – die katholischen Bischöfe in Friedensfragen jahrzehntelang nicht zu Wort meldeten. Ihre diesbezüglich erste und einzige Stellungnahme erfolgte zum Weltfriedenstag 1983. Joachim Garstecki hat ihr in diesem Sammelband eine ausführliche kritisch-positive Würdigung gewidmet (S. 104-125).

Seinen ersten größeren Friedenstext verfasste Garstecki zum Jahresthema 1968/69 „Frieden ist möglich“. 1970 gab dann unter seiner Mitverantwortung das Jugendseelsorgeamt Magdeburg eine Orientierungshilfe für Wehrpflichtige heraus. Hintergrund war die seit 1964 aufgrund von Verhandlungen zwischen dem evangelischen Kirchenbund und der Regierung bestehende rechtliche Regelung, die den Wehrpflichtigen einen waffenlosen Dienst innerhalb der Armee als „Bausoldaten“ ermöglichte. Insbesondere diese mit der Kirchenleitung nicht abgesprochene „Orientierungshilfe“ wurde von ihr als eigenmächtiges Handeln scharf kritisiert.

Als Magdeburger Studentenpfarrer konnte ich damals diese Geschehnisse aus unmittelbarer Nähe verfolgen. Mir war klar, dass – zumal unter dem neuen Bischof Johannes Braun – Joachim Garstecki als Laientheologe und dazu mit seinen Grundauffassungen keine berufliche Perspektive hatte. Ich gehörte zu jener Zeit als einziger Katholik einem überregionalen evangelischen Arbeitskreis für Friedensfragen an. Als sich dieser 1970 für die Einrichtung eines „Referats für Friedensfragen“ entschied und sich nach einem entsprechend qualifizierten hauptberuflichen Referenten

umsah, brachte ich Joachim Garstecki als mögliche Wahl ins Gespräch. Und was ich persönlich nur vage für möglich gehalten hatte, geschah: Er wurde berufen und hat – als katholischer Theologe – bis zum Ende der DDR die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR maßgeblich beeinflusst.

Wenngleich während seiner fast 20jährigen Tätigkeit beim DDR-Kirchenbund der Bezugspunkt seiner friedentheologischen und friedensethischen Anstöße die gesellschaftliche Situation der DDR war, so bedeutete dies für Joachim Garstecki jedoch keine Isolierung von vergleichbaren friedensrelevanten Entwicklungen in der Bundesrepublik. Allein die Tatsache atomarer Bedrohung beider deutscher Staaten legte es nahe, nach Mitstreitern jenseits der Mauer Ausschau zu halten, Kontakte zu knüpfen und Freundschaften zu pflegen. Diese Verbindungen ermöglichten ihm nach dem Ende der DDR einen fast nahtlosen Übergang zur katholischen Friedensbewegung Pax Christi, zu deren Generalsekretär er 1990 gewählt wurde und deren Friedensarbeit er neun Jahre lang verantwortlich leitete. Seine letzte berufliche Etappe führte ihn 2001 in den kleinen Ort Imshausen bei Bebra, wo er als Geschäftsführender Studienleiter der Stiftung Adam von Trott das Spektrum seiner Friedensarbeit um die Dimensionen von Erinnerungskultur und Widerstand erweiterte. Das gesamte Berufsleben von Joachim Garstecki – und auch noch darüber hinaus wie die beiden abschließenden Dokumente dieses Bandes belegen – ist von der Friedensproblematik bestimmt.

Diese ungewöhnliche Biografie macht neugierig auf die Lektüre der 23 Texte. Eingeleitet werden sie durch ein Geleitwort des Herausgebers Heinz-Günther Stobbe sowie durch eine ausführliche historisch-biografische Einführung des Autors, in der er die Schwerpunkte des von ihm geführten Friedensdiskurses der 1980er und 1990er Jahre benennt, die dann in den Dokumenten eingehend zur Sprache kommen. Die Texte sind chronologisch entsprechend der drei beruflichen Stationen des Autors geordnet. Wenngleich dieses langjährige Engagement für Gewaltlosigkeit und Frieden ein Kontinuum darstellt, so verschieben sich doch mit den unterschiedlichen Berufsfeldern des Autors und den jeweiligen gesellschaftspolitischen Bedingungen die Perspektiven und Akzente in der Friedensfrage.

Die gewaltfreien Demonstrationen vom Herbst 1989 sowie der von einer überbordenden Emotionalität begleitete Fall der Berliner Mauer am 9. November bestimmen bis heute das öffentliche Bewusstsein vom Ende der DDR. Doch jene einprägsamen Bilder verdecken die lange Vorgeschichte der von den Kirchen, zumal den evangelischen, wahrgenommenen Friedensverantwortung unter den Bedingungen des DDR-Systems. Welche friedentheologischen und friedensethischen Einsichten dabei gewonnen wurden, verdeutlichen die zehn sich auf die 1980er Jahre beziehenden Texte. Sie belegen den eigenständigen Beitrag der Kirchen für Frieden und Versöhnung im Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts sowie die Auseinandersetzung mit der staatlich verordneten, auf Militarisierung basierenden Friedenspolitik der DDR. Eröffnet wird die Reihe der Texte, gleichsam programmatisch, mit einer ausführlichen Studie zum Pazifismus (66-85), der in einem unüberbrückbaren Gegensatz zum marxistisch-

leninistischen Friedensverständnis steht (180-188) und der als tiefere Ursache für die kirchenpolitischen Spannungen anzusehen ist, von denen die kirchliche Friedensarbeit begleitet war. Garstecki würdigt die verschiedenen Friedensinitiativen der kirchlichen Basis (Sozialer Friedensdienst, 86-96; Schwerter zu Pflugscharen, 97-103; Friedensseminar Königswalde, 148-171; konziliarer Prozess, 166-179) und verleiht ihnen eine friedentheologische und friedensethische Vertiefung. Im Zentrum theoretischer Reflexion steht die Absage an Geist und Logik der den Kalten Krieg bestimmenden atomaren Abschreckung, die in mehreren Texten thematisiert wird (126-140; 141-147; 172-179).

Mit dem Verschwinden der DDR wurde leider auch die von Garstecki im Rahmen des DDR-Kirchenbundes entwickelte Fülle an friedensrelevanten Reflexionen, Einsichten, Alternativen und Anstößen „entsorgt“ (83). Es ist das Verdienst des Autors, sie mit dieser Veröffentlichung dem Vergessen entrissen zu haben. Dabei ist diese Erinnerung an die in der DDR geleistete kirchliche Friedensarbeit nicht nur unter historischem Aspekt bedeutsam. Vieles in diesen Texten lässt sich durchaus auf die friedensbedrohenden Entwicklungen in der heutigen Welt beziehen und könnte angesichts verbreiteter Ratlosigkeit, wie etwa in der Ukraine-Krise, kirchlichen Friedensbemühungen neue Impulse verleihen.

Die Hoffnung, dass mit dem Ende kommunistischer Herrschaft und infolge des europäischen Einigungsprozesses Kriege künftig auf unserem Kontinent unmöglich würden, hat sich bekanntermaßen nicht erfüllt. So wurde Joachim Garstecki mit Amtsbeginn als Generalsekretär von Pax Christi mit dem an kriegerischen Auseinandersetzungen und ethnischen Säuberungen reichen Jugoslawienkonflikt konfrontiert. Und Pax Christi erlebte in dieser historischen Phase eine innere Zerreißprobe. In der Grundsatzfrage, ob man als Friedensbewegung zur Wahrung der eigenen Identität selbst dann am radikalen Gewaltverzicht festhalten müsse, wenn zahllose Menschen, wie in Srebrenica geschehen, schutzlos dem Morden preisgegeben sind, war Pax Christi tief gespalten. Dieser jahrelang erbittert geführte Streit findet in den 13 Texten dieses Zeitraums seinen Niederschlag.

In Pax Christi sah man dem tragischen Verlauf der Dinge keineswegs tatenlos zu. Friedensaktivisten waren im Krisengebiet präsent und unterstützten die dortige junge Friedensbewegung. Im Lande selbst setzte man sich, allerdings ohne sonderliche Wirkung, für einen unbürokratischen rechtlichen Flüchtlingsstatus der vor den Kriegswirren in die Bundesrepublik geflohenen Menschen ein. Auch der Aufruf zu einem monatlichen Gebetstag um Frieden und Versöhnung fand selbst in den Kirchen kaum einen Widerhall (190-195). Von der in Gesellschaft und Politik verbreiteten Ratlosigkeit und Ohnmacht angesichts der kriegerischen Schrecken wurde auch Pax Christi ergriffen.

In dieser Situation regte Garstecki eine Grundsatzdebatte zum Verständnis des Pazifismus an. Man solle sich angesichts der Opfer von Gewalt das Dilemma radikaler

Gewaltlosigkeit eingestehen und nach einem vertretbaren Ausweg suchen. Aufgrund der auch von Pax Christi vertretenen Option für die Armen gäbe es die Verpflichtung, für die Opfer einzutreten. Zum Schutz der Menschenrechte und zur Wiederherstellung des Primats des Politischen plädiert er im Sinne einer „ultima ratio“ für den Einsatz begrenzter militärischer Gewalt. (203)

Dass er sich mit diesem Standpunkt auf dünnem Eis bewegte, dessen war sich Joachim Garstecki bewusst. Er sah durchaus die Gefahr, dass die einem humanitären Ziel dienenden militärischen Interventionen „unter der Hand zum politischen Normalfall“ werden könnten. (203) Daher warnte er zugleich eindringlich vor einer „Blickverengung auf das Militärische“, die blind mache für die Möglichkeiten einer friedlichen Sicherheitspolitik. (213)

Für seinen Versuch, Pazifismus und Interventionismus miteinander in Einklang zu bringen, wählt Garstecki die den Titel dieses Bandes bestimmende programmatische Formel „Gewaltfreiheit politisch denken“. Sie besagt ein grundsätzliches Festhalten am Primat der Gewaltlosigkeit, die aber im Sinne einer Gewaltminderung einer Modifikation bedarf, soll sie nicht auf den Bereich individueller Haltung beschränkt bleiben, sondern politisch wirksam werden. Seine Position wurde 1995 mit der Stellungnahme des Geschäftsführenden Vorstands von Pax Christi bestätigt. Auch er sprach sich „für militärische Maßnahmen unter bestimmten Auflagen“ aus, wenn „Menschen in unerträglichem Maß schutzlos der Gewalt von Aggressionen ausgesetzt sind.“ (217) Doch den internen Streit zwischen „Pazifisten“ und „Interventionisten“, den der Autor in den nachfolgenden Texten ausführlich behandelt, vermochte auch diese Stellungnahme nicht beizulegen. Er führte letztlich dazu, dass sich – wie Heinz-Günther Stobbe in seinem Geleitwort vermerkt – Garstecki genötigt sah, „sein Amt aufzugeben, wollte er sich selbst treu bleiben.“ (14)

In einem grundlegenden Vortrag zieht Joachim Garstecki 1999 aus der Sicht der Friedensbewegung die Konsequenz aus dem Kosovo-Krieg. Er gelangt zu der nüchternen Erkenntnis, dass „zivile Konfliktbearbeitung in dem Moment nicht mehr greift, wo ein Konflikt gewaltsam eskaliert.“ (282) Damit sei aber nichts gegen die Bedeutung ziviler Konfliktlösungen gesagt. Vielmehr müssten die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit zivile Friedensbemühung zum Ziel führen und sich militärische Interventionen aus humanitären Gründen erübrigen. Garstecki nimmt den NATO-Einsatz im Kosovo-Krieg zum Anlass, um mit einer doppelten Kritik die sich stellende politische Aufgabe zu formulieren. Er kritisiert diesen Einsatz scharf wegen der ihm fehlenden völkerrechtlichen Legitimation, kritisiert aber ebenso die Argumente jener Kritiker, die sich auf „Nichteinmischung“ und „staatliche Souveränität“ berufen und eine „Ignoranz gegenüber der völkerrechtlichen Relevanz der Menschenrechte“ zeigen. (279) Angesichts der „Selbstblockade des UN-Sicherheitsrates“ fordert er eine Reform der UNO, um dem Gewaltmonopol der Weltgemeinschaft zu ihrem Recht zu verhelfen, Legitimation, Kontrolle und

Begrenzbarkeit humanitärer Interventionen sicherzustellen und den menschenrechtlichen Normen universale Geltung zu verschaffen.

Die den Band beschließenden Beiträge sind vor allem durch die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 und – in Reaktion darauf – durch den Irakkrieg bestimmt. Diese welthistorischen Ereignisse zeigen, dass die Weltgemeinschaft ihrer friedenspolitischen Zielsetzung um keinen Schritt näher gekommen ist. Im Gegenteil: Im neuartigen Phänomen des internationalen Terrorismus sieht Garstecki einen „Indikator für ein unhaltbares System globaler Ungerechtigkeit“ (294), ausgelöst durch eine wirtschaftliche, zumal finanzkapitalistische Globalisierung, frei von jeder Art regulierender demokratischer und ziviler Institutionen. Und zumal unter dem Eindruck des Irakkriegs kommt der Autor als Bürgerrechtler der DDR zu folgendem Schluss: „Wir waren erleichtert, als 1989/90 der hybride Anspruch des Kommunismus, ‚Sieger der Geschichte‘ zu sein, in sich zusammenfiel, und wir staunten nicht schlecht, als ab 1991/92 genau dieses Muster des ‚Siegens der Geschichte‘ unter veränderten Vorzeichen im Westen wieder auflebte. Der ideologische Antagonismus des Kalten Krieges kehrte als neuer West-Ost-Dualismus zurück und begann Politik zu machen.“ (306)

Das Motto „Unerledigte Geschichte(n)“, mit dem Garstecki die letzte Gruppe seiner Texte betitelt, gilt uneingeschränkt angesichts der Krise im EURO-Raum, dem Morden in Syrien, den ethnischen Säuberungen in Teilen Afrikas sowie – und dies vor allem - in Hinblick auf die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und um die Ukraine. „Das sogenannte ‚Ehemalige‘ erweist sich gelegentlich als erstaunlich gegenwärtig.“ (63) Dieser Satz aus der biografisch-historischen Einführung des Autors unterstreicht die über ihren historischen Wert hinausreichende Aktualität der Beiträge.

*tm*



**Hans-Heinrich Nolte, Bernhard Schalhorn, Bernd Bonwetsch (Hg.): Quellen zur Geschichte Russlands. Reclam. Stuttgart 2014, 566 S.**

Die Herausgeber und Autoren dieser 2014 bei der Reclam Universal-Bibliothek erschienenen Quellensammlung zur Geschichte Russlands, die inzwischen emeritierten Russland-Experten Nolte, Schalhorn und Bonwetsch betonen in ihrer konzisen Einleitung, dass ihr Unterfangen – angesichts des gewaltigen Themas – kühn gewesen sei, und bitten den geneigten Leser gleichzeitig um Nachsicht, dass die vorgelegte Anthologie aufgrund ihrer Zielsetzung – als Unterrichtsmittel an Schulen und Hochschulen sowie als Mittel der Unterrichtung interessierter Laien – relativ kurz ausfallen musste.

In der Tat bedarf es des Muts zur Lücke, will man die über 1000 Jahre russischer Geschichte mit Hilfe einer Quellensammlung auch nur ansatzweise adäquat widerspiegeln. Dass es dabei zwangsläufig Leerstellen gibt und dass ev. ganze Epochen und Themengruppen eher stiefmütterlich behandelt werden könnten, ist offensichtlich. Und natürlich ist auch die vorliegende Auswahl dieser mutigen Trojka deutscher Osteuropahistoriker durch ihre Spezialgebiete und Forschungsschwerpunkte geprägt. So charakterisiert Bonwetsch in Kapitel 5 die Periode von 1917 bis 1955, wobei es sich primär um Quellenauszüge aus der sowjetischen Gewaltgeschichte handelt. Das besondere Verdienst des Autors besteht gewiss darin, dass er dabei auch neueste Quellen zur KPdSU und Stalin erschlossen und einem deutschsprachigen Leser zugänglich gemacht hat.

Die Quellenauswahl für die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts stammt von Schalhorn (Kapitel 4, 1855-1917), einer sehr bewegten – durch imperiale Ansprüche und Kriege, aber auch durch Reformanstrengungen und Revolutionen – geprägten Epoche.

Schließlich hat sich Nolte um die Quellenauswahl der Kapitel 1-3 (Kiewer Rus, Das Moskauer Russland bis 1725, Petrinisches Imperium bis 1855) sowie die Kapitel 6 (Vom neuen Aufbruch zur Krise, 1955-1991) und 7 (Rückzüge und Demokratie, 1991-2014) gekümmert. Hier ist besonders hervorzuheben, dass uns die Quellenauswahl bis an die Gegenwart heranführt, was impliziert, dass Nolte in „Rückzüge und Demokratie“ eine Vielzahl neuester Quellen erschlossen und übersetzt hat, zum Beispiel wichtige Verfassungs- und Vertragstexte, Auszüge aus Geschichtslehrwerken und Memoranden, schließlich auch analytische Beiträge aus solchen Wochenzeitungen wie „Argumenty i Fakty“, „Nedelja“ und „Novaja Gazeta“.

Die Reichhaltigkeit der unterschiedlichen Quellenarten, immerhin werden über 400 Quellentexte vorgestellt, reicht von Erlassen, Verträgen, Reden, Parteiprogrammen und Statistiken bis hin zu Reiseberichten, Briefen und Geheimprotokollen sowie (durchaus spannenden) Beiträgen aktueller Publizistik, was dem Leser immer wieder neue Kontexte erschließt und ihn geradezu auffordert, die einmal angeschnittene Thematik zu vertiefen und sich nach weiteren, Überblick verschaffenden Informationen

umzuschauen. Wichtige Hinweise auf weiterführende Literatur findet man in diesem Zusammenhang am Ende des Bandes, wo sich eine Bibliographie von Dokumentensammlungen findet, in der die wichtigsten russisch- und deutschsprachigen Standardwerke aufgeführt sind. Für die Lektüre unverzichtbar ist ebenfalls das ausführliche Glossar, in dem Begriffe, Gegenstände, Maße und Institutionen erläutert und kontextualisiert werden.

Diese sorgfältig ausgewählten und edierten „Quellen zur Geschichte Russlands“ stellen somit ein weiteres wichtiges Hilfsmittel für die Vermittlung russischer Geschichte in deutscher Sprache dar. Sie sind nicht nur gut ausgewählt, um neue Dokumente ergänzt und aktualisiert worden, sondern sie lesen sich auch spannend. Dies ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass sie über die zuweilen hermetischen Expertenzirkel hinaus auch eine breitere Leserschaft erreichen. In einer Periode nur schwer überwindbarer Sprachlosigkeit zwischen Europa, Deutschland und Russland, die an den als überwunden geltenden Kalten Krieg gemahnt, ist dies gerade in Deutschland mehr als angesagt. Man kann diesem Band also nur eine möglichst weite Verbreitung wünschen. zw



**Irina Scherbakowa, Karl Schlögel: Der Russland Reflex. Einsichten in eine Beziehungskrise.**  
Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2015, 142 S.

Die bekannte russische Historikerin Irina Scherbakowa, in deren Forschungsmittelpunkt die Geschichte des GULAG und die Erinnerungs- und Geschichtspolitik Russlands stehen und die seit langen Jahren für die Menschenrechtsorganisation MEMORIAL aktiv ist, sowie der nicht minder bekannte Russlandexperte Karl Schlögel, inzwischen emeritierter Osteuropahistoriker und Autor zahlreicher Standardwerke, führen – so Gabriele Woidelko in ihrer klugen Einleitung – „ein Gespräch in Zeiten der Sprachlosigkeit“.

Dabei wird zunächst konstatiert, dass die deutsch-russischen Beziehungen nach der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine an einem Tiefpunkt angelangt sind. Der nach der Wende und dem Zerfall der UdSSR totgeglaubte Kalte Krieg feiert augenscheinlich eine machtvolle Wiederkehr. Die (westliche) Sprachlosigkeit ließ sich sicherlich auf den Schock zurückführen, den die unerwartete militärische Aggression Russlands auch in Deutschland hinterließ. Ihr folgte Rat- und Fassungslosigkeit in (fast) ganz Europa und in Übersee, als die Spirale der Gewalt gepaart mit dreister Propaganda und gezielten Falschmeldungen ihren ungehinderten Lauf nahm, und wahrgenommen werden musste, dass diese Politik in der russischen Gesellschaft auf breite Unterstützung stieß.

Für beide Gesprächspartner, die sich als Brückenbauer zwischen Ost und West verstehen und sich seit Jahrzehnten für Aufklärung und Dialog zwischen beiden Ländern eingesetzt haben, bedeutet dies einen schweren Rückschlag. Eine jahrelange, auf Vertrauensbildung und Kooperation ausgerichtete, die Zivilgesellschaften beider Länder stärkende Sisyphusarbeit, gepaart mit zeitweiligen, Hoffnung stiftenden Erfolgen, scheint zerstört.

Dies verdeutlichen besonders die beiden ersten Kapitel dieses Buches, wo es im Dialog sowohl um „biografische Prägungen“ als auch die „Faszination des Anderen“ geht – und in denen der Leser nicht nur mit interessanten Details aus dem Leben beider Protagonisten konfrontiert wird, sondern sich ebenso herausschält, dass ihr professionelles, an der europäischen Aufklärung orientiertes Wirken von einer geradezu existenziellen Mission begleitet wird. Hier geht es also ganz explizit um persönliche Enttäuschungen und geradezu traumatische Verletzungen. Die Tatsache, dass in diesem Gespräch offen darüber geredet wird, macht gerade die Stärke dieses akademisch-nichtakademischen Textes aus!

Während Scherbakowa immer wieder etwas resigniert feststellt, dass die demokratischen Kräfte in Russland die Annexion der Krim als großen Einschnitt empfanden, der der langen Epoche russischer Aufklärung ein vorläufiges Ende gesetzt

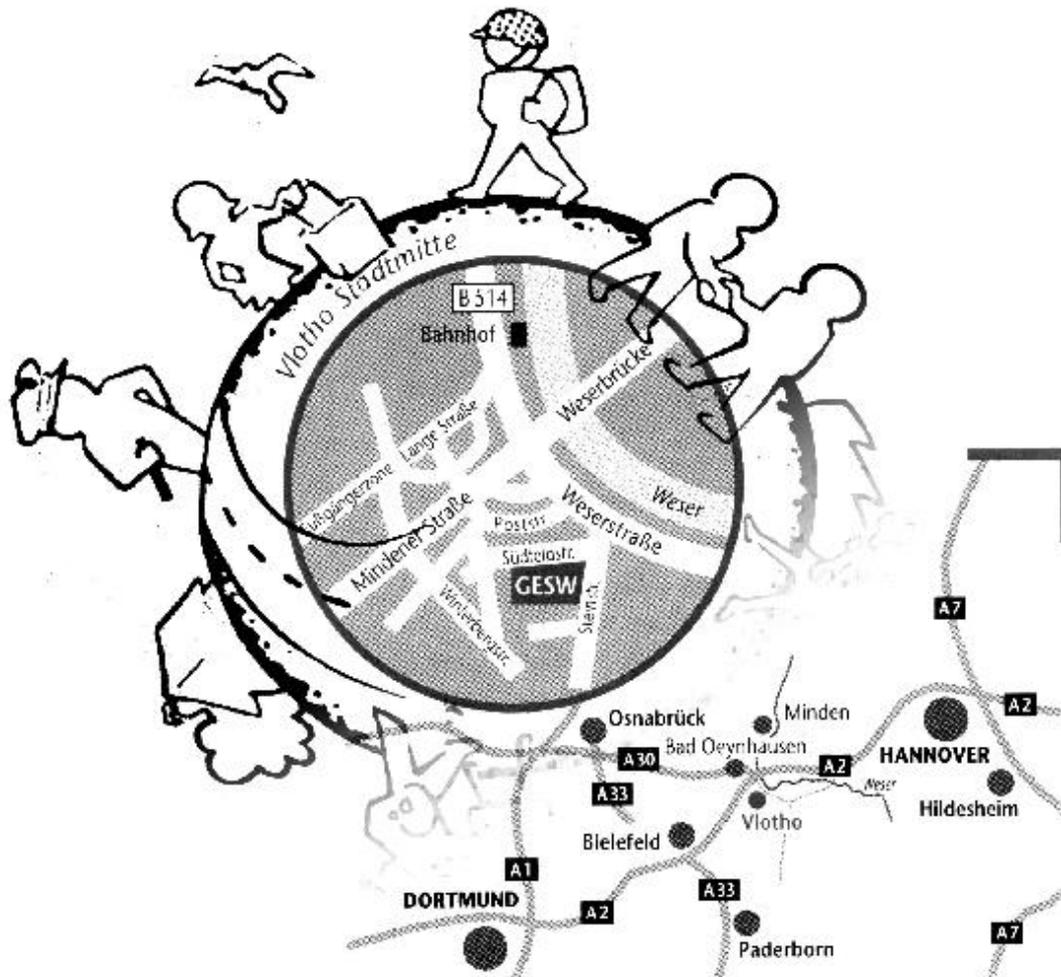
habe, aber weiterhin auf einer sich gegen den Mainstream richtenden Kultur des intellektuellen Widerstands beharrt, fordert Karl Schlögel ganz entschieden das Recht des freien Wortes und die Sicherung und Aufrechterhaltung einer freien, ungehinderten Kommunikation in beiden Ländern.

Das Buch skizziert den kenntnisreichen und leidenschaftlichen Gedankenaustausch zweier Experten und Freunde über die Beziehung zweier Länder, die in einer tiefen Krise stehen und deren Ausgang völlig ungewiss scheint. (S.10)

Letzteres ist besonders beunruhigend, denn offenbar steht eine neue Epoche an, ist ein relativ langer und friedlicher Abschnitt dieser Beziehungen beendet worden, wobei aber niemand aus Politik und Wissenschaft so recht weiß, wie es weiter gehen soll. Tief reicht die Verunsicherung über die brutale und zynische Machtpolitik Putins und seiner Helfer. Diesen Entwicklungen und Protagonisten sieht sich Karl Schlögel als „alter braver Brückenbauer des deutsch-russischen Dialogs“ nicht gewachsen: „Auch Außenminister Lawrow ist für mich eine völlig neue Figur im Kontext der diplomatischen Kultur: (...) Seine Äußerungen sind eine Form der Infamie, der Verdrehung und dreisten Lüge, die es so in den irgendwie geordneten politischen Verhältnissen der späten Sowjetunion nicht gegeben hat.“ (S.107) Fürwahr eine neue Qualität und ein wie auch immer gearteter Paradigmenwechsel!

Wie soll unter solchen Bedingungen und bei solchem Personal zwischen den involvierten Mächten Sprachlosigkeit überwunden und wieder ein zielführender Dialog aufgenommen werden? Weder die Politik noch die Wirtschaft liefern bisher überzeugende Antworten. Auch unsere beiden Gesprächspartner bieten hierfür keine Lösungsansätze, ihre auf Objektivität und Ehrlichkeit zielenden Redebeiträge spiegeln lediglich die Genese und das Bestehen eines fundamentalen Konflikts wider, der noch lange weiter schwelen wird. Immerhin, eine lesenswerte, wenn auch skeptisch stimmende Bestandsaufnahme im Geiste europäischer Aufklärung, der man vor allem in der Russischen Föderation eine weite Verbreitung wünscht. zw

# GESW – Treffpunkt EUROPA



**Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho**  
**Südfeldstr. 2 – 4**  
**32602 Vlotho**

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

[www.gesw.de](http://www.gesw.de) | [info@gesw.de](mailto:info@gesw.de)